



Blick zurück nach vorn

**Texte zum Prozess gegen Sonja und Christian
und zur Geschichte der RZ und der Roten Zora**

Inhaltsverzeichnis

- 3 | Vorwort
- 4 | Intro: Sonja und Christian, unsere Leute?
- 6 | Halbzeit – ein Rückblick auf den bisherigen Prozessverlauf
- 8 | Was soll das alles? Eine politische Einschätzung zum Prozess
- 12 | Die Folterfrage, eine verborgene Prozessagenda
- 15 | Prozessklärung Hermann F., September 1980
- 17 | ... Schweigen ist Gold, zu Aussageverweigerung und Beugehaft
- 20 | „Von uns keine Aussagen“
- 24 | H.-J. Klein: Militarist, Denunziant und Kronzeuge der Anklage gegen Sonja S.
- 30 | Antiimperialismus und soziale Revolution. Die Praxis der RZ in den 1970er und frühen 1980er Jahren
- 36 | Alle Tage Sabotage. Subversiver Kampf in der Anti-AKW-Bewegung
- 43 | Militanter Feminismus – die Rote Zora
- 51 | Flüchtlingskämpfe, Rassismus und Militanz. Antirassistische Interventionen von RZ und Roter Zora 1985 bis 1994

Vorwort

Seit September 2012 läuft in Frankfurt am Main der Prozess gegen Sonja und Christian und er ist derzeit bis August 2013 terminiert. Ein guter Zeitpunkt also für einen Rückblick und ein erstes Resümee.

Doch soll die vorliegende Broschüre vor allem etwas anderes leisten: Im Zuge der Soliarbeit wurde deutlich, dass es nicht ausreicht, die historischen Ereignisse und Kämpfe in den damaligen politischen Kontext zu stellen, sondern Verbindungslinien zu unseren aktuellen Auseinandersetzungen aufzuspüren und freizulegen. Schließlich waren viele, die sich heute für den Prozess und die Politik der Revolutionären Zellen/Roten Zora interessieren und mit Sonja und Christian solidarisch sind, in den 1970er Jahren nicht einmal geboren. „Was hat das alles mit uns zu tun?“ ist daher eine berechtigte Frage. Die Beschäftigung mit einigen militanten Politikfeldern selbst gibt uns erste Antworten zu den Beziehungen zwischen damals und heute. Exemplarisch zunächst, aber es soll ja nur ein erster Anstoß für weitere Diskussionen sein.

Als Quellen standen uns zur Verfügung verschiedene Ausgaben der Zeitschrift *Autonomie – Neue Folge*, Klaut sie! IVA-Verlag 1980, die Textsammlung zur Geschichte der RZ und der Roten Zora in zwei Bänden, *Die Früchte des Zorns*, Edition ID-Archiv 1993, *Die Hunde bellen – von A bis RZ*, Unrast-Verlag 2001 und die Texte und Dokumente auf der Website www.freilassung.de.

Vielleicht vermisst ihr einiges oder haltet manche Gedanken für nicht ausgereift – das mag sein: Wir wollen nicht warten, bis für uns alles ausdiskutiert und perfekt ist, denn so viel Zeit haben wir nicht. Wir hoffen trotzdem, dass die Beiträge nicht nur informieren, sondern auch anregend sind.

Intro: Sonja und Christian, unsere Leute?

Das Bild: zwei alte Leute. So alt sie sind, die Namen sind uns neu. Und RZ (Revolutionäre Zellen und Rote Zora)? War das nicht die terroristische Vereinigung der 70er und 80er, inzwischen Geschichte? In den Filmen wird selten von ihr berichtet, spektakulärer war die RAF mit ihren Anschlägen auf Buback, Ponto, Schleyer. Die RZ gefährlicher als die RAF? Das sagte der damalige BKA-Chef Horst Herold. Nicht wegen der Toten, sondern wegen der Lebendigen. Die Gefährlichkeit läge in der Nähe zu den Leuten. In den Fahrpreiskampagnen durch Nachdrucken und Verteilung von Fahrkarten, im Kampf gegen die Vertreibung der Bevölkerung aus den Städten durch Sanierungspolitik, im Kampf gegen Abschiebung und Mordpolitik gegen die Migrant_innen, im Kampf gegen Atompolitik und in der Unterstützung der Massenbewegungen, im feministischen Kampf der Frauen gegen Abtreibungsverbot, Gentechnik, Ausbeutung in Dritte-Welt-Fabriken. Was Herold meinte, war der Funke der sozialen Revolution, der sich aus der Massenmilitanz entfachen könnte. Die Interventionen der RZ und der Roten Zora galten als „anschlagsrelevante Themen“, wie es damals hieß. Dahinter steckte die Angst vor der sozialen Frage selbst. Die Furcht, die Militanten könnten richtig liegen mit ihrer Propaganda zur Gründung revolutionärer Zellen als Formen revolutionärer Selbstorganisation, den Diskussionen über Vorsicht und Vertrauen, und ihre Praxisanleitungen zum Selbermachen von Sprengstoff- und Brandanschlägen könnten aufgegriffen werden. Das scheint alles weit hergeholt. Haben sie nicht in den 90ern aufgehört? War das nicht die Zeit ihrer Niederlage? Eine der Alten sagt: Quatsch! Wir haben nicht verloren, wir haben nur noch nicht gewonnen.

Aber sind nicht heute ganz andere Zeiten? Wie stellt sich die soziale Frage heute? Die Themen scheinen gleich. Aber der Kontext? Sind Sonja und Christian wirklich unsere Leute? Das ist einmal die Frage: wer waren sie? Sie bewegten sich im Kontext eines gewaltigen Aufbruchs, der das alte Leben satt hatte. Die großen Nazis an der Spitze, die kleinen Nazis in der Familie, die die Sehnsüchte nach Befreiung aus den Kleinfamilienkernern, Verhaltensnormen und sittengesetzlichen sexuellen Unterdrückungen zu ersticken versuchten. Die Drangsalierungen und Disziplinierungen am Fließband, die Kontrolle im Fließbandleben, im Stadtknast, in der Siedlung, in der Fußgängerzone, Fabrikleben in der Lebensfabrik eben. Der Aufbruch in die Autonomie, in Selbstorganisation von Leben war die epochale Krise von Verwertung und Kommando des Kapitals. Einer Selbstorganisation von Leben und Kämpfen, eine Selbstverwirklichung in ihnen, die empfänglich wurde für die Aufbrüche der Migrant_innen aus den drei Kontinenten, ihren Erwartungen und Hoffnungen auf ein besseres Leben. Das waren die Aufbrüche, in

die Menschen wie Sonja und Christian sich einbrachten, in die vielfältigen Formen von Massenmilitanz und Selbstbefreiung.

Die epochale Krise ist nicht überwunden. Der Kapitalismus hat nur einen Anlauf, eine Gegenoffensive zu ihrer Überwindung genommen. Und wir erleben gerade die erste große Krise dieser Offensive. Die Offensive zielte auf die Zerstörung all der Impulse, die in dem Aufbruch ihre Verwirklichung gesucht hatten. Aber sie versuchte gar nicht erst die Rückkehr in das alte Kommandosystem. Sie griff die Impulse auf. Sie bot Selbstverwirklichung in der Arbeit an. Als Selbstaussbeutung unter den Bedingungen der Selbstoptimierung und -disziplinierung, die größte Leistung aus sich herauszuholen, verbunden mit einer Entwertung der alten Lebensgarantien und Lebensformen. Bei Strafe des Ausschlusses, der Exklusion, wenn man diesen Bedingungen nicht gerecht wird. Sie richtete die Informations- und Kommunikationstechnologien auf diese Ziele aus und verband sie mit neuen Formen der Kontrolle.

Die Antiglobalisierungsbewegungen brachten krisenhafte Blockierungen zum Ausdruck. Die Kommandohöhen des Kapitalismus begegneten diesen mit einer aggressiven Innovationsoffensive. In deren Kern stand die Durchsetzung neuer Technologien und Kontrollformen (z.B. Google, Facebook), die seit 9/11 forciert wurden, durch Formen umfassender Überwachung und neue Kriege. Gespeist wurde dieser Schub von einem der gigantischsten Verschuldungsprogramme der Weltgeschichte. Diese Offensive stürzte 2007 in der sog. „Immobilien-Krise“ ab. Derzeit suchen die Krisenmanager_innen die Krise zu nutzen, Sie treiben die Entwertung der tradierten Arbeitsformen und -qualifikationen, der Lebensbedingungen und -garantien voran, verbunden mit den in der Krise gesteigerten Zwängen zur Anpassung und Selbstunterwerfung, auf all denjenigen Feldern, in denen das fordistische System durch die Kämpfe der 60er und 70er Jahre in die Krise geriet. Und darum stehen Menschen wie Sonja und Christian neben uns, wenn wir heute

kämpfen. Wenn wir unsere Kämpfe und unser Leben organisieren. In den Auseinandersetzungen der Migrant_innen, den Menschen in Griechenland, in Spanien, in Italien.

Die relative Ruhe in Deutschland sollte uns nicht täuschen. Schon jetzt greifen die Strategien der Lebensentwertung in alle Bereiche. Und sie werden durch eine überparlamentarische europäische Machtstruktur unter deutscher Hegemonie vorangetrieben. Schon im Kontext der Antiglobalisierungsdemonstrationen in Genua wurde offenbar, dass das Repressions- und Disziplinargeflecht grenzübergreifend von Arbeitsgruppen aus nationalen Staatsanwaltschaften und Polizei gestrickt wurde. Der europäische Haftbefehl, der die Auslieferung Sonjas und Christians ermöglichte, gehört da hinein.

Halbzeit? - Ein Rückblick auf den bisherigen Prozessverlauf

Der Prozess gegen Sonja und Christian findet in der Regel zweimal wöchentlich je drei Stunden statt. Nach über dreißig Verhandlungstagen haben wir also schon einen recht zuverlässigen Eindruck vom Vorgehen des Gerichts und, ganz vorne weg, der Vorsitzenden Richterin Bärbel Stock bekommen.

Den den derzeitigen Prozess-Stand kann man so zusammenfassen: Zu den Vorwürfen der Anschläge auf zwei atompolitisch operierende Unternehmen und das Heidelberger Schloss (wegen Stadtumstrukturierung) ist das Gericht keinen Zentimeter weitergekommen, weil es sich hartnäckig weigert, ein traumatologisches Gutachten zur Abpressung von Aussagen unter folterähnlichen Bedingungen einzuholen (dazu hier S. 12 ff.). Der gegen Sonja erhobene Vorwurf der Teilnahme an der OPEC-Geiselnahme beruhte allein auf den Angaben des Kronzeugen Klein, sie habe bei seinem Anwerbungsgespräch dabeigestanden und später einen Koffer mit Waffen nach Wien gebracht und hat den Zusammenbruch von Kleins Glaubwürdigkeit nicht überstanden (dazu hier S. 8 ff. und 17 ff.).

Für alle, die sich genauer über den Verlauf des Prozesses informieren wollen, gibt es übrigens die Prozessberichte auf www.verdammtlangquer.org, dort werden die wichtigsten Ereignisse jedes Verhandlungstages zusammengefasst.

Das Ambiente des Gerichtssaals lässt alle Wünsche offen: Mit dunklem Holzfurnier und Trennscheibe zum Publikum verströmt er den Mief der 1970er Jahre und bietet quasi die perfekte Kulisse für das Schauspiel, das uns hinter der Scheibe geboten wird. Richterin Stock hat von den damaligen Ereignissen und dem historischen Hintergrund dessen, was hier verhandelt wird, keine Ahnung. Dagegen hat sie sich einen Namen mit harten Urteilen gemacht. Und mit zu weichen, wenn es ihr politisch passt. Ihr wohl bekanntestes Urteil erging 2004 im sog. Daschner-Prozess. Es fiel watteartig milde für Daschner aus und war ein Affront für alle Gegner der Folter mit einer großen Reichweite. Im Entführungsfall Jakob von Metzler hatte der damalige stellvertretende Frankfurter Polizeipräsident Daschner dem Kindesentführer und -mörder Magnus Gäfgen nach der Festnahme mit Gewaltanwendung für Informationen zum Aufenthaltsort des entführten Kindes gedroht. Er kam bei Richterin Stock mit einer Geldstrafe zur Bewährung davon, womit das Gericht sogar unter der Forderung der Staatsanwaltschaft blieb. Bärbel Stock machte damit deutlich, dass sie es auf dem Feld von Folter und von Drohungen nicht ganz so eng sieht. Auf das Urteil reagierte der Europäische Gerichtshof mit einer Rüge.

Die Absicht des Gerichts, Sonja und Christian möglichst (hoch) zu verurteilen, wird in seinen Entscheidungen immer wieder deutlich. Dies schliesst sich an das mehr als dreißig Jahre andauernde Verfolgungsinteresse der Strafbehörden

an, Sonja und Christian zu fassen und ein weiteres Kapitel der Revolutionären Zellen in ihrem Sinne abzuschließen. Schließlich wären die den beiden vorgeworfenen Brandanschläge auf die Atomprofiteure MAN und KSB sowie aufs Heidelberger Schloss bereits verjährt, wären nicht die Aktendeckel nicht durch Verjährungsunterbrechungen offengehalten und weiter nach Sonja und Christian gefahndet worden. Die beiden verschwanden 1978 vom Bildschirm der Verfolger und wurden 2000 in Frankreich festgenommen, aber erst 2011 im Zuge des neuen europäischen Haftbefehls von Frankreich an Deutschland ausgeliefert. „Warum das alles?“ ist eine Frage, die in einem der Beiträge ausführlicher aufgegriffen wird.

Im Prozess sind wir inzwischen mit unzähligen Befangenheitsanträgen gegen das Gericht und ihren Ablehnungen konfrontiert. Das verwundert uns nicht, schließlich ist dies ein politischer Prozess, bei dem es um die Deutungshoheit linker Geschichte geht. Da macht auch die Presse mit: Die gehässigen Kommentare der Frankfurter Rundschau zeigen, dass es sie nicht interessiert, worum es eigentlich geht, nämlich um das sture Beharren auf einen nicht mehr ernst zu nehmenden Kronzeugen und um die Verwendung unter folterähnlichen Bedingungen abgepresster „Aussagen“ eines Genossen, der 1978 nach einem schweren Unfall durch die Explosion einer Bombe auf dem Schoß, isoliert und den Verfolgungsbehörden ausgeliefert, unter anderem Sonja und Christian belastete. Statt dessen wird auf den im Prozess anwesenden Freund_innen und Unterstützer_innen im Rundumschlag mit Militanten und der gesamten Linken gleich reihenweise herumgehackt und Solidarität verhöhnt. Eine Auseinandersetzung mit politischen Beweggründen und dem (historischen) Kontext wird damit effektiv vermieden und die Berichterstattung erreicht das Niveau der Boulevardpresse.

Zu Beginn waren die Zugangskontrollen zum Prozess, da dies kein 129a-Prozess, sondern „nur“ ein Strafprozess ist, sehr moderat. Inzwischen wird das Publikum vor Betre-

ten des Saales minutiös gefilzt und Personalien aufgenommen, da die überzogenen gerichtlichen Reaktionen auf Interventionen der Zuschauer_innen mit Transparenten und lauten Rufen schon manchen Verhandlungstag gesprengt haben. Zeitweise werden Personen sogar vom Prozessbesuch ausgeschlossen und Richterin Stock droht mit Ordnungsgeld oder ersatzweise Haft für alle, die nicht aufstehen, sobald das Gericht den Saal betritt.

Der Prozess erreicht bundesweit und international in der Linken recht viel Aufmerksamkeit. Nicht nur hier, sondern auch in Frankreich, Spanien und Griechenland gab es bislang schon diverse Info-Veranstaltungen sowie zahlreiche Solidaritätsbekundungen, die auf www.verdammtlang-quer.org dokumentiert sind, darunter schöne Transparentaktionen, aber auch Besetzungen und vieles mehr.

Sonja und Christian nehmen unsere Solidarität sehr erfreut zur Kenntnis und brauchen sie auch weiterhin. Also weiter so!!

Was soll das alles?

Eine politische

Einschätzung zum

Prozess

Die Prozessbesucher_innen konnten im Prozess durchaus interessante Erfahrungen machen. Es war ja bisher durchgängig Presse anwesend – Leute also, die professionell Prozesse verfolgen. Sie sind Teil der Öffentlichkeit, deren Zugang die Prozessordnung so große Bedeutung beimisst. Schon der Versuch, Hermann F. als Zeugen in den Prozess zu zwingen, ohne zu klären, ob seine früheren Aussagen unter folterähnlichen Bedingungen abgepresst worden waren, wurde von der Verteidigung zurückgewiesen. Die Darstellungen, die der Kronzeuge Klein zum Besten gab, ließ nur den Schluss zu, dass er als Beweismittel ungeeignet ist. Dies (neben einem Haufen weiterer Widersprüche) vor allem, nachdem er zum Kern der Vorwürfe auf die Widersprüche in seinen früheren Aussagen noch einen weiteren aufgesattelt hatte. Eine Behauptung, auf die der Vorwurf von Sonjas Beteiligung an der Geiselnahme der OPEC-Minister gestützt war, war die (bloße) Anwesenheit bei einem Gespräch im Frankfurter Stadtwald, das der Anwerbung Kleins zur Teilnahme an der von Palästinensern organisierten Operation diene. Bis zu seiner eigenen Inhaftierung hatte Klein in insgesamt fünf Vernehmungen darauf bestanden, das Gespräch sei von Brigitte Kuhlmann geführt worden. Entweder von ihr allein, oder im Beisein eines Mannes („Boese“, „mit höchster Wahrscheinlichkeit Weinrich“, „Brigitte Kuhlmann und ein Mann – ich weiß heute beim besten Willen nicht mehr, wer das war“). Nach seiner Inhaftierung gesellte er dann einen weiteren Mann hinzu, den „Sch...“ und erstmals wurde auch Sonja Suder daneben eingeschlichen. Ein Kronzeuge muss ja was anbieten.

In der Hauptverhandlung gegen sie wurde dann zu aller Überraschung eine neue Version produziert: der Mann ist jetzt raus. Es waren zwei Frauen. Brigitte Kuhlmann und eben diese Sonja Suder. Schon in seiner eigenen Verhandlung hatte das Schwurgericht ihm nicht mehr glauben wollen. Und nun? Im Zuschauerraum wurden laut Presse Kommentare gehört wie: „Warum setzt die Verteidigung die Befragung überhaupt fort, dadurch verlängert sich doch die Haft.“ Das sahen die Verteidiger_innen auch so und stellten einen Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls, auch unter Hinweis auf bereits geltend gemachte weitere Widersprüche. Der Antrag wurde inzwischen zurückgewiesen, Sonja ist noch drin. Die übrigen Vorwürfe von geringerem Gewicht können der Grund für die Ablehnung nicht sein, vor allem nicht nach inzwischen eineinhalb Jahren Untersuchungshaft. Wer den Prozess verfolgt hat, für die ist klar, die Justiz will offenbar eine Verurteilung ohne Beweise. So drängt sich die Frage auf, die schon vor dem Verfahren immer wieder gestellt wurde: Warum dieser Prozess? Warum die Verurteilung ohne Beweise?

Die Antwort von langjährigen Beobachter_innen politischer Prozesse:

„Was wundert Ihr Euch? Es ist eben ein politischer Prozess!“ Das aber verschiebt die Frage nur etwas. Was ist denn das „Politische“ an diesem Prozess? Jetzt, nachdem die Ereignisse fast 40 Jahre zurückliegen? Jetzt, wo die Auseinandersetzungen der 70er Jahre seit mehr als 30 Jahren Geschichte sind?

Vergangenheit? Wir wollen eine offensichtlich willkürliche Vorgehensweise und ein offensichtlich sinnloses Verfahren nicht von unserer Seite mit Sinnangeboten beliefern. Aber man muss sich trotzdem ein paar Fragen für die heutige politische Diskussion stellen.

1. In einer Diskussion mit Daniel Cohn-Bendit sagte der CDU-Landesvorsitzende in Hessen, Roland Koch, in einer HR 3-Fernsehsendung 1998 zu dessen Versuchen, Klein mit Hilfe des Verfassungsschutzes zu einer Gallionsfigur eines Rückkehrerprogramms zu machen: „Ich persönlich glaube, es ist das Wichtigste, klar zu machen, dass der Satz, den wir uns damals in der Bundesrepublik Deutschland auch gesagt haben, als die Terrorakte geschahen: „Keiner bleibt straffrei, wir werden sie alle finden.“ Anders ausgedrückt: keiner soll ungeschoren bleiben. Im Gegensatz zur französischen Justiz, die nach einer Verjährungszeit von 20 Jahren die Akten endgültig schließt, wird hier rücksichtslos Unerbittlichkeit sig-



Protest - Bewegung - Militanz Chronik 1973 bis 1995

1973 ▶ Februar Besetzung des Jugendzentrums Drugstore in Berlin, mit der Forderung nach dem leerstehenden Haus in der Wilhelmstraße, das nach Thomas Weisbecker benannt wird, der von der Polizei erschossen wurde. ▶ **28.3.** Bei der Räumung eines besetzten Hauses in Frankfurt/Main kommt es zu schweren Straßenschlachten in der Innenstadt. ▶ **29.3.** Die letzten US-Truppen ziehen aus Vietnam ab. ▶ **8.5. – 29.6.** Im Kampf gegen die Isolationshaft treten inhaftierte RAF-Mitglieder in einen Hungerstreik. ▶ **27. – 30.8.** Wilder Streik bei Ford Köln. ▶ **11.9.** Putsch in Chile. Präsident Salvador Allende stirbt, als das Militär den Präsidentenpalast erstürmt. ▶ **6. – 26.10.** Jom-Kippur-Krieg zwischen Ägypten, Syrien und Israel. ▶ **November** Bombenanschläge der RZ auf ITT in Berlin und Nürnberg, aus Protest gegen den Putsch in Chile. ▶ **23.11.** Die Bundesrepublik verhängt einen Anwerbestopp für Gastarbeiter_innen. ▶ **25.11.** Erstes Sonntagsfahrverbot wegen der sog. Öl-Krise.

1974 ▶ 19.4. wird das Haus Eckhofstr. 35 in Hamburg besetzt; nach der Räumung Ende Mai werden 35 Haftbefehle wegen §129 erlassen. Verurteilt wird letztendlich niemand. ▶ **24.4.** Nelkenrevolution in Portugal. Die Bewegung Revolutionärer Streitkräfte stürzt die Diktatur. ▶ **1.5.** Anschläge der RZ auf Arbeitgeberverbände und die Ausländerpolizei Westberlin. ▶ **6.5.** Bundeskanzler Willy Brandt tritt wegen der Agentenaffäre um den DDR-Spion Günter Guillaume zurück. ▶ **Mai** Anschläge der RZ

nalisiert. Ist dieses Signal das, worauf es hier ankommt? Aber warum, wenn die politischen Zusammenhänge seit Jahrzehnten nicht mehr bestehen?

2. Vielleicht ist es gerade das? Die Zusammenhänge bestehen nicht mehr. Aber es entstehen neue Zusammenhänge, aus denen heraus Widerstand geleistet wird. Soll ihnen das Signal gelten? Wir können Euch verfolgen, bis über die Grenze zu offensichtlicher Willkür hinaus?

3. „Zusammenhänge“ ist etwas neutral und unempathisch ausgedrückt. Zusammenhänge ist: dass sich Menschen zusammenfinden, die sagen: wir machen das nicht mit, das ist nicht unser Leben. Wir machen diese Abwertung von Menschen und ihren Lebensverhältnissen nicht mit, wir bilden neue Verhältnisse. Das sind die Verhältnisse, die wir als Weg in die Zukunft gegen die Barbarei offensiv entwickeln. Gilt die „Repression“, gilt die Willkür diesen Formen menschlichen Zusammenfindens, aus denen Widerspruch gegen Barbarei entwickelt wird? Das Gericht mag sich durch solche Zusammenhänge in seiner Prozessstrategie irritiert sehen, die sich in der Empathie einer Solidarität von Seiten der jüngeren Prozessbeobachter_innen über Jahrzehnte Altersunterschied hinweg äußert. Immerhin ist der Gegenstand des justiziellen Arsenal immer widerständiges Leben in seinen neuen geschichtlichen Formen. So haben die Älteren erlebt, wie in der staatlichen Antwort auf die Proteste in Genua aus dem Nichts der globalisierte „Black-Bloc“ aus dem Internet zur terroristischen Vereinigung hochstilisiert wurde. Das „Tribunale di Genova“ verfolgte die Strategie, spontane internetvermittelte Formen der autonomen flexiblen horizontalen und unhierarchischen Selbstorganisation zu Merkmalen eines neuen Typus von „terroristischer Vereinigung“ aufzubereiten. Diese Initiative der Repressionsfortbildung war damals im EJN, dem „europäischen justiziellen Netz“ vorbereitet worden, ein informelles Forum, auf dem Initiativen zur justiziellen europäischen Kooperation und Strategiebildung entwickelt werden (Staatsanwält_innen etc.). Die Arbeiten, Zielsetzungen und Strategien dieses Forums liegen im Dunkeln. Wirken sie über die Frankfurter Staatsanwaltschaft und das Gericht in unser Verfahren hinein?

4. Der Erfindungsreichtum der sozialen Formierung von Widerstand in den 70er Jahren ist nie bestritten worden. Geht es um die Nutzung eines Verfahrens aus der Vergangenheit als Signal für die Zukunft?

5. Sonja und Christian schweigen und sie dealen nicht. Ist es das Ziel, ihnen das streitig zu machen? Wir haben erlebt, wie im Fall Buback ein justizieller Druck zur Wissensübereignung und Wissenshergabe aufgebaut wird. Immerhin rief der Kronzeuge Klein am ersten Tag seiner mehrtägigen Vernehmung in den

Gerichtssaal: „Soll doch etwas sagen, wer was über Karry weiß!“ Geht's darum? Geht's um Druck und Wissensabpressung auf Verdacht – denn Wissen wird nicht einmal behauptet.

6. In diesem Verfahren geht es – siehe die anderen Beiträge – auch um die folterähnlichen Methoden bei der Abpressung von Wissen, deren Opfer eine vor mehr als 35 Jahren schwer traumatisierte Person geworden ist. Geht es darum, diese Möglichkeiten noch einmal nachträglich für zukünftigen Gebrauch zu legitimieren?

7. Seit den 90er Jahren und systematischer jetzt, in der Krise, zertrümmert das Kapital und seine Europapolitik unter deutscher Hegemonie die europäischen Sozialstrukturen, die überkommenen demokratischen Verhältnisse und trifft zunehmend auf Widerstand. Im Jahr 2002 hat ausgerechnet die EU einen Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung erlassen, der dann in nationales Recht umgesetzt wurde: gefolgt vom europäischen Haftbefehl, mit dem die Auslieferung Sonjas und Christians erzwungen wurde. Unter Strafe wird bezeichnenderweise hier unter anderem die Zielrichtung von strafbaren Aktivitäten zur Beseitigung oder Beeinträchtigung „der politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Staates oder einer internationalen Organisation“ als Tatbestandsmerkmal aufgenommen. Also das, was die deutsche Politik gerade betreibt. Die Verhinderung dieser Politik, die Initiativen sozialer Selbstorganisation, das Beharren auf erkämpften Rechten dagegen beeinträchtigen diese Politik der Machtreorganisation. Schon im Vorfeld wurde der Rahmenbeschluss heftig kritisiert. Sogar aus gewerkschaftlichen Kreisen, die Aktivitäten im Zusammenhang mit Streiks bedroht sahen. Die Massenmilitanz der 70er Jahre betonte die Selbstbehauptung gegen soziale Zerstörung und wurde tendenziell als Terrorismus verfolgt. Dient dieser Prozess als historische Brücke?

auf das Auto des Chefs der Krone-Werke und den Bezirksstadtrat für Jugend und Sport wegen des Abrisses des Jugendzentrums Putte, Berlin. ► **Juni** Anschlag der RZ auf das chilenische Konsulat, Berlin. ► **13.9.** Die RAF-Gefangenen treten erneut in den Hungerstreik. ► **9.11.** Holger Meins stirbt an den Folgen des Hungerstreiks. Daraufhin kommt es in mehreren bundesdeutschen Städten zu Protesten und Anschlägen. ► **10.11.** In Westberlin wird der Kammergerichtspräsident von Drenkmann von der Bewegung 2. Juni erschossen. ► **26.11.** Bei der bundesweiten Razzia der Polizei, der sog. „Aktion Winterreise“ werden Wohngemeinschaften, besetzte Häuser, Jugendzentren, linke Buchläden, Verlage, Anwaltskanzleien überfallen. Die Aktion ist ein Schlag ins Wasser, zur Fahndung ausgeschriebene Personen werden nicht gefunden.

1975 ► **5.2.** Die RAF-Häftlinge, die sich seit fast fünf Monaten im Hungerstreik befinden, brechen den Hungerstreik ergebnislos ab. ► **23.2.** Mindestens 10.000 Menschen besetzen die Baustelle des AKW Wyhl, bauen Hütten und Zelte auf und errichten Barrikaden gegen die Polizei. ► **25.2.** Die vom Bundestag beschlossene Reform des §218, die sogenannte Fristenlösung, wird vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. ► **27.2.** Der Vorsitzende der Westberliner CDU, Peter Lorenz, wird von der Bewegung 2. Juni entführt. Am 5. März wird er freigelassen, nachdem fünf politische Häftlinge in die Volksrepublik Jemen ausfliegen können. ► **4.3.** „Frauen der Revolutionären Zellen“ verüben einen Bombenanschlag auf das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe

Die Folterfrage, eine verborgene Prozessagenda

Heute, über sechs Monate nach Prozessbeginn, wird diese zentrale Frage noch immer vom Gericht vermieden. Dabei ist sie von der Verteidigung schon vor Beginn in den Mittelpunkt gestellt worden. Es ist die Frage: Darf das Gericht Vernehmungen des als Zeugen geladenen Hermann F. verwerten (ob durch „Vorhalt“, Verlesung oder sonstwie), die unter traumatisierenden Bedingungen zustande gekommen sind? Unter Bedingungen der Qual, der Angst, des Zwangs, der Unfreiheit der Willensbetätigung, mit „verbotenen Vernehmungsmethoden“ also, wie es juristisch heißt. Und, wenn sie auf diese Weise zustande gekommen sind: darf das Gericht die damals traumatisierte Person in der Hauptverhandlung noch einmal denselben Bedingungen unterwerfen? Durch – überspitzt formuliert – Folter im Gerichtssaal? Hat das Gericht die Frage zunächst aufgeschoben, weil es die Antwort insgeheim schon kennt und fürchtet? Weil es ihm egal ist? Immerhin ist das Gericht vom Europäischen Gerichtshof schon einmal wegen einer lächerlich geringen Geldstrafe gerügt worden, die es unter dem Vorsitz der Richterin Stock gegen den Polizeipräsidenten Daschner wegen dessen Folterandrohungen verhängt hat.

Am radikalsten hat die Zeugin Sybille S. das Gericht mit dieser Frage konfrontiert. Sie war in den 70er Jahren mit Hermann F. verlobt, als er seine schweren traumatisierenden Verletzungen erlitt. Geladen und erschienen, ließ sie das Gericht durch ihren Anwalt wissen, dass für sie vor allem die Klärung dieser Frage an erster Stelle stehe und dass sie keine Angaben machen werde.

Hermann F. hatte die Verletzungen erlitten, als eine Bombe auf seinen Knien explodierte. Sie galt dem Konsulat Argentinien, wo ein barbarisches Regime durch Terror und Folter für Investitions- und Profitbedingungen auch deutscher Unternehmen sorgte. Er verlor beide Beine und die Augen. Als er in der Klinik aufwachte, standen an seinem Bett BKA und Staatsanwaltschaft. Noch auf der Intensivstation stellten sie ihre ersten Fragen. Er sagt, er weiß bis heute nicht, was er gesagt hat, was wahr war, was nicht. Was die Traumaforschung, was jede humane Medizin gebietet, er bekam es nicht: die Fürsorge und die Nähe vertrauter Personen. Stattdessen nutzten die Vernehmungsbeamten das Trauma der ersten Tage im Krankenhaus, „wie Geier über ihrer Beute“, so der Anwalt, der nicht zu ihm durfte. Sie drangen in ihn ein, als er wehrlos war, schlugen die ersten Breschen für weitere Vernehmungen und schufen damit vollendete Tatsachen. Als sie die schwer traumatisierte Person dann einen Monat später streng abgeschottet in eine Polizeikaserne zu weiteren Vernehmungen brachte, schien das Terrain besetzt. Die Vernehmer, allen voran Ermittlungsrichter Kuhn, erklärten Hermann F. für vernehmungsfähig, was sonst? Kuhn hatte auch den halb-

toten Günther Sonnenberg für vernehmungsfähig erklärt. Lediglich die beiden professoralen Gutachter wiesen darauf hin, dass die Vernehmungsfähigkeit nicht ausschlaggebend sei, denn die Willensfreiheit sei beeinträchtigt gewesen. Sie aber ist entscheidend für die Frage der verbotenen Vernehmungsmethoden. Ungeachtet dessen war das Oberlandesgericht Frankfurt im Verfahren gegen Sibylle S. zum Ergebnis der Vernehmungsfähigkeit (auf die es ja gar nicht ankam) gelangt.

Die Frage war von der Verteidigung früh aufgeworfen worden. Schon zwei Jahre vor Verfahrensbeginn hatte diese darauf hingewiesen, dass die Explosion, der Verlust der Beine und Augen für Hermann F. ein schwer traumatisierendes Ereignis gewesen war. Erst danach (und auch nach dem Urteil des OLG) hatte sich die Traumaforschung in Deutschland etabliert und seitdem enorme Fortschritte gemacht. Auf diesem Hintergrund würde eine erneute Begutachtung zu dem Ergebnis verbotener Vernehmungsmethoden gelangen. Nichts geschah, keine neue Begutachtung.

Zu Beginn der Hauptverhandlung stellte Christian Gauger durch seinen Verteidiger einen Befangenheitsantrag wegen des Versäumnisses einer neuen Begutachtung, die für ihn schon jetzt nicht hinnehmbare Verfahrensverzögerungen mit sich gebracht hätten. Wieder geschah nichts. Nach Beratung mit Traumaspezialist_innen stellte die Verteidigung einen Antrag, ein neues Gutachten einzuholen, das auf dem aktuellen Stand der Traumaforschung ist. Die Entscheidung über den Antrag liegt auf Eis. Statt dessen eröffnete die Vorsitzende Richterin ein Zwischenverfahren über die Frage verbotener Vernehmungsmethoden (es gilt hier sogenannter „Freibeweis“). Trotz des unwidersprochenen Rechtssatzes, dass Vernehmungsfähigkeit nicht Willensfreiheit bedeutet, begann sie, die beanstandeten Vernehmungsprotokolle zu verlesen, die Hermann F. Vernehmungsfähigkeit bescheinigt hatten. Das war eine klare Ansage. Sie hieß: das Gericht will es nicht wissen.

Schließlich stellte die Verteidigung einen weiteren Antrag, nunmehr auf Verlesung einer frisch eingeholten Stellungnahme einer Traumatherapeutin. Sie kam zu folgenden Feststellungen: Die psychologische Disziplin der Traumaforschung und -therapie gibt es in Deutschland erst seit etwa 25 Jahren. Sie hat zu einer enormen Zunahme des Wissens über Traumaursachen, Verlauf der dadurch hervorgerufenen Störungen und Traumatherapie geführt. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Erfahrung Hermann F. als schweres Trauma dar. Es war in der Lage, in eine posttraumatische Belastungsstörung überzugehen, die die Freiheit seiner Willensbetätigung während der Vernehmungen erheblich beeinträchtigte. Die von den Beobachtern festgestellte Vernehmungstüchtigkeit

he. Personen kommen nicht zu Schaden. ► **24.4.** Die deutsche Botschaft in Stockholm wird durch das „Kommando Holger Meins“ besetzt, um die Freilassung von 26 Häftlingen zu erreichen. Die Bundesregierung verweigert die Erfüllung der Forderungen. Zwei Mitarbeiter der Botschaft werden getötet. Die Geiseln werden von der Polizei befreit und das Kommando festgenommen. ► **30.4.** Mit der Besetzung Saigons durch den Vietcong endet der Vietnamkrieg. ► **21.5.** In Stuttgart-Stammheim wird der Prozess gegen Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe aus der RAF eröffnet. ► **Frühsommer** Fahrpreiskämpfe in Hannover und Heidelberg mit Tausenden Demonstrant_innen ► **16./17.7.** In Westberlin verteilen RZ 120.000 gefälschte Sammelfahrkarten der BVG, in Köln zerstören sie Fahrkartenautomaten. ► **12.11.** Bombenanschlag auf den Kölner Hauptbahnhof. RAF, Bewegung 2. Juni und RZ erklären, dass sie damit genauso wenig zu tun haben, wie mit ähnlichen Anschlägen in Hamburg, Bremen und Nürnberg und vermuten Geheimdienste als Urheber. ► **20.11.** Der spanische Diktator Franco, der das Land 36 Jahre lang regiert hat, stirbt. ► **21.12.** Ein Kommando der Volksfront für die Befreiung Palästinas/AO nimmt zehn Minister der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) in Wien als Geiseln, mit dabei auch das RZ-Mitglied H.J. Klein, der später als Kronzeuge vor Gericht aussagt.

1976 ► **9.5.** Ulrike Meinhof wird erhängt in ihrer Zelle aufgefunden. Im In- und Ausland kommt es zum Teil zu militanten Protesten. ► **16.6.** Bei einem Aufstand in

Soweto, einer überwiegend von Schwarzafrikaner_innen bewohnten Vorstadt von Johannesburg/Südafrika werden 176 Menschen durch die südafrikanische Polizei ermordet. ► **27.6.** Entführung einer Passagiermaschine der israelischen Fluglinie EL AL durch ein bewaffnetes Kommando, dem auch zwei RZ-Mitglieder angehören. Das Ziel ist es, Gefangene u.a. in Israel zu befreien. Bei der Erstürmung der Maschine durch ein israelisches Spezialkommando auf dem ugandischen Flughafen Entebbe werden 102 Geiseln befreit. Bei der Aktion kommen 31 Menschen, darunter drei Geiseln und die Entführer_innen ums Leben. ► **18.8.** Bundesweite Razzia gegen linke Buchläden wegen der §§ 88a und 130a, Verherrlichung, bzw. Anleitung zu Straftaten. In Bochum wird ein Buchhändler verhaftet und dort die Zeitschrift „Revolutionärer Zorn“ der RZ beschlagnahmt. ► **September** Brandanschläge der RZ auf die Schwarzfahrerkarrei in Frankfurt/Main und auf das Auto des Spekulanten Kaußen in Köln. ► **30.10.** Bei Brokdorf finden erste Demonstrationen gegen den Bau eines AKWs statt. Dabei kommt es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und rund 400 Atomkraftgegner_innen, die den Bauplatz besetzen. Die Polizei räumt das Gelände. Im November scheitert ein zweiter Besetzungsversuch, an dem Zehntausende beteiligt waren. ► **16.11.** Während einer Tournee von Wolf Biermann durch die Bundesrepublik beschließt das Politbüro der DDR seine Ausbürgerung. ► **27./28.11.** Internationales Festival „Leben – Kämpfen – Solidarisieren“ des Spanischen Zentrums in der Essener Grugahalle mit vielen Live-Bands und Liedermachern, u.a. mit Wolf Biermann. Es

und -fähigkeit widerspreche dem nicht. Vielmehr ginge die beobachtete Gefasstheit, Coolness und kognitiven Fähigkeiten häufig mit schwerer Traumatisierung einher, als eine Art Überlebensprogramm bei gleichwohl erheblicher Beeinträchtigung der Freiheit der Willensbetätigung. Möglich sei auch eine Retraumatisierung bei erneuter Vernehmung. All dies könne nur durch eine erneute Begutachtung beurteilt werden.

Spätestens jetzt hätte der Auftrag an einen kompetenten Gutachter ergehen müssen. Die Reaktion des Gerichts? Null. Im Klartext: sogar eine erneute Retraumatisierung wird in Kauf genommen. Oder Folter, wenn man so will. Denn die mit der Retraumatisierung wieder aufgelebte Erfahrung einer existenziellen Bedrohung ist nichts als das: Qual und Folter. Das ist das heimliche Drama dieses Prozesses, seine „hidden agenda“: eine Agenda von Qual und Folter. Eine Frau, die damalige Freundin Hermann F., sagt nein! Sie sagt das, weil sie damals das Leiden miterlebt hat, das die Vernehmungsbeamten und -richter nicht scherte. Sie sagt: klärt diese Frage.

Prozesserklärung

Hermann F.,

September 1980

Hermann F. hatte zu seinem damaligen Prozess eine Erklärung verfasst, die wir hier erneut abdrucken, um ihn auf diese Weise auch selbst zu Wort kommen zu lassen:

„Während die Fußballweltmeisterschaft 1978 in Argentinien in der Nähe vom Folterzentrum zu Ende kam und die Bundesregierung zynisch die Aufnahme von 500 argentinischen politischen Gefangenen versprach, explodierte mir ein Sprengsatz zu Haus. Er war für das argentinische Konsulat in München bestimmt. Ich verlor durch den Unfall beide Augen und Beine. Bis heute hat die Bundesrepublik 20 freigelassene argentinische Gefangene aufgenommen und mich klagt man – wie ich gehört habe – vor Gericht an. Mir und zwei mitangeklagten Frauen wird vorgeworfen, Mitglied der Revolutionären Zellen zu sein.

In dem geplanten Prozess soll die Sinnlosigkeit linksradikalen militanten Widerstands vorgeführt werden. Wenn ich auch durch den Unfall nochmals erfahren musste, welches Risiko mit diesem Kampf verbunden ist, so weiß ich auch, daß meine Ankläger, die diesen Widerstand am liebsten nach Kabul schicken würden, eine ganz andere Gewalt verteidigen: 20.000 Tote forderte der Militärputsch in kurzer Zeit in Argentinien. Heute sind argentinische Gruppen und Berater in Bolivien dem putschenden Militär behilflich. Die deutsche Kernkraftwerksunion betreibt Atomgeschäfte mit Argentinien, und die Bundesregierung segnet den Verkauf von Panzerwagen durch Hentschel (Kassel) an die argentinische Armee ab.

Der Terror der Gorillas ist im Sinne internationaler Konzerninteressen. Aber auf der Tabelle, die Börsenkurse anzeigt, wird Blut nie sichtbar. Die blutige Verfolgung des Widerstandes in Ländern Lateinamerikas ist Bedingung einer Wirtschaftspolitik, die für die Masse der Bevölkerung ökonomischer Völkermord heißt und den Konzernen die Türen öffnet.

Diese Politik wird vom Weltwährungsfonds durchgesetzt, indem er Kredite an solche politischen Bedingungen bindet, die in Peru z. B. dazu führen, daß 109 von 1000 Kindern sterben, bevor sie gehen können. Argentinien ist ein Beispiel für imperialistische Barbarei, betrieben durch die reichen Länder des Westens. Die Bundesrepublik ist in diesem System eine Metropole, und hier zu leben heißt für jeden, sowohl Opfer als auch Mitschuldiger zu sein in einem System, das jährlich Millionen Hungertote fordert. Denn wir leben hier nicht nur in diesen Strukturen, wir leben auch von ihnen. Antiimperialistische Politik heißt Ausbrechen aus diesem Status von halb Opfer, halb Mitschuldiger, heißt nicht mehr ein Teil des Problems zu sein, sondern Teil von dessen Lösung.

Es geht nicht um Bewunderung ferner Befreiungsbewegungen, sondern um die Erkenntnis, daß der Angriff auf Institutionen ausländischer Terrorregimes Teil unseres eigenen Befreiungskampfes ist. Zur Zeit wachsender Kriegsdrohungen wird die Notwendigkeit einer antiimperialistischen Bewegung

immer deutlicher, um eine existenzielle Bedrohung abzuwehren.

Die Bundesregierung nimmt als NATO-Mitglied in Kauf, daß ganz Westeuropa bei einem Atomkrieg in Schutt und Asche gelegt wird und lässt zu, daß das Land zum Waffenarsenal der NATO geworden ist. Wir sitzen hier quasi auf den Atombomben.

Es gab und gibt ja auch in der Bundesrepublik Soziale Bewegungen, z. B. Anti-AKW-Initiativen, Frauenbewegung und Fahrpreiskampagnen, die nicht gering geschätzt werden können. Der Aufbau eines staatlichen Unterdrückungsapparats – angefangen bei der materiellen und personellen Aufrüstung der Polizei bis hin zur Errichtung von Hochsicherheitstrakten – will verhindern, daß aus Revolten langfristig sozialrevolutionäre Bewegungen werden. RZs haben sich an den Auseinandersetzungen beteiligt, indem sie über Demonstrationen und Bauplatzbesetzungen gegen AKWs usw. hinaus, Möglichkeiten des Kämpfens zeigten. Ich finde diese Ideen richtig, hatte jedoch am 23. Juni 78 den genannten Unfall. Damit geriet ich beim Widerstand gegen die Verhältnisse in Argentinien selbst quasi in argentinische Zustände. Polizei und Bundesanwaltschaft sahen in meinem Zustand die Chance, außerhalb von jeglicher Kontrolle ihr Problem RZ angehen zu können.

Die Vernehmung lebensgefährlich Verletzter ist eigentlich gesetzlich verboten. Aber was tuts? Die beteiligten staatlichen Organe haben in ihrer Bekämpfung von Revolutionären schon längst die Gesetze, die ihre Macht beschränken, praktisch auf die Müllhalde geworfen. Die Morde in Stammheim, die Situation von Günter Sonnenberg, der 2. Juni-Prozess in Berlin zeigen die Brutalisierung der Operationen gegen eine Fundamentalopposition, wenn sie nicht „lieb“ ist und sagt, daß sie es nicht wieder tun will. Was die Bundesanwaltschaft bewegte und bewegt, ist einem Zitat von Bundesanwalt Harms zu entnehmen: „Wir haben 70 Anschläge aufzuklären und keiner will's gewesen sein.“

Den derart jahrelang frustrierten Fahndern kam

mein lebensgefährlicher Zustand, die Traumatisierung nach der Erblindung, meine völlige Hilfs- und Orientierungslosigkeit gerade richtig. 1.300 Seiten Vernehmungsprotokolle, die von mir stammen sollen, sind Ergebnis dieser Situation. Da werden dann auch Personen aus meiner damaligen phantastischen Traumwelt in RZ- Zusammenhänge gebracht, bzw. es werden Personen belastet, die ich nie kannte. Um den „Vernehmungen“ ihre Fragwürdigkeit zu nehmen, feierten dann die Staatsschützer in Bezug auf mich in der ihnen zur Verfügung stehenden Presse große Siege über RZs, die sie real nie erzielt haben. Im *Spiegel* avancierte ich gar zum Mittelpunkt von Ereignissen, die vom „Knallfrosch bis zum Hijacking“ (*Spiegel* 34/78) reichen.

Diese angeblichen Vernehmungsprotokolle sind für mich das Ergebnis einer Behandlung, die den Namen Folter verdient. Ich halte es für aberwitzig, Angaben daraus zu verwenden.

Hermann Feiling, September 1980

... Schweigen ist Gold.

Zu Aussage- verweigerung und Beugehaft

Es war ein starker Moment, als die Zeugin S. am 12. Oktober vergangenen Jahres dem Gericht erklärte, sie werde die Aussage verweigern. Die ehemalige Lebensgefährtin des schwerverletzten Hermann F. hatte den Alptraum seiner Auslieferung an die Polizei miterlebt und zeigte sich entschlossen, sich nicht an einem Prozess zu beteiligen, der sich wesentlich auf unter folterähnlichen Umständen entstandenen Belastungen stützt. Auch Ordnungsgeld und die Androhung von Beugehaft brachten sie nicht von ihrem Entschluss ab. Bislang blieb es bei der Drohung – die Zeugin soll aber ein weiteres Mal geladen werden.

Beugehaft zur Erzwingung von Aussagen wird nicht zufällig häufig bei §129-Verfahren gegen linke Zusammenhänge eingesetzt. Sie kann über einen maximalen Zeitraum von sechs Monaten verhängt werden und ist das stärkste Druckmittel der Justiz, um Aussagen zu erpressen.

Das letzte prominente Verfahren mit Beugehaft liegt noch nicht lange Zeit zurück: Im Prozess gegen das ex-RAF-Mitglied Verena Becker wegen des Todes von Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seine beiden Begleiter im Jahr 1977 wurde 2011 gegen drei ehemalige RAF-Mitglieder Ordnungsgeld und Beugehaft verhängt, die als Zeug_innen geladen waren. Erst der BGH entschied gegen Anwendung der Zwangsmaßnahme bei Siegfried Haag und Roland Mayer, da sie sich bei einer erzwungenen Aussage hätten selbst belasten können. Die Beugehaft für die inzwischen verstorbene Christa Eckes setzte der BGH aufgrund ihrer fortgeschrittenen Leukämie aus.

2012 wurde in Frankfurt am Main einigen nicht gesprächigen Zeug_innen im Ermittlungsverfahren zu einem verletzten Polizeibeamten während der anti-kapitalistischen Demo M31 mit Beugehaft gedroht. Die kürzlich angeordneten Hausdurchsuchungen bei einigen Fotojournalisten, bei denen Fotomaterial von der Demo beschlagnahmt wurde, zeigt, dass die Ermittlungsbehörden in diesem Fall weiterhin im Dunklen tappen. Es wird sich also zeigen, ob von den Drohungen nicht doch noch einmal Gebrauch gemacht wird.

Denn die Verfolgungsbehörden benötigen konkrete Informationen gerade in solchen Verfahren, in denen die Beweislage besonders dünn ist. Zugleich werden bereits mit der Androhung von Beugehaft die politischen Zusammenhänge verunsichert und ihre Strukturen durchleuchtet. Menschen lassen sich oft genug bereits durch die Androhung von Beugehaft unter Druck setzen und machen gegen ihren Willen Aussagen. Generelle Einschüchterung und Spaltung von politischem Widerstand ist somit ein weiteres Ziel.

Die 1987 im Zuge der Ermittlungen zu Aktionen zur Startbahn West entstandene und bis heute anhaltende Kampagne „Anna und Arthur halten“

geht um den Kampf gegen AKWs, Mietwucher und Autobahnbau, Abriss von Zehensiedlungen und für Internationale Solidarität. ► **Dezember** Bombenanschlag der RZ auf einen Offiziersclub der US-Army, Frankfurt, aus Solidarität mit den Gefangenen der RAF.

1977 ► **Januar** Bombenanschlag der RZ auf Benzintank der US-Army in Gießen und Festnahme von Gerd Albartus und Enno Borstelmann wegen Mitgliedschaft in der RZ. Sie sollen in einem Aachener Kino, in dem der Film „Unternehmen Entebbe“ lief, Brandsätze gelegt haben, die gar nicht gezündet wurden. ► **19.3.** Bei einer Demonstration gegen den Bau des Atomkraftwerks Grohne bei Hameln wird die Platzbesetzung von einem Großaufgebot von Polizei und Bundesgrenzschutz mit Gewalt verhindert. Zahlreiche Demonstrant_innen werden festgenommen. ► **April** „Frauen der Revolutionären Zellen“ verüben Anschlag auf die Bundesärztekammer, Köln wegen ihrer Haltung zum § 218. ► **23.3.** Aktion der RZ gegen Frankfurter Anwaltskammer wegen Repression gegen linke Anwälte. ► **7.4.** Generalbundesanwalt Siegfried Buback wird zusammen mit seinem Fahrer in Karlsruhe von der RAF erschossen. ► **28.4.** Das Stuttgarter Oberlandesgericht verurteilt Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe zu lebenslanger Haft. ► **Juni** Brandanschlag der RZ auf eine Schwarzfahrerpartei in Westberlin. ► **30.7.** Der Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, wird in seiner Villa im Taunus bei einem Entführungsversuch durch die RAF erschossen. ► **31.7.** Bei einer internationalen Großdemonstration gegen den Schnellen

Maul“ fordert Beschuldigte und Zeug_innen zur Verweigerung jeglicher Zusammenarbeit mit Polizei, Justiz und Geheimdiensten auf. Die Kampagne wurde später aufgrund von Erfahrungen mit Beugehaftandrohungen von einigen als zu kurz greifend kritisiert, da sie zurecht zwar die unbedingte Aussageverweigerung fordert, aber die notwendige Auseinandersetzung mit der einhergehenden Unsicherheit und Angst nicht oder nicht ausreichend thematisiert. Die individuelle, nachvollziehbare Furcht vor dem Knast, vor dem Verlust des Arbeitsplatzes oder anderer Dinge bedeutet eine starke Belastung für die betroffenen Personen und erfordert ein solidarisches Umfeld. Ist „das Absitzen von Beugehaft nicht ein zu hoher Preis für die Aussageverweigerung? (...), die Sorge um Kinder oder anstehende Prüfungen; die Einschätzung, daß die Mehrheit „der Betroffenen“ den Schritt in die Beugehaft sowieso nicht tut (...). Nur ein Gedanke fällt völlig unter den Tisch. Die Erwägung der politischen Konsequenzen nämlich, die ein Standhalten bzw. Nachgeben gegenüber dem Zwangsmittel der Beugehaft mit sich bringt“, fasste die Anti-Beugehaft-Gruppe Bochum die Schwierigkeiten 1989 zusammen.

Schnell kommt einer unter Druck gesetzten Person vielleicht außerdem der Gedanke, sie habe eh keine verwertbaren Informationen oder könne die Ermittlungsbeamt_innen mit falschen Fährten oder entlastenden Aussagen in die Irre führen. Es gibt aber weder harmlose noch entlastende Aussagen: Das Interesse der Verfolgungsbehörden besteht nämlich genau darin, nur Belastendes zu finden und anscheinend entlastende Aussagen können schnell in ihr Gegenteil verkehrt werden. Aber auch scheinbar unwichtige Aussagen über Dinge, die nicht zum Kern der Sache gehören, erlauben Aufschlüsse. Vergangene Ermittlungsverfahren zeigen, dass es in den Augen der Verfolgungsbehörden kaum Unverdächtiges gibt. So wird das Fahren mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum Indiz, obwohl ein eigenes Auto vorhanden ist, oder die Beschäftigung mit „anschlagsrelevanten“ Themen oder die Bekanntschaft mit Personen, die ihrerseits eines dieser „Vergehen“ bezichtigt werden. Und es gibt keine banalen Fragen: Grundsätzlich gilt, dass die Verfolgungsbehörden keine sinnlosen oder unwichtigen Fragen stellen. Auch muss man sich bewusst sein, dass Zeug_innen keine Gelegenheit haben, sich vor dem Verhör etwa einen Überblick über die einzelnen Fragen zu verschaffen und entscheiden können, welche davon sie beantworten. Verweigert man nur an einzelnen Punkten die Aussage, wird nach Gründen gefragt. Verhöre können mehrere Stunden dauern und die wenigsten Zeug_innen werden sich nach einer solchen Tortur noch erinnern können, welche Informationen sie gegeben haben. Selbst eine Aussage, die vordergründig einen Verdächtigen

entlastet, verkleinert den Kreis der möglichen Täter_innen und führt Polizei und Justiz damit näher an den bzw. die tatsächlichen Täter_innen heran, ist also eine indirekte Denunziation einer anderen Person. Letztlich können Zeug_innen auch ganz leicht selbst ins Visier von Ermittlungen geraten.

Solidarisches Verhalten erfordert daher, die Verfolgungsbehörden weder mit Entlastungsmaterial noch mit anderen Informationen, egal welcher Art, zu versorgen. Und schliesslich: wenn du etwas gesagt hast, kommst du moralisch nicht mehr raus. Zunächst merkst du es vielleicht noch nicht. Aber nach und nach stellst du dir beim Blick in den Spiegel selbst die Rechnung aus, möglicherweise unerbittlicher noch als Vorwürfe von aussen. Aber dann ist es zu spät.

Ein politischer Umgang mit Aussageverweigerung und Beugehaft bedeutet daher auch, individuelle Situationen und Ängste ernst zu nehmen, Schwächen auszusprechen und betroffene Personen so zu unterstützen, dass sie bei Eintritt der Repression nicht allein mit den Sorgen da stehen.

Doch müssen den persönlichen Bedürfnissen stets die politischen Auswirkungen entgegen gesetzt werden. Beugehaftandrohungen und ihre Verhängung können wir nur mit entschlossenem, gemeinsamem Vorgehen begegnen und vor allem mit der Entscheidung der betroffenen Personen, sich nicht beugen lassen, zur eigenen Sicherheit und der Sicherheit anderer.

„Wenn du vorher ausgemacht hast: „Wenn einmal was passiert, dann kein Wort, keine Aussage“, dann hast du ein sehr sicheres Gefühl.“ Dieser inzwischen oft zitierte Satz von Sonja und Christian ist die Grundlage ihres andauernden Schweigens gegenüber den Verfolgungsbehörden – mit allen Konsequenzen.

Zum Weiterlesen:

www.freilassung.de/div/texte/aussagev/irre/irre0.htm

www.rote-hilfe.de/rechtshilfe-und-unterstuetzung/aussageverweigerung

Brüter in Malville nahe Lyon wird Michel Vitalon von der Polizei getötet. ► **22.8.** Bombenanschlag der RZ auf MAN Nürnberg aus Protest gegen Atomgeschäfte mit Südafrika. ► **30.8.** Bombenanschlag der RZ auf die Firma Klein, Schanzlin und Becker, Frankenthal, ebenfalls wegen des Atomgeschäfts mit Südafrika. ► **5.9.** Der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA/BDI), Hanns Martin Schleyer, wird in Köln von der RAF entführt. Dabei werden der Fahrer und drei Polizisten erschossen. Die Forderung: Freilassung von elf Gefangenen. ► **12.9.** Der inhaftierte Schwarzen-Aktivist Stephen Biko stirbt in Südafrika der Folter durch die Polizei. ► **13.10.** Ein palästinensisches Kommando entführt die Lufthansa-Maschine „Landshut“ nach Mogadischu/Somalia, um die Forderung der Schleyer-Entführer zu unterstützen. ► **18.10.** Die GSG 9 erstürmt die entführte Maschine und befreit die Geiseln. In der Nacht werden Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe in ihren Zellen in Stuttgart-Stammheim tot aufgefunden. Die Behörden sprechen von Selbstmord. ► **19.10.** Hanns Martin Schleyer wird im Kofferraum eines Autos in Mülhausen/Elssäß tot aufgefunden.

1978 ► 27. – 29.1. Tunix-Kongress in Westberlin. In Reaktion auf den Deutschen Herbst initiiert, markiert das Treffen von über 5.000 undogmatischen Linken den Beginn der Alternativbewegung. Zeitungsprojekte, unter anderen die taz, werden vorgestellt, auch das Konzept einer bundesweiten Ökologie-Partei. ► **29.3.** Das 3. Internationale Russell-Tribunal tagt in Frankfurt/Main. Es werden Menschen-

Bei der Vernehmung des Kronzeugen Hans-Joachim Klein tauchte sie wieder auf, die Forderung, endlich das Schweigen zu brechen – ein Grund für uns, hier die Erklärung einiger ehemaliger Mitglieder der RAF von 2010 noch einmal abzudrucken:

„Von uns keine Aussagen“

Neue Prozesse, Zeugenladungen und Beugehaftandrohungen: Etwas zur aktuellen Situation – von einigen, die zu unterschiedlichen Zeiten in der RAF waren.

Seit nunmehr drei Jahren spekulieren Staatsschützer und Medien darüber, wer im Einzelnen vor mehr als dreißig Jahren die Schüsse auf Siegfried Buback und Hanns Martin Schleyer abgegeben hat. Ermittlungsbehörden bemühen sich, weitere RAF-Aktionen nach Indizien zur Täterschaft abzuklopfen. Kaum haben die letzten Gefangenen aus der RAF den Knast hinter sich gelassen, sehen sich die einen mit neuen Verfahren konfrontiert, während die anderen mit Zeugenladungen und Beugehaftandrohungen belegt werden. Nach der ersten Welle im Sommer 2007, im Ermittlungsverfahren gegen Stefan Wisniewski, läuft seit Ende 2009 der zweite Versuch, Aussagen von uns zu bekommen, formell im Verfahren gegen Verena Becker. Verena Becker war 1977 in der RAF, 1983 haben wir uns von ihr getrennt. Demnächst wird ihr ein neuer Prozeß gemacht, offensichtlich nur als Auftakt zu weiteren Prozessen. Gegen Stefan Wisniewski und Rolf Heißler wird weiterhin ermittelt.

Vordergründig geht es darum, individuelle „Schuldzuweisungen“ zu bekommen, also Beteiligte unter Druck zu setzen und zum Reden darüber zu bringen, wer genau was gemacht hat. Über 30 Jahre war es allen ziemlich egal, wer wofür verurteilt wurde. Hauptsache, sie verschwanden hinter Schloß und Riegel. Seit dem Medienspektakel zum „Deutschen Herbst“ in 2007 ist das „Ringens um Klärung“ plötzlich zur Gretchenfrage geworden. Es reicht nicht, daß wir uns kollektiv für die Aktionen der RAF verantwortlich erklärt haben. Wir sollen „endlich“ einmal auspacken, um, wie es heißt, „aus der Logik der Konspiration auszusteigen“.

Worum es hier wirklich geht, ist, die Auseinandersetzung mit der Geschichte bewaffneter Politik auf die Ebene von Mord und Gewalt runterzuziehen. Eine Ebene, auf der Zusammenhänge auseinandergerissen und nur noch kriminalistisch abgewickelt werden, damit erst gar kein Raum entsteht, in dem andere als die vorgegebenen Überlegungen angestellt werden.

Für manche sollen wir uns einer „Diskussion“ „stellen“, deren Bedingungen schon von vornherein festgelegt sind und den Zweck haben, die Aktionen der RAF durch Personalisierung zu entpolitisieren. Oder wie die Süddeutsche Zeitung in einem Kommentar dazu meinte: „Von möglichen politischen Motiven in diesem Krieg aber wird bald nichts mehr zu erkennen sein. (...) Die Individualisierung und Privatisierung des deutschen Terrorismus ist dessen letztes Stadium. Was gegenwärtig mit ihm geschieht, ist ein Fall angewandter Geschichtspolitik: von rückwirkender Verwandlung des Politischen ins Persönliche.“ (24. April 2007)

Von uns wird eine „geschichtliche Bewältigung“ verlangt, die keine ist. Ein „Schlußstrich“, an den sich sonst niemand hält und dessen Voraussetzungen nicht einmal zur Debatte stehen. Es ist nochmal ein großangelegter Versuch, reale Erfahrungen zu verschütten, Lernprozesse zu verhindern, die unterschiedlichen Kämpfe voneinander zu isolieren. Das wäre er dann, der Punkt. Eine Story, von der nichts bleibt als Selbstbezeichnung und Denunziation.

Auslöser dieser ganzen Sache war die Vorbereitung einer Kampagne, die dazu angesetzt war, Öffentlichkeit für das geplante Spektakel im Herbst 2007 und die darauf folgenden Filmproduktionen herzustellen. Zwischen Ende 2005 und Ende 2006 haben *Spiegel*-Mitarbeiter nichts unversucht gelassen, uns für eine von Stefan Aust redigierte Fernsehserie zu gewinnen. Es mußte etwas Neues her, um die Kampagne zu füttern. Anekdoten, Tratsch, Interna, die den kaputten „Zeitzeugen“ vielleicht noch etwas Glaubwürdigkeit verschaffen könnten.

Bekanntlich ist daraus nur eine Wiederaufbereitung alter „Enthüllungen“ geworden, aber in der Zwischenzeit wurde Austs Protegé Peter-Jürgen Boock vorgeschoben, um sich der „Opfer der RAF“ anzunehmen. Nachdem aus den „Experten“ und „Kronzeugen“ nichts Neues mehr rauszuquetschen war, wurde von einigen Politikern die Forderung aufgestellt, Gefangene aus der RAF nur noch freizulassen, wenn sie „Roß und Reiter“ nennen. Diese Gelegenheit wurde von Boock genutzt, um ab Ende März 2007 den Sohn des Generalbundesanwalts für seine soundsovielte Tätersversion zu instrumentalisieren. Diesmal mit den Namen genau derjenigen, die für die jeweilige Aktion noch nicht verurteilt worden waren.

Für die Medien war es das gefundene Fressen, um das Eene-mene-muh-Spiel anzufangen. Mit einem alten Polizeitrick, der den Spieß einfach umdreht: Bei genügend Unschuldsbeteuerungen würden am Ende die wahren Täter schon übrigbleiben. Einen Tag nach der Talkshow mit Boock Ende April 2007 meldete sich Karl-Heinz Dellwo in einer Panorama-Sendung: „Ich kenne definitiv Fälle, wo Leute vollständig unschuldig waren und über lange Zeit für andere im Gefängnis gegessen haben.“ Auf die Frage, ob wir Namen nennen sollten, antwortete er, „das müssen die Leute für sich selber entscheiden“. Zwei Wochen später ging Knut Folkerts in die Falle und erklärte in einem Interview mit dem *Spiegel* seine Unschuld in Sachen Buback. Der Bundesanwaltschaft genügte der Medienrummel, um die entsprechenden Ermittlungsverfahren zu formalisieren.

Die RAF hat sich 1998 aufgelöst, begründet aus ihrer Einschätzung der veränderten politischen Gesamtsituation. Die Tatsache, daß es ihre eigene Entscheidung war und sie nicht vom Staat besiegt wurde, ist offenbar noch immer

rechtsverletzungen in der BRD kritisiert, darunter auch die Berufsverbote. ► **9.5.** „Rote Brigaden“ erschießen 55 Tage nach dessen Entführung den italienischen Ministerpräsidenten Aldo Moro. ► **18.5.** Im Heidelberger Schloss zündet ein Brandstiftung. Der Oberbürgermeister der Stadt bestreitet vehement, damit etwas zu tun zu haben: „Ich zerstörte und zerstöre Gebäude, die mir bei der Sanierung Heidelbergs im Wege stehen.“ Diese Tat wird Sonja und Christian zur Last gelegt. ► **Mai** Schüsse auf die Beine eines Zwangsverteidigers, der im Prozess gegen Mitglieder der im 2. Juni-Prozess ausschließlich den Interessen der Staatsanwaltschaft dient. ► **Juni** Anschlag der RZ auf die israelische Importgesellschaft Agrexco, aus Solidarität mit den Palästinenser_innen. ► **22.6.** Hermann F. explodiert versehentlich eine Bombe auf dem Schoß, die für das argentinische Konsulat bestimmt war. Er verliert das Augenglied, beide Beine werden amputiert. Trotzdem erklärt ihn ein Arzt am Morgen nach der Operation für vernehmungsfähig. Oberstaatsanwalt Peter Wechsung bringt den schwer Traumatisierten zum Reden. Die Bundesanwaltschaft erklärt, sie sei tief in die RZ eingedrungen. Feiling widerruft später seine Beschuldigungen gegen mehrere Freund_innen und Bekannte, angebliche RZ-Mitglieder, darunter auch Sonja Suder und Christian Gauger. ► **25.6.** In Buenos Aires gewinnt der Gastgeber Argentinien das Endspiel der Fußballweltmeisterschaft. ► **Juni/Juli** Anschläge der RZ auf Wachdienst Nord, Stade, und die Nordwestdeutsche Kraftwerke wegen deren Beteiligung am Atomgeschäft. ► **Juni/September:** Anschläge der RZ auf US-Army in Wiesbaden und Garlstedt.

► 25.7. Bombenanschlag auf die Haftanstalt Celle. Erst 1986 wird bekannt, dass es sich beim „Celler Loch“ um eine staatliche Bombe von Verfassungsschutz und GSG9 handelte, um die RAF zu infiltrieren. ► 13.9. Die Bundesanwaltschaft teilt mit, dass in Wiesbaden ein großes Waffenlager der RZ entdeckt und mehrere Personen festgenommen worden sind. ► 17.11. Das Belgrader Kreisgericht entscheidet, dass die in der BRD gesuchten RAF-Mitglieder Brigitte Mohnhaupt, Rolf Clemens Wagner, Peter Boock und Siglinde Hoffmann, die im Mai 1978 in Jugoslawien verhaftet worden sind, nicht an die Bundesrepublik ausgewiesen werden.

1979 ► 16.1. Nach fast 38 Jahren Diktatur verlässt der Schah von Persien, Mohammad Resa Pahlawi den Iran. ► 17.1. Die Bundesregierung beschließt, dass bei Einstellungen im Öffentlichen Dienst künftig die Regelanfrage beim Verfassungsschutz entfällt. ► 1.2. Ajatollah Ruhollah Khomeini kehrt nach 15 Jahren Exil aus Paris in den Iran zurück. Am 5. Februar proklamiert er eine „Revolutionsregierung“. ► 17.3. In Frankfurt/Main beginnt ein zweitägiges Treffen von Parteien, Bürgerinitiativen und Umweltschutzorganisationen, bei dem die Die Grünen gegründet werden. ► 28.3. Im AKW Three Mile Island bei Harrisburg/Pennsylvania ereignet sich der bisher schwerste atomare Unfall der Atomenergie. ► 31.3. Bei der bislang größten Demonstration von Atomkraftgegner_innen in der Bundesrepublik protestieren in Hannover mindestens 40.000 Teilnehmer gegen die geplante Atommüll-Lager Gorleben. ► 17.4. In Westberlin erscheint die

ein Stachel. Daher das ewige Gerede vom „Mythos“, den es zu knacken gilt. Daher die politische und moralische Kapitulation, die da eingefordert wird. Daher die Versuche, die Kriminalisierung unserer Geschichte zum Punkt zu bringen, bis hin zu dem verlogenen Vorschlag einer „Wahrheitskommission“. Während die Fahndung nach den Illegalen, die Hetze in den Medien und die Verfahren gegen ehemalige Gefangene andauern, wird von uns der öffentliche Kotau verlangt. Wo es nach all den Jahren nicht durch „Abschwören“ gelaufen ist, sollen wir uns jetzt gegenseitig verpfeifen. Rette sich, wer kann.

Wenn von uns niemand Aussagen gemacht hat, dann nicht, weil es darüber eine besondere „Absprache“ in der RAF gegeben hätte, sondern weil das für jeden Menschen mit politischem Bewußtsein selbstverständlich ist. Eine Sache der Würde, der Identität – der Seite, auf die wir uns gestellt haben.

Keine Aussagen zu machen, ist keine Erfindung der RAF. Es hat die Erfahrung der Befreiungsbewegungen und Guerillagruppen gegeben, daß es lebenswichtig ist, in der Gefangenschaft nichts zu sagen, um die, die weiterkämpfen, zu schützen. Es hat die Beispiele des Widerstands gegen den Faschismus gegeben. Wer immer hier ernsthaft politisch etwas wollte, hat sich damit auseinandergesetzt und daraus gelernt. In der Studentenbewegung war Aussageverweigerung eine breit begriffene Notwendigkeit, als die Kriminalisierung losging. Seitdem sind Militante in vielen Bereichen damit konfrontiert worden. Genauso ist es für uns in der RAF eine notwendige Bedingung gewesen, daß niemand Aussagen macht. Einen anderen Schutz gibt es nicht – für die Einzelnen im Knast, für die Gruppe draußen und für den illegalen Raum insgesamt, die Bewegung in ihm, die Strukturen und die Beziehungen.

Aber auch so. Wir machen keine Aussagen, weil wir keine Staatszeugen sind, damals nicht, heute nicht.

Trotz Rasterfahndung haben es die hochgerüsteten Staatsschutzapparate in all den Jahren nicht geschafft, ein auch nur annäherndes Bild unserer Bewegungen zu bekommen. Auch die, die unter dem Druck der Isolation, der Hetze und der Erpressung zusammengebrochen und als „Kronzeugen“ benutzt worden sind, haben nicht dazu beitragen können, das Bild zu vervollständigen. Die Bruchstücke, die sich der Staatsschutz zur allgemeinen Aufstandsbekämpfung zurechtgebastelt hat, nützen ihm wenig. Von der Vorgehensweise, der Organisation, der Spur, der Dialektik einer Metropolenguerilla hat er keine Ahnung. Es gibt keinen Grund, ihm dabei auf die Sprünge zu helfen. Die Aktionen der RAF sind kollektiv diskutiert und beschlossen worden, wenn wir uns einig waren. Alle, die zu einer bestimmten Zeit der Gruppe angehört und diese Entscheidungen

mitgetragen haben, haben natürlich auch die Verantwortung dafür. Wir haben das oft erklärt, und unser Verhältnis dazu ändert sich nicht dadurch, daß die RAF Geschichte ist.

Die kollektive Struktur der RAF ist von Anfang an angegriffen worden. Es durfte sie nicht geben, es mußte das Alte sein, autoritäre Beziehungen, „Offiziere und Soldaten“, Rädelsführer und Mitläufer. So war die polizeiliche Zielsetzung, so war die Propaganda, so ist sie bis heute. Die Justiz allerdings, die sich selbst „an vorderster Front“ gegen den „Staatsfeind Nr. 1“ sah, war in den Prozessen in Beweisnot, weil sie ohne unsere Mitwirkung nichts in der Hand hatte. Ihre Lösung war der „kollektive“ Paragraph 129/129a, mit dem alle für alles verantwortlich gemacht werden konnten. Darauf basierten zum Teil die Urteile, und kriminalistische Einzelheiten wurden nur benutzt, um die politischen Zusammenhänge wegzudrücken.

Dagegen waren die Zeugenaussagen, die wir während der Knastjahre einige Male in den Prozessen gemacht haben, kollektiv bestimmt, als Möglichkeit, öffentlich etwas gegen die fetteste Scheißhauspropaganda zu sagen. Für uns hat es kaum eine Bedeutung gehabt, wie die Zuordnungen und Konstruktionen der Staatsschutzsenate im Einzelnen aussahen. Wir waren im Knast, weil wir hier den bewaffneten Kampf angefangen haben, und in den Prozessen ging es uns höchstens darum, Inhalt und Ziele unserer Politik zu vermitteln. Einer Politik des Angriffs in der Metropole, die ihre Praxis im Zusammenhang weltweiter Kämpfe um Befreiung vom Kapitalismus begriffen und bestimmt hat.

Wenn es noch etwas zu sagen gibt, dann dazu.

(Mai 2010)

erste Ausgabe der taz. ► **31.5.** In Stuttgart wird Irmgard Möller zu lebenslanger Haft verurteilt. ► **17.7.** Sieg der Sandinistas in Nicaragua. Diktator Anastasio Somoza flieht. ► **14.10.** Rund 100.000 Menschen demonstrieren im Bonner Hofgarten gegen die Atomenergie. ► **November** Anschläge der RZ auf den Wasserturm Ahaus und die Firma Seeland, Hamburg wegen deren Beteiligung am Atomgeschäft. ► **12.12.** Die Außen- und Verteidigungsminister der NATO vereinbaren den NATO-Doppelbeschluss, der die Modernisierung der NATO-Mittelstreckenraketen in Westeuropa durch Raketen vom Typ Pershing II und Cruise-Missile vorsieht. ► **24.12.** Rudi Dutschke stirbt in Aarhus/Dänemark an den Spätfolgen des im Jahr 1968 auf ihn verübten Attentats. ► **27.12.** Sowjetische Truppen überschreiten die Grenze nach Afghanistan und erobern die Hauptstadt Kabul.

1980 ► **23.3.** „Revolutionäre Zellen in der IG Metall“ verüben einen Sprengstoffanschlag auf das Bundesarbeitsgericht in Kassel. Dort wird über die Rechtmäßigkeit von Aussperrungen als Reaktion der Arbeitgeber auf Streiks verhandelt. ► **28.3.** Gründung des Berliner „Besetzerates“. Aber nicht nur in der Mauerstadt, auch in der BRD werden massenweise Häuser „instandbesetzt“. ► **4.4.** Auf dem Gelände des ehemaligen KZ Dachau treten zwölf Sinti in den Hungerstreik, um auf die Diskriminierung ihrer Minderheit hinzuweisen. ► **3.5.** Rund 5.000 Atomkraftgegner_innen besetzen das Gelände der Tiefbohrstelle 3 bei Gorleben und errichten ein Hüttendorf. Die sogenannte

H.-J. Klein: Militarist, Denunziant und Kronzeuge der Anklage gegen Sonja S.

Ein Vorwurf gegen Sonja im aktuellen Verfahren wird von einem Kronzeugen vorgebracht: Hans-Joachim Klein war 1975 beim Angriff auf die OPEC-Konferenz in Wien dabei und beschuldigt sie, bei dem Anwerbegespräch für die Aktion anwesend gewesen zu sein und später Waffen nach Wien transportiert zu haben. Das erste Mal nennt er Sonja in diesem Zusammenhang 1998 nach seiner Verhaftung in Frankreich. In seinem kurz darauf stattfindenden Prozess erhält er im Rahmen der Kronzeugenregelung für die Nennung ihres Namens faktisch 15 Jahre Strafbatt. Namen nennen – egal obs stimmt – sind die Handelsware im Geschäft des Kronzeugen. Die neun Jahre Knast für dreifachen Mord und einen Mordversuch enden in Begnadigung auf 4,5 Jahre. Hat sich also gelohnt – für ihn.

Klein steigt bald nach der Aktion in Wien aus und distanziert sich 1977 im Magazin *Der Spiegel* öffentlich von der Stadtguerilla, seine Erlebnisse veröffentlicht er 1979 in dem Buch „Rückkehr in die Menschlichkeit. Appell eines ausgestiegenen Terroristen“ als Abrechnung mit der militanten Linken. Er fängt an zu plaudern und nimmt es in seinen reisserischen „Enthüllungen“ und Denunziationen mit der Wahrheit nie so genau, sei es aus Taktik und Kalkül oder sei es, um sein Geltungsbedürfnis zu befriedigen. Diesem Muster folgt er bis heute im aktuellen Prozess gegen Sonja und Christian. Widersprüche reihen sich an Widersprüche – dies hatte das Frankfurter Landgericht 2000 dazu veranlasst, den Kronzeugen Klein als nicht glaubwürdig einzustufen. Dasselbe Gericht baut auf diesen Kronzeugen seine aktuelle Anklage auf und verfolgt damit ganz eigene Interessen.

Nach einer Kindheit mit Prügel und Erziehungsheim besteht Kleins Jugend aus Autos klauen, kleinen Überfällen und acht Monaten Knast. Er gerät in Frankfurts linke Szene und politisiert sich, geht dann aber für 1,5 Jahre zur Bundeswehr mit der Vorstellung „das Ding von innen anzugreifen“, was nicht klappt, da er dort isoliert bleibt. In der linken Szene fühlt er sich dagegen aufgehoben und endlich einmal ernst genommen. Zurück in Frankfurt beteiligt sich daher wieder an Aktionen der Frankfurter Linken. Im Zuge der Verhaftungswelle von Mitgliedern der RAF und der steigenden Repression tritt er der frisch gegründeten Roten Hilfe bei, beteiligt sich im Häuserkampf und an anderen Auseinandersetzungen, fühlt sich dort aber mehr und mehr ohnmächtig. Über seinen Bekannten Wilfried Boese kommt er in Kontakt mit Leuten, „die aus der linken Szene schon lange draußen waren“ – zu Teilen der RZ, für die er zunächst Papiere fälscht und andere Aufträge erledigt. Aufgrund seiner militärischen Ausbildung, wird Klein angefragt, an einer (nicht zustande gekommenen) Befreiungsaktion mitzumachen.

Die Situation spitzt sich weiter zu: Im September 1974 führen Gefangene

der RAF ihren 3. Hungersteik durch, am 9. November stirbt Holger Meins, daraufhin wird einen Tag später der Kammergerichtspräsident Günter von Drenkmann von der Bewegung 2. Juni erschossen. Klein begrüßt die Tat (*libération* Okt. 1978), hat aber zeitgleich mit den Verfolgungsbehörden Kontakt: Er macht bei einer Verhaftung im Rahmen der damaligen Großrazzia bereits Aussagen über Genoss_innen, was er im aktuellen Prozess in Frankfurt zugibt.

Klein lernt Carlos kennen und ist von ihm fasziniert: „Seine Gewandtheit, sein Sinn für Luxus, seine Waffen, die Tatsache, dass er sechs Sprachen spricht, die Wahnsinnsmenge von Zeitungen, die er noch in anderen Sprachen las, seine Kenntnis der politischen Begebenheiten auf der ganzen Welt, sein Haus, das vollgestopft war mit Sprengkörpern. Für mich war er ein terroristischer Gentleman. (...) Er kam aus besten bürgerlichen Kreisen und verleugnete es nicht. Damit hat er auch seinen Luxus gerechtfertigt, was Restaurants und Hotels anging. Außerdem spielte er nicht den Häuptling, er behandelte mich von gleich zu gleich. Ich glaube, ich fand, dass er das Leben eines „Helden“ führte. Und jetzt siehst du, was er aus meinem Leben gemacht hat“ (Interview mit D. Cohn-Bendit 1985).

Nach seinen Angaben war seine RZ-Gruppe von der in Deutschland operierenden und eher sozialrevolutionär orientierten Gruppe streng abgeschottet. Er charakterisiert sie im Kontrast zum Glamour eines Carlos im *libération*-Interview geringschätzig als „Kleinkrämer“. Dazu passt, dass er auf Nachfrage außer Fahrkartennachdruck in der RZ-Kampagne gegen Tarifierhöhungen keine weiteren Aktionen nennen kann. Sehr bezeichnend, denn immerhin standen diese Aktionen zu den „internationalen“ Aktionen grob geschätzt etwa im Verhältnis von 30 zu 1.

Der Angriff auf die OPEC-Konferenz

Kleins Beteiligung am Angriff auf die OPEC-Konferenz beginnt ihm zufolge mit einer Anfrage, für die er sich Bedenkzeit ausbittet und seine Beteiligung erst zwei Wochen später im Frankfurter Stadtwald zusagt, wo er weitere Informationen erhält. Dabei geht es ausdrücklich nur um Geiselnahme, Waffengebrauch wird aufgrund mangelnder Sicherheitsmaßnahmen nicht erwartet. Die Situation im Stadtwald beschreibt Klein in seinen diversen Aussagen äußerst unterschiedlich. Inzwischen kursieren vier Versionen, die nichts mit Erinnerungslücken zu tun haben können. Immer war B. Kuhlmann anwesend, hinzu fügt er verschiedene Namen von einem oder mehreren Männern. Der Name Sonja Suder fällt erst nach seiner Festnahme 1998, eindeutig als Angebot, um Strafnachlass nach der Kronzeugenregelung zu erlangen.

Freie Republik Wendland wird am 4. Juni von Polizei und BGS geräumt. ► 4.5. Der jugoslawische Staatspräsident Tito stirbt in Ljubljana. ► 6.5. Riot beim Rekrutengelöbnis am Weserstadion in Bremen. ► 8.6. 1200 Polizisten räumen das besetzte Dreisameck in Freiburg. ► 14.8. Die rund 17.000 Beschäftigten der Danziger Lenin-Werft legen ihre Arbeit nieder und stellen neben wirtschaftlichen auch politische Forderungen. ► 25.8. Bei Protesten gegen eine Wahlkampfveranstaltung des CSU-Vorsitzenden Strauss in Hamburg wird ein Demonstrant getötet. ► 12.9. Militärputsch in der Türkei. Generalstabschef Kenan Evren wird Staatspräsident. ► 17.9. In Polen wird die Gewerkschaft „Solidarnosc“ offiziell erlaubt. ► 22.9. Nachdem der Irak am 17. September das 1975 in Algier mit dem Iran geschlossene Grenzabkommen aufgekündigt hat, fallen irakische Truppen in den Iran ein. Damit weitet sich der seit Monaten schwelende Grenzkonflikt zu einem offenen Krieg aus, dem Ersten Golfkrieg, der bis 1988 andauert. ► 26.9. Auf dem Münchner Oktoberfest werden bei einem Bombenanschlag 13 Menschen getötet und 219 verletzt. Der mutmaßliche Attentäter, der bekannte Nazi Gundolf Köhler, kommt dabei ums Leben. ► 13.10. Das Westberliner Kammergericht verurteilt sechs Aktivisten der „Bewegung 2. Juni“ wegen der Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz (1922-1987) zu Freiheitsstrafen zwischen fünf und 15 Jahren. ► 16.10. Aus Protest gegen die geplante Startbahn-West des Frankfurter Flughafens treten in der hessischen Gemeinde Mörfelden-Walldorf Politiker unterschiedlicher Parteien in einen dreitägigen Hungerstreik. ► 11.11. Wäh-

Später in Wien erfährt Klein die Details der Planung und entschließt sich endgültig mitzumachen. Da die aus Libyen zugesagten Waffen zunächst nicht auftauchen, soll stattdessen Material der RZ nach Wien gebracht werden. Klein beschuldigt Sonja, einen Koffer gebracht zu haben, in dem Waffen gewesen sein sollen. Sie seien aber erst gebracht worden, als die qualitativ besseren libyschen Waffen sowie Sprengstoff bereits vor Ort angekommen waren, und deshalb wieder zurückgeschickt wurden.

Die 6-köpfige Gruppe von Leuten der PFLP unter Beteiligung von zwei Leuten der RZ dringt am betreffenden Tag in das schlecht bewachte Konferenz-Gebäude ein. Dort gelingt es zunächst, die Anwesenden festzusetzen. Als acht Polizeibeamte anrücken, entsteht ein Feuergefecht, bei dem drei Beamte getötet werden und Klein einen Bauchschuss erhält. Klein wird nach einem Kurzaufenthalt im Krankenhaus am nächsten Tag mit den anderen sowie mit den elf Ministern ausgeflogen. Nach einer Planänderung landen sie in Alger, wo die Minister freigelassen werden, das Kommando kann unbehelligt verschwinden. Eine Forderung der Aktion war das Durchsetzen einer Umschichtung der Erdölgewinne zugunsten der ärmeren, nicht Erdöl-produzierenden Staaten des Südens, die Aktion sollte außerdem den palästinensischen Befreiungskampf unterstützen. Der Anlass den Plan zu ändern, ist unklar.

Schwer verletzt und erkrankungsdienstlich behandelt, begreift Klein, dass er aufgrund des Verlaufs der Aktion nicht wie erhofft, in sein altes Leben in Frankfurt zurückkehren kann. Kleins Perspektivlosigkeit paart sich mit den Folgen seiner naiven Fehleinschätzung, dies erkennen zumindest andere: „Die Vorstellung sich eine Zipfelmütze überzuziehen, ein paar Opec-Minister zu klauen und dann wieder im Eppsteineck friedlich am Bier zu nuckeln – komisch, wenn nicht wahr wäre. Politische Entscheidung in dem Sinne, daß Dir offensichtlich nicht klar war, für was Du Dich entschieden hast, und warum der Gang nach Wien. Dein Entsetzen hinterher festzustellen, daß die Aktion in Wien nur eine

instrumentelle Geschichte gewesen ist, große Politik, Weltpolitik oder so was ähnliches, an Naivität ist Deine heutige Einsicht schwerlich zu überbieten.“ (Einige Freunde, *Pflasterstrand* 36, Sept. 1977)

Klein erholt sich zunächst im Kreise der anderen in einem Ausbildungscamp der PFLP/AO von seiner Verletzung, eine gemeinsame Auswertung der Aktion bleibt oberflächlich. Er entschließt sich angeblich im Februar 1976 auszusteigen, Auslöser für die Entscheidung seien für den Waffennarr Klein, wie er sich selbst bezeichnet, die drei Toten bei der OPEC-Aktion gewesen. Widersprüchlich dazu ist seine Kenntnis für das Vorhaben, dort auch den iranischen und saudischen Minister hinzurichten, wie er im Interview mit der *libération* angibt. Bei der Vernehmung in der Hauptverhandlung gibt er an, ein anderes Kommandomitglied, zum Gebrauch seiner MP gegen die anrückende Polizei aufgefordert zu haben.

Seine Ausstiegspläne hält er lange vor den anderen geheim, später schreibt er, er habe sich von den ehemaligen RZ-Genoss_innen bedroht gefühlt. Daher „pflegt“ er seine Verletzung, um Zeit zu gewinnen und schreibt, inzwischen in einer Hütte im italischen Aosta-Tal untergebracht, heimlich das Manuskript für das Buch „Rückkehr in die Menschlichkeit“, bis er von seinen ehemaligen Sponti-Freunden einen „sicheren Unterschlupf“ erhält. Zu diesen Genossen zählen Daniel Cohn-Bendit, Mathias Beltz sowie mehrere heute noch bekannte Frankfurter Gesichter.

Im Mai 1977 schickt Klein dem Wochenmagazin *Spiegel* einen Brief, theatralisch inszeniert mit der Beilage von Revolver und Munition. Angeblich will mit dem Brief vor geplanten Attentaten der RZ auf die Vorsitzenden der jüdischen Gemeinden in Berlin und Frankfurt warnen. Doch von den angeblichen Attentaten will er schon ein halbes Jahr früher gewusst haben, ohne irgendetwas dagegen zu tun. Und woher kommt sein Wissen? – Klein zufolge sind nicht involvierte RZ-Leute nie in andere Aktionen einge-

weiht gewesen. Und warum kommt er auf diesen ihm so wichtigen Punkt erst beiläufig am Ende des Briefes zu sprechen?

Bei der aktuellen Vernehmung vor Gericht räumt Klein außerdem ein, in die Vorbereitung der Entführung der EL AL-Maschine nach Entebbe eingeweiht gewesen zu sein. Aus einer früheren Aktion der Palästinenser und den bekannten Einstellungen der Israelis sei ihm klar gewesen, dass dies nur blutig enden könnte. Auf die Frage, warum er auch hier keine Warnung gegeben habe, obwohl er bei der Polizei gesagt hatte, dies hätte tun zu wollen, blieb er die Antwort schuldig. Es liegt nahe, dass er soweit in die Vorbereitungen der Entebbe-Aktion eingebunden war, dass er deshalb wegen der Mittäterschaft immer noch unter Druck steht.

Kleins Scheinheiligkeit wird damals auch im *Pflasterstrand* kritisiert: „Um es klar zu sagen, nicht Dein Ausstieg ist für uns kritisierbar, sondern das „Wie“. Du nimmst nach wie vor für Dich in Anspruch zur Linken zu zählen. Du sagst Du willst „verhindern“, daß noch jemand sich der Guerilla anschließt. Für eine derartige Diskussion kann und darf der Adressat NUR die Linke sein. Hierbei kann und darf es nicht um Fakten und Namen aus der Guerilla gehen (das ist im übrigen das einzige, was Dich für die bürgerliche Presse interessant macht). Es kann einzig und allein nur darum gehen, zu zeigen, wie einer zur Guerilla stößt und warum er das später für eine Sackgasse hält. Nur so wird Deine Geschichte für uns diskutierbar. Im *Spiegel* wird das allerdings kaum möglich sein.“ (Einige Freunde, *Pflasterstrand* 36, Sept. 1977)

Der Revolver, den er an den *Spiegel* schickt, ist wohl der, den er von Gerd S. erhielt: Dieser sagte 2000 aus, Klein die Waffe auf eigenen Wunsch vorbeigebracht zu haben, in der Zeit nach dem OPEC-Angriff, als er sich um den Verletzten in der Hütte im Aosta-Tal kümmerte. Im *Spiegel* stellt Klein es anders dar – als wäre es seine eigene Waffe gewesen: „Noch kurz was dazu, daß ich Ihnen diesen Revolver überließ. Logischerweise läuft ein Guerilla in Europa mit der Knarre durch die Gegend. Dem konnte auch ich mich nicht entziehen. Ich lief zwar nie mit dem Ding in Europa rum aber eine in Empfang nehmen mußte ich doch. Ich konnte schlecht nein sagen, man wäre da sicherlich etwas erstaunt drüber gewesen. Ich packte das Ding in den Koffer und ließ es da, obwohl ich oft genug Krach bekam weil ich das Ding nicht mit mir rumschleppte. Und jetzt kann ich das Ding endlich aus dem Koffer rausschmeißen.“ (*Spiegel* 1977)

Eine Szene-interne Diskussion über Klein und die RZ entbrennt. Eine kritische Auseinandersetzung der RZ zu den angeblichen Attentatsplänen auf jü-

rend 1.000 Polizisten das Rekrutengelöbnis im Niedersachsenstadion bewachen, geht in Hannover die Innenstadt zu Bruch. ► **12.12.** In Berlin-Kreuzberg kommt es zur ersten großen Konfrontation zwischen der Besetzer_innenbewegung und der Staatsmacht. 270 Personen werden verletzt, darunter etliche Polizisten.

1981 ► 29.1. In Westberlin kommt es zu schweren Straßenschlachten zwischen der Polizei und Hausbesetzer_innen. Anlass ist die Verurteilung eines Besetzers zu 14 Monaten Haft. ► **28.2.** In der Wilstermarsch nordwestlich von Hamburg protestieren rund hunderttausend Menschen gegen das Atomkraftwerk Brokdorf. ► **5.3.** Polizeiüberfall auf das KOMM, Nürnberg, Verhaftung von 141 Personen, weil bei einer Spontandemonstration in der Innenstadt ein paar Scheiben zu Bruch gingen. ► **16.4.** Sigurd Debus stirbt an den Folgen der Zwangsernährung während eines Hungerstreiks für die Zusammenlegung der RAF-Gefangenen in großen Gruppen. ► **11.5.** Der hessische Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry (FDP) wird von einer RZ erschossen, obwohl das offensichtlich nicht geplant war. ► **22.6.** Erstmals seit Bildung der CDU-Minderheitsregierung in Westberlin am 11. Juni wird dort ein besetztes Haus geräumt. In der folgenden Nacht kommt es zu den seit Wochen schwersten Krawallen zwischen Hausbesetzern und der Polizei. ► **30.6.** Nach fünfzehn Jahren endet am Landgericht Düsseldorf der sogenannte Majdanek-Prozess. Eine ehemalige SS-Aufseherin wird zu lebenslanger Haft verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhalten nur Freiheitsstrafen zwischen zwei und zwölf

dische Gemeindevorsteher wurde bis heute nicht bekannt, auch nicht in dem Text der RZ „Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter“.

In der Frankfurter Spontiszene hat sich in der Zwischenzeit Ernüchterung breit gemacht. Die Auseinandersetzungen im Häuserkampf und in der militanten Betriebsarbeit waren nicht erfolgreich gelaufen und die Dynamik der Bewegung kommt zum Erliegen. Eine angemessene Analyse der Niederlagen erfolgt nicht, statt dessen wird sich gegen die grundsätzliche Anwendung von Gewalt gewandt. Joseph Fischer fordert auf dem Pfingstkongress des Sozialistischen Büros 1976 „Schluss zu machen mit dem Todestrip!“. Das Gefühl, „mit militanten Aktionsformen an die Grenzen gestoßen zu sein“, wie Fischer es formuliert, macht sich breit.

Nach einer Verhaftungswelle im Anschluss an eine Ulrike-Meinhof-Demo am 10.5.1976 reagiert die Szene mit einer Unschuldskampagne. Sie macht nicht die eigene Militanz zum Gegenstand ihrer Auseinandersetzungen, sondern grenzt sich gegenüber der Stadtguerilla ab. Zeitgenossen analysieren die Situation der Spontis damals so: „Ihr habt irgendwann Angst vor eurer eigenen Courage gekriegt. Daraus habt ihr den Umkehrschluss gezogen, Gewalt ist Scheiße, konterrevolutionär. Die Folge davon ist, dass immer mehr Leute aufs Land ziehen und sich ein grünes Inselchen aufbauen wollen. Abgesehen davon, dass ihnen dies auch nicht gelingen wird, hat das mit Revolution wirklich keinen Furz mehr zu tun“ (*Pflasterstrand* Mai 1977, von Johanna Keine, Albert Macht, Emil Niemand). „Mit der Pfingstrede Joschka Fischers wird von nun an jede Form von Militanz gnadenlos diffamiert. Widerstand wird zum Hauptfeind erklärt. Da gabs die ersten blutigen Köpfe, wenn Genossen erklärt wurde, man wisse ja genau, daß sie die Mollies geschmissen hätten. Da wurden die ersten Leute aus den Raum gewiesen, weil sie angeblich Sympathisanten seien“ (*MOB Frankfurter Zeitung* Nr. 1, Sommer 1977).

Diejenigen, die nicht den Rückzug ins Private antreten, sehen ihre Zukunft in den Parlamenten: Bei der Grü-

nen Liste Hessen kandidiert zur Landtagswahl im Herbst 1978 auch Daniel Cohn-Bendit.

Die Hoffnung auf Amnestie muss Klein inzwischen begraben, sein Arsch geht ihm auf Grundeis, denn er will nicht wieder in den Knast. Lange vor seiner Festnahme im September 1998 hat Klein zu den deutschen Behörden Kontakt aufgenommen, Daniel Cohn-Bendit versucht seit Mitte der 80er ebenfalls, über den VS etwas für Klein rauszuholen. Über seinen Kontakt zum Verfassungsschutz weiß Klein heute angeblich keine Einzelheiten mehr. Bei seiner Festnahme findet sich ein Brief seines damaligen Anwalts, in dem ihm dieser die Bedingungen der Kronzeugenregelung in Deutschland erläutert. Damals wird ihm klar gemacht, dass die Frankfurter Staatsanwaltschaft ihm ohne die Preisgabe von Namen nicht entgegenkommen wird.

„Wenn Du, was in dem Interview (im *Spiegel*) klar herauskommt, auf eine Amnestie spekulierst, so kann sie individuell nur von dem System gegeben werden, wenn Du auspackst. Die Frage einer allgemeinen Amnestie kann nur von einer breiten Bewegung aufgeworfen werden. Auf dem schmalen Grad von Kritik und Verrat kannst Du Dich alleine nicht halten. Du solltest die Sache zu Ende denken, denn es kann sein, daß Du irgendwann im Gerichtssaal stehst und Genossen belastest. Ob dir`s dann besser geht, bezweifeln wir.“ (Einige Freunde, *Pflasterstrand* 36, Sept. 1977).

Den ehemaligen Spontis, allen voran Joseph Fischer und Daniel Cohn-Bendit dient der „Aussteiger“ Hans-Joachim Klein und sein Buch „Rückkehr in die Menschlichkeit“ als Kronzeuge, um ihre Abkehr von revolutionärer Politik und ihre Rückkehr in den Schoß der bürgerlichen Gesellschaft zu rechtfertigen. Für Fischer und seine Freunde ist es kein Widerspruch, gegenüber der Bewegung, Gewaltfreiheit zu propagieren und gleichzeitig das staatliche Gewaltmonopol anzuerkennen und in neue Kriege einzusteigen. Fischer bringt es schließlich bis zum Außenminister, während Klein, sich als Opfer stilisiert und „den Rest des Lebens beschissen“ fühlt. Trotz seiner Verbindungen

zum VS kann Klein bis zu seiner Festnahme 1998 unbehelligt in Frankreich leben.

Mit seiner Entscheidung zum Kronzeugen zu werden, nennt Klein dann Namen: Sonja Suder und Rudolf S. werden festgenommen. Die französischen Behörden lehnen die Auslieferung Sonjas wegen Verjährung ab. Zunächst wird nur Klein und Rudolf S. 2000 in Frankfurt der Prozess gemacht. S. soll Klein zufolge ebenfalls am OPEC-Überfall beteiligt gewesen sein und innerhalb der RZ die Decknamen „Max“ und „Sharif“ getragen haben. Was der Stasi und der Staatsanwaltschaft schon vorher bekannt war, bestätigt nun das ehemalige RZ-Mitglied Gerd S., er bezeugt im Prozess, dass er und nicht Rudolf S. auf die Namen Max bzw. Sharif hörte. Rudolf S. wird daraufhin freigesprochen und Hans-Joachim Klein als Kronzeuge wegen dreifachen Mordes und einem Mordversuch zu 9 Jahren Haft verurteilt, von denen er 4,5 Jahre absitzt.

Die Staatsanwaltschaft erhob damals gegen Rudolf S. auf Basis der Aussagen Kleins Anklage, obwohl ihr bereits bekannt war, wer sich in Wahrheit hinter dem Decknamen verbarg.

Zum derzeit laufenden Frankfurter Prozess ist Klein frei und könnte die Aussage ohne Konsequenzen verweigern. Macht er aber nicht. Er gibt vor, ganz im Sinne des Titel seines 1979 erschienenen Buches „Rückkehr in die Menschlichkeit“, sei weiterhin sein Leitmotiv „andere vor dem Absprung in Guerilla abzuhalten“.

Ganz vergessen hat er allerdings seine Worte „Doch das Aussteigen aus diesem verfremdeten Elend kann nicht Verrat sein, darf nicht bedeuten, sich die eigenen Fehler mittels Deals stornieren zu lassen.“

Jahren. ► **14.7.** Als erste Landesregierung beschließt der bayerische Ministerrat die Ausrüstung der Polizei mit dem umstrittenen Reizgas CS. Das giftige Gas, das auf Augen, Nase und Rachen wirkt, soll als Kampfmittel gegen gewalttätige Demonstranten eingesetzt werden. ► **31.8.** Auf das Hauptquartier der US-Luftstreitkräfte in Ramstein/Pfalz verübt die RAF einen Sprengstoffanschlag, bei dem zwei Deutsche und 18 US-Amerikaner_innen verletzt werden. ► **9.9.** Die Bundesregierung erlässt eine Rechtsverordnung, welche die Arbeitsmöglichkeiten von Asylbewerber_innen einschränkt. In Zukunft erhalten sie erst nach zwei Jahren, statt wie bisher nach einem Jahr, eine Arbeitserlaubnis. ► **13.9.** In Westberlin kommt es wegen des Besuchs des amerikanischen Außenministers Alexander Haig zu Zusammenstößen zwischen Demonstrant_innen und der Polizei. ► **15.9.** Auf den Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Europa, General Kroesen, wird in Heidelberg ein Attentat verübt. Das „Kommando Gurdun Ensslin“ der RAF bekennt sich dazu. ► **22.9.** Nach der polizeilichen Räumung von acht besetzten Häusern in Westberlin stirbt bei anschließenden Auseinandersetzungen zwischen zahlreichen Hausbesetzern und der Polizei der Demonstrant Klaus-Jürgen Rattay. ► **10.10.** In Bonn findet die bisher größte Demonstration der Friedensbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss mit 300.000 Teilnehmer_innen statt. ► **15.11.** Auf dem Frankfurter Flughafengelände kommt es zu schweren Ausschreitungen zwischen der Polizei und Gegner_innen der geplanten Startbahn-West. ► **November** Anschläge der RZ auf die Firma Intera-

Antiimperialismus und soziale Revolution. Die Praxis der RZ in den 70er und frühen 1980er Jahren

„Widerstand heißt nicht, den Kopf unter den Arm zu packen, die Knarre in die Hand und loszurennen. (...) Das fängt an, wo man lebt und arbeitet. Am Arbeitsplatz, wo man sich durch Maschinen-Ausfälle gegen die Arbeitshetze wehren kann, geht über kleinere und größere Brände bei Firmen, über Streiks, Fabrikbesetzungen, Demonstrationen über Angriffe auf die Institutionen der (...) Regierenden und Unterdrücker bis hin zu Bestrafungs-, Rache- und Befreiungsaktionen. Widerstand gegen dieses System der Unmenschlichkeit heißt, sich zu organisieren, den eigenen Lebensbereich zu verändern, zu lernen, sich als handelndes Subjekt zu begreifen, Phantasie und Kampfkraft zu entwickeln. (...) Es ist eine unserer Perspektiven, umfassender und offensiver in Massenkämpfe einzugreifen, nicht nur zu bestrafen, uns mehr oder weniger formal auf Bewegungen zu beziehen, sondern mit unseren Aktionen direkten Nutzen zu bringen, Vorteile zu verschaffen.“ „Also, wir haben nicht den Anspruch, eine Partei oder eine Rote Armee zu werden. Wir sind da ganz vorsichtig, wir sind keine Bewegung, sondern nur Teil davon. Was wir wollen, ist Gegenmacht in kleinen Kernen organisieren, die autonom in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen arbeiten, kämpfen, intervenieren, schützen, ein Teil der politischen Massenarbeit sind. Und irgendwann mal, wenn wir ganz viele Kerne sind, ist die Stoßrichtung für die Stadtguerilla als Massenperspektive geschaffen. Das dauert, aber da haben wir uns auch auf einen langwierigen Kampf eingestellt. Wie das zu machen ist? (...) Mit all den vorhandenen Widersprüchlichkeiten, momentan sind wir noch ganz stark bezogen auf die politische Massenarbeit, das kann und wird sich nur in der Weise ändern, wie die objektiven und ökonomischen Lebensbedingungen sich verschärfen, wo die Klassenwidersprüche sich zuspitzen, die Kämpfe zunehmen und natürlich, wie wir richtig liegen mit unserer Politik, d. h. wesentlich an diesen Kämpfen beteiligt zu sein, sie voranzutreiben.“ So formulieren Revolutionäre Zellen in ihrer ersten Zeitung, dem *Revolutionären Zorn 1*, 1975 ihre Position. Die Stadtguerilla werde erst im Verlauf umfassenderer gesellschaftlicher Kämpfe geschaffen. Sie streben eine Verbreiterung ihrer Politik an und stellen sich auf einen langwierigen Kampf ein, der widersprüchlich und angesichts der Repression mit Rückschlägen verbunden sei. Sie erheben nicht den Anspruch einer vollständigen revolutionären Theorie, setzen vielmehr auf entschiedenen Widerstand auf allen Ebenen und mit allen Mitteln, in allen gesellschaftlichen Bereichen. Ihre Vorstellung, wonach die Einzelnen Motor umfassender gesellschaftlicher Veränderungen sind, ist Ausgangspunkt jeder sozialrevolutionären Utopie. Sie ist utopisch, weil sie unfertig ist und ihre Konturen sich erst in der Einheit von Leben und Kampf gegen alle gesellschaftlichen Machtverhältnisse entwickeln.

Am 16. und 17. November 1973 tritt eine Revolutionäre Zelle erstmals öffentlich in Aktion, mit Bombenanschlägen auf ITT-Niederlassungen in Berlin und Nürnberg. Im *Revolutionären Zorn Nr. 1* heißt es dazu: „Wenn wir ITT-Niederlassungen in der BRD angreifen, steht das in einer Reihe mit Angriffen in der Schweiz, Italien, Spanien, den USA und zahlreichen anderen Ländern gegen einen multinationalen Konzern, der an der direkten Unterdrückung und Ausrottung Hunderttausender Menschen in Chile beteiligt ist, die eher ein Recht auf Leben haben als die Schweine, die das Volk ausbeuten. Die Unterstützung des MIR heißt, wie es die Genossen in Mailand, die das Lager der Face Standard ansteckten, sagten: „Gegen ITT, gegen alle Unternehmen ist der Kampf mit dem Gewehr eine grundsätzliche Entscheidung.“ Das heißt auch, dass der bewaffnete Kampf nicht nur in Chile politisch richtig ist. Wer sich heute mit dem Kampf des chilenischen Volkes solidarisiert, muss den antiimperialistischen Kampf im eigenen Land führen, muss der Vernichtungsmaschinerie des Kapitals überall, auch in der BRD, den Widerstand des Volkes entgegensetzen.“

Die Revolutionären Zellen verstehen sich als Teil einer weltweiten Bewegung, die den Imperialismus an jedem Ort angreift, um ihn gemeinsam zu besiegen. Während die Befreiungsbewegungen in den drei Kontinenten kämpfen, wollen RAF, Bewegung 2. Juni und RZ den Feind in den Metropolen angreifen. „Ihr habt das Privileg im Herzen der Bestie zu kämpfen“, lautet die Devise von Che Guevara. Er versuchte, nach der erfolgreichen Revolution auf Kuba mit einer kleinen Gruppe in Bolivien einen Guerilla-Focus zu schaffen. Die linken Guerilla-Gruppen verband weltweit die Vorstellung des gemeinsamen antiimperialistischen Kampfes gegen dessen Hauptfeind, den US-Imperialismus und die Regime in den eigenen Ländern. Im Mai 1972 setzt die RAF mit fünf Bombenanschlägen ein Fanal, auf die US-Army in Frankfurt am Main und Heidelberg, das Landeskriminalamt München, die Polizeidirektion Augsburg, den Richter am Bundesgerichtshof Buddenberg und auf das Springer-Hochhaus in Hamburg.

Die RZ treten erst in Aktion, als die erste große Verhaftungswelle gegen die RAF bereits gelaufen war und etliche Genoss_innen im Knast waren. Trotzdem sei das Konzept Stadtguerilla zu dem Zeitpunkt nicht gescheitert gewesen, sagt Enno Schwall (www.freilassung.de), der selbst wegen Zugehörigkeit zur RZ inhaftiert war. Es sei vielmehr das historische Verdienst der RAF, gezeigt zu haben, dass Stadtguerilla in der Metropole möglich ist. Grundlegend für das Selbstverständnis der RZ sei zum einen der Internationalismus und gleichzeitig der Versuch, sich auf die soziale Realität hier zu beziehen. Ein wesentliches Motiv sei außerdem gewesen, unabhängig von der RAF eine eigenständige Gruppe zu haben, um die

tom, Bensberg, Gesellschaft für Reaktorsicherheit, Köln, und einen Strommasten in Kalkar. ► **13.12.** Der polnische Partei- und Regierungschef Wojciech Jaruzelski verhängt in Polen das Kriegsrecht.

1982 ► 15.1. Der Hessische Staatsgerichtshof lehnt ein Volksbegehren gegen den Bau der Startbahn-West am Frankfurter Flughafen ab. Daraufhin kommt es am 30./31. Januar in Frankfurt zu weiteren Demonstrationen mit Ausschreitungen zwischen der Polizei und Startbahn-Gegner_innen. Bei einem Bombenanschlag auf ein jüdisches Restaurant in Westberlin kommt ein Kind ums Leben. ► **7.3.** Anschlag der Roten Zora auf die Firma Schering, Berlin wegen der weltweiten Vermarktung gesundheitsschädlicher Abtreibungsmedikamente. ► **März/April** Anschläge der RZ auf den Wohnungskonzern Neue Heimat und die Wohnungsbaukreditanstalt, Berlin. ► **26.4.** In Westberlin kommt es im Anschluss an die Räumung eines besetzten Hauses durch die Polizei zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei. ► **Mai** Anschlag der RZ auf den Mercedes des Leiters des Frankfurter Liegenschaftsamts. ► **31.5.** In Hamburg verbrennt sich die Türkin Semra Ertan Bilir aus Protest gegen die Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. ► **10.6.** In Bonn findet ein NATO-Gipfeltreffen statt. In der Stadt demonstrieren rund 400.000 bis 500.000 Menschen. RZ und Rote Zora verüben in der Woche zuvor 9 Anschläge auf die US-Army und US-Rüstungsfirmen in Frankfurt, Berlin, Hannover, Düsseldorf, Hanau und Gelnhausen. ► **24.6.** In Nürnberg erschießt der Rechtsextremist Helmut Oxner drei Ausländer_innen und

gefangenen Genoss_innen zu befreien. „Wir konnten doch nicht zulassen, dass der Staat die Auseinandersetzung für sich entscheidet, indem er die Leute einfach abgreift.“ Was sie von der RAF unterschieden habe, waren Aktionen, die nachmachbar waren, die eigentlich jeder machen konnte. „Deshalb auch die Parole „Schafft 1, 2, 3, viele Revolutionäre Zellen“. Wir hatten die Vorstellung einer Massenguerilla, die sich überall verbreitet und befreite Gebiete und unkontrollierte Räume schafft.“

Auf die Solidaritätsaktionen mit Chile folgen zahlreiche Anschläge im Zusammenhang mit sozialen Kämpfen, zum Beispiel auf die Autos eines Verantwortlichen für den Abriss des Jugendzentrums Putte und des Geschäftsführers der Krone-Werke in Berlin, um Streikende zu unterstützen, Anschläge von Frauen der Revolutionären Zellen auf das Bundesverfassungsgericht und den Bamberger Dom wegen des Abtreibungsverbots, auf Gebäude der Arbeitgeberverbände zum 1. Mai und die Ausländerpolizei. „Diese Vergeltungs- und Bestrafungsaktionen haben nur dann einen Sinn, wenn sie nicht vereinzelt bleiben, wenn sie sich häufen, nachgemacht werden, wenn überall Autos, Villen, Flugzeuge, Gemäldesammlungen brennen, wenn Antreiber verprügelt werden, Politiker sich nicht mehr in „ihre“ Wahlbezirke trauen können. Jeder Direktor, Geschäftsführer, Spekulant, Pfaffe, jeder Faschist, Berufsverböterlasser, jedes Bürokratenschwein muss damit rechnen, persönlich bestraft, zur Rechenschaft gezogen zu werden. Erst bei einer Vervielfachung dieser Aktionen werden sie ihre erzieherische Wirkung haben, dann geben sie den Forderungen der Arbeiter, Jugendlichen, Frauen, Nachdruck. Es ist eine unserer Perspektiven, umfassender und offensiver in Massenkämpfe einzugreifen, nicht nur zu bestrafen, uns mehr oder weniger formal auf Bewegungen zu beziehen, sondern mit unseren Aktionen direkten Nutzen zu bringen, Vorteile zu verschaffen.“

Weitere Schwerpunkte der RZ sind Anschläge auf israelische Reisebüros und Unternehmen. Sie waren Aus-

druck ihrer Solidarität „mit dem palästinensischen Volk im Kampf gegen den Zionismus“. Wie die RAF und die Bewegung 2. Juni unterhalten auch die RZ anfangs Kontakte zur Volksfront für die Befreiung Palästinas, Outside Operation unter Wadi Haddad, einer Gruppe, die aus der PLO hervorgegangen war. Ohne die Zusammenarbeit mit einer Organisation, die über sichere Rückzugsräume und weitreichende politische Kontakte verfügte, wäre es beispielsweise kaum möglich gewesen, die nach der Entführung des Berliner CDU-Politikers Peter Lorenz befreiten Genoss_innen in den Süd-Jemen auszufliegen.

Doch der Preis für diese Kooperation ist hoch. Am 21. Dezember 1975 überfällt ein sechsköpfiges Kommando unter Leitung des als Carlos bekannten Venezuelaners Ilich Ramirez Sanchez die OPEC-Konferenz in Wien, bringt über 60 Personen in seine Gewalt, nimmt elf Ölminister als Geiseln und erschießt drei Sicherheitsleute. Der Überfall ist keine RZ-Aktion, mit dabei ist aber das RZ-Mitglied Hans-Joachim Klein, der später zum Kronzeugen gegen ehemalige Genoss_innen werden sollte. Das Kommando, das als „Arm der arabischen Revolution“ auftritt, fordert in einem Kommunique, das nur auf arabisch veröffentlicht wird, die Verstaatlichung der Erdölquellen, die Finanzierung des palästinensischen Widerstands und ein Lösegeld. Die Aktion richtet sich ausschließlich an die Staaten im Nahen Osten und zielt auf eine Stärkung der Befreiungsorganisation; sozialrevolutionäre Bezüge enthält sie nicht. Das Kommando nahm Tote von vornherein in Kauf und handelte so nach der Devise, wonach der Zweck jedes Mittel heiligt.

Ein halbes Jahr später, Ende Juni 1976, entführt ein vierköpfiges Kommando, dem neben zwei Palästinensern auch zwei Mitglieder der RZ, Brigitte Kuhlmann und Wilfried „Bonni“ Boese, angehörten, einen Airbus der Air France mit dem Ziel, 50 politische Gefangene zu befreien, die zum überwiegenden Teil in israelischen und westdeutschen Knästen einsaßen. An Bord befinden sich über 250 Passagiere, unter ihnen etwa hundert israelische Staatsbür-

ger_innen. Die Aktion wird zum Desaster und führt zur Spaltung der RZ. Nachdem die nicht-jüdischen Passagiere innerhalb weniger Tage freigelassen werden, verlängert das Kommando sein Ultimatum, um weitere Verhandlungen zu ermöglichen. In der Nacht zum 4. Juli 1976 stürmt eine israelische Spezialeinheit den Flughafen von Entebbe und beendet mit Gewalt die Geiselnahme. Das Kommando kommt dabei ums Leben, auch eine Geisel, eine ehemalige KZ-Insassin, stirbt. Es folgt jahrzehntelanges Schweigen.

„Was gut ein Jahr später, im Fall Mogadischu, selbst unter Linksradi-kalen eine Welle der Kritik auslösen sollte, nämlich dass eine willkürlich herausge-suchte Gruppe deutscher Urlauber_innen zur Verhandlungsmasse wurde, darü-ber setzten wir uns im Fall Entebbe hinweg, obwohl der Verlauf der Aktion die einfachsten Grundsätze revolutionärer Politik und Moral, die wir sonst für uns in Anspruch nahmen, auf den Kopf gestellt hatte“, heißt es 1991 selbstkritisch in dem Papier der RZ „Gerd Albartus ist tot“. Erst der Mord an ihrem Genossen, vermutlich durch ehemalige Mitstreiter_innen im Nahen Osten 1987 veranlasst sie, sich erstmals öffentlich selbstkritisch zur katastrophalen Aktion von Entebbe zu äußern. Im Mai 1977 inszeniert Hans-Joachim Klein öffentlichkeitswirksam seine Abkehr vom bewaffneten Kampf, indem er der *Spiegel*-Redaktion eine Waf-fe schickt. Mit dem Brief habe er zwei Attentate der RZ auf den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde verhindern wollen, behauptet er. Die RZ geraten politisch in die Defensive und Klein wird bei seinem Schritt massiv von den Wortführern der Frankfurter Sponti-Szene, allen voran Daniel Cohn-Bendit und Joschka Fi-scher, unterstützt, von denen einige zum „Revolutionären Kampf“ gehört hatten und nach dem Aufbruch von 68 in die Betriebe, nach Opel Rüsselsheim zum Beispiel, gegangen waren und in den Stadtteilen gegen Mietwucher gekämpft und Häuser besetzt hatten.

Viele hatten ihr Studium abgebrochen und waren malochen gegangen, um die „Basis“ in der Fabrik zu mobilisieren. Joschka Fischer gehörte zur Frankfurter Putzgruppe, die für ihre Militanz auf der Straße bekannt war. Auf dem Pfingst-kongress `76 forderte Fischer die Militanten auf, „die Knarren wegzuschmeißen“. Was war passiert? Auslöser für die spektakuläre Kehrtwende der Spontis in Sa-chen Militanz war eine Demo anlässlich des Todes von Ulrike Meinhof im Mai 1976, bei der ein Polizist durch einen Molotowcocktail schwer verletzt und zwei verhaftete Demonstranten wegen Mordversuchs verhaftet wurden. Aber statt das Erschrecken gegenüber den Folgen des eigenen Handelns und die Reaktion der Staatsgewalt zu thematisieren, holten Fischer und Co. zum Rundumschlag gegen den bewaffneten Kampf aus. In seinem Brief an den *Spiegel* wirft Klein den „Da-

tötet sich anschließend selbst. ▶ 14.7. Das Bundeskabinett beschließt, durch finan-zielle Anreize Gastarbeitern die Rückkehr in die Herkunftsländer zu erleichtern. ▶ 21.8. Durch eine wochenlange Belagerung Bei-ruts erzwingen die israelischen Truppen den Abzug von rund 11.000 PLO-Kämp-fer_innen aus dem Libanon.

1983 ▶ 5.2. Der ehemalige SS-Haupt-sturmführer und Gestapo-Chef von Lyon, Klaus Barbie, wird nach seiner Auswei-sung aus Bolivien in Frankreich verhaftet. ▶ 20.2. Das Bundesjustizministerium teilt mit, dass alle Urteile des NS-Volksgeri-chthofs im Bundeszentralregister gelöscht worden sind. ▶ 23.2. Anschlag der Roten Zora auf das Auto des Hamburger Chefs-arzts Lindemann, ein internationaler Ex-perte für Zwangssterilisationen an Frauen. ▶ Februar/März Anschläge der RZ auf ITT-Tochter SEL, Düsseldorf und IBM Reutlin-gen. ▶ März Anschläge der Roten Zora auf Frauenhändler in Köln und das Philippini-sche Konsulat, Bonn. ▶ 13.4. Das Bundes-verfassungsgericht erlässt eine einstwei-lige Anordnung, welche die für den 27.4. geplante Volkszählung aussetzt. ▶ 20.5. Anschlag der RZ auf die alliierte Truppen-parade in Berlin. ▶ 30.8. Selbstmord Cemal Altuns in Berlin. ▶ 22.10. Den Höhepunkt der „Aktionswoche“ der Friedensbewe-gung gegen die NATO-Nachrüstung bil-den eine 108 km lange „Menschenkette“ zwischen Neu-Ulm und Stuttgart sowie eine Großkundgebung in Bonn. ▶ 25.10. US-amerikanische Truppen besetzen mit Unterstützung eines Hilfskontingents aus sieben karibischen Staaten die Karibik-In-sel Grenada. ▶ November/Dezember An-

schläge der Roten Zora auf Siemens in Witten und Braunschweig, Nixdorf, Hannover und den Verband Creditreform wegen der weltweiten Ausbeutung von Frauen.

1984 ▶ 12.4. Die umstrittene Startbahn-West des Frankfurter Flughafens wird in Betrieb genommen. Zwei Tage kommt es am Flughafen und in der Frankfurter Innenstadt erneut zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Demonstrant_innen und der Polizei. ▶ **4.6.** Bei dem Besuch des südafrikanischen Ministerpräsidenten Pieter Willem Botha in Bonn kommt es zu Protesten gegen die Apartheid in Südafrika. ▶ **14.6.** Sprengung der NATO-Pipeline, Lorch durch die RZ.

1985 ▶ 28.1. Als erster der seit Dezember 1984 im Hungerstreik befindlichen RAF-Häftlinge bricht Günter Sonnenberg die Aktion ab. Die letzten der 33 Inhaftierten folgen am 5. Februar. ▶ **1.2.** Der Vorstandsvorsitzende der Motoren- und Turbinen-Union, Ernst Zimmermann, wird bei München von der RAF erschossen. ▶ **April** Aktion der Roten Zora gegen Genforschung im Technologiepark Heidelberg. ▶ **30.5.** Sprengung der NATO-Pipeline bei Mörfelden durch die RZ. ▶ **28.6.** Der Bundestag verschärft das Demonstrationsstrafrecht durch Verbot der „Vermummung“. ▶ **8.8.** Einem Sprengstoffanschlag auf den militärischen Teil des Frankfurter Flughafens fallen zwei Menschen zum Opfer, elf weitere werden verletzt. Die RAF und die französische „Action directe“ bekennen sich zu dem Anschlag. ▶ **28.9.** Bei einer Anti-NPD-Demonstration in Frankfurt/Main wird der Demonstrant Günter Sare von einem Wasserwerfer der Polizei

men und Herren der Guerilla“, die an der Aktion beteiligt waren, Zynik, Gefühllosigkeit und Menschenverachtung vor. Kein einziges Wort der Selbstkritik, stattdessen Diffamierungen der RZ wie „revolutionärer Deckmantel – faschistischer Kern“. Dabei hätte Klein vor Wien klar sein müssen, dass es beim OPEC-Überfall zu einem Schusswechsel kommen und Tote zurückbleiben würden. Nun behauptet er, von seinen ehemaligen Mitstreiter_innen bedroht zu werden. Der Gipfel der Kampagne im *Pflasterstrand*, dem Hausblatt von Fischer und Co., ist die Warnung über eine Kartei mit 150 Namen von Genossinnen und Genossen zu verfügen und diese Leute „hochgehen“ zu lassen, wenn Klein etwas zustoßen sollte.

Das Blatt wird zur Plattform der Alternativbewegung, seine Macher_innen schon bald wichtige Strippenzieher bei den Grünen mit einem ausgeprägten Drang zur Macht. Mit ihrer Denunziationskampagne gegen die RZ haben die geläuterten Ex-Militanten Fischer, Cohn-Bendit und Co. die Grundlage für ihre politischen Karrieren gelegt und sich einige sogar für höchste Staatsämter empfohlen, im Außenministerium oder nach dem erfolgreichen NATO-Krieg als Statthalter in Ex-Jugoslawien. Die mit dem Staatsschutz gemanagte „antiterroristische Rückkehr“ Kleins war ein Antrittsgeschenk, um der Rückkehr ins System Glaubwürdigkeit zu schaffen. Das war der Ausgangspunkt, um die Erneuerung kapitalistischer Macht in Deutschland mitzugestalten.

Auch wenn es dazu keine klaren öffentlichen Statements gibt, waren der OPEC-Überfall und die Entführung der israelischen Passagiermaschine nach Entebbe offensichtlich auch innerhalb der RZ umstritten. Selbst Klein muss in der aktuellen Hauptverhandlung massive Vorwürfe und Kontroversen einräumen. Racheaktionen seiner Gruppe sollen dadurch verhindert worden sein, dass ihnen die Waffen und der Sprengstoff aus den Depots geklaut wurden, sagt er gegenüber der *libération*. Diese Auseinandersetzungen um die Folgen des eigenen Handelns, den Irrtümern, Fehlern und Rückschlägen stürzen die Akteure Ende der 1970er Jahre in eine tiefe Krise, einige Genoss_innen steigen aus, andere trennen sich und gehen eigene Wege, schreiben die RZ im *Revolutionären Zorn 6* von 1981. Frauen der RZ treten nun unter dem Namen Roten Zora auf.

Diejenigen, die als RZ weitermachen, verzichten jedoch auf militärische Aktionen und besinnen sich auf ihre erfolgreichen Aktionen innerhalb der Massenbewegung. Als Referenzpunkte tauchen in den Diskussionspapieren immer wieder die Interventionen in der Bewegung gegen Fahrpreiserhöhungen (u. a. gefälschte Fahrkarten), im Häuserkampf (Anschläge auf die Autos von Spekulanten) und der Frauenbewegung (Anschläge gegen das Bundesverfassungsgericht wegen des § 218) auf.

In den frühen 1980er Jahren engagieren sie sich in den neuen sozialen Bewegungen und greifen dort mit militanten Aktionen und Erklärungen ein. „Angriffe gegen zentrale staatliche Institutionen halten wir zur Zeit für politisch unmöglich“, heißt es im *Revolutionären Zorn* vom Januar 1981, nicht zuletzt mit Blick auf die RAF: „Wir können die Machtfrage nicht stellen! Wir führen keinen Krieg! Wir stehen vielmehr immer noch am Anfang eines langwierigen, mühseligen Kampfes um die Köpfe der Menschen – nicht in irgendeiner militärischen Etappe um einen militärischen Sieg! Wir bezeichnen dies als Defensivstrategie – wengleich der Kampf für uns durchaus offensiv sein kann. Angesichts der immer schneller voranschreitenden Zerstörung unserer Lebensgrundlagen geht es erst einmal darum, den Wahnsinn zu behindern, vielleicht zu stoppen (z. B. beim Atomprogramm). Es gilt, Aktionsmöglichkeiten zu finden, die Teil der Lösung des Problems sind (konkret z. B. den Bau eines AKWs zu behindern), aber auch ein Schritt weiter, um die Köpfe der Menschen. Auf dem Weg dorthin wird jedoch nur eine kämpfende Linke Anziehungspunkt für die deklassierten Teile des Volkes sein können, nicht eine sozialarbeiterische, die objektiv nur neue Formen der Staatsloyalität erschließt. Wir müssen in unseren Aktionen an der Unzufriedenheit, der Wut, der vermeintlichen Ohnmacht der Menschen ansetzen. Viele von ihnen haben schon längst im Herzen mit diesem Staat gebrochen, trauen sich nur keine eigenen Schritte zu. Dies kann z. B. heißen, die kleinen Feinde des Volkes (Werkschützer, Meister, Ärzte, Wohnungsmakler, Hausbesitzer, Bullen, Ämterbürokraten usw.) nicht nur propagandistisch, sondern ganz persönlich anzugreifen und ihnen ihr Handwerk zu legen. (...) Prinzip unserer Aktionen ist es deshalb, daß sie ausgehen von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, an denen wir beteiligt sind, daß sie an den dort geführten politischen Auseinandersetzungen anknüpfen, daß sie unter der Fragestellung „bringen sie die Bewegung weiter“ bzw. „verschärfen sie die Widersprüche“ eindeutig bestimmbar sein müssen.“

Handlungsfelder der RZ bis Mitte der 1980er Jahre sind vor allem die Bewegung gegen die Startbahn-West in Frankfurt am Main, die Anti-AKW-Bewegung, die Anti-Nato-Mobilisierungen und der Häuserkampf. Ein revolutionäres Projekt ist nicht in Sicht, das Wechselverhältnis von militanter Organisation und sozialer Bewegung steht offensichtlich im Zentrum der Debatten. Das ändert sich erst mit den Diskussionen um einen neuen Antiimperialismus und das Verhältnis von Rassismus, Sexismus und Kapitalismus, die Mitte der 1980er Jahre geführt werden und zu einer Neubestimmung der militanten Praxis von RZ und Roter Zora führen.

überrollt und getötet. In den folgenden Tagen kommt es daraufhin in mehreren Städten zu militanten Protesten. ► **12.10.** Mehrere zehntausend Atomkraftgegner_innen demonstrieren in München gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage im bayerischen Wackersdorf. ► **16.10.** Nach mehr als dreiwöchigen Koalitionsverhandlungen kommt es in Hessen zu einer Einigung zwischen SPD und Grünen. Joschka Fischer wird am 12. Dezember als hessischer Minister für Umwelt und Energie vereidigt. ► **Oktober/Dezember:** Anschläge auf Zahnradfabrik, Friedrichshafen, Daimler-Benz, Schwäbisch-Gmünd, Brüggemann u Brandt, Hagen, Mercedes Lueg, Wattenscheid, aus Solidarität mit dem Kampf gegen das Apartheid-Regime in Südafrika.

1986 ► 7.1. Mehrere tausend Polizisten räumen das Hüttendorf, das Gegner der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf im Taxöldner Forst errichtet haben. ► **7.2.** Der Präsident Haitis, Jean-Claude Duvalier, genannt „Baby Doc“, wird nach monatelangen Unruhen gestürzt und muss das Land verlassen. ► **26.4.** Im AKW bei Tschernobyl nördlich von Kiew/UdSSR schmilzt der Reaktorkern und verursacht die bisher größte Katastrophe in der Geschichte der Atomenergie. ► **17.–19.5.** Mehr als 300 Menschen, darunter 157 Polizisten, werden bei den bislang heftigsten Auseinandersetzungen am Bauzaun der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf/Bayern verletzt. ► **12.6.** Über die ganze Republik Südafrika wird nach Rassenauseinandersetzungen der Ausnahmezustand verhängt. Anlass ist der 10. Jahrestag der Unruhen von Soweto 1976.

Alle Tage Sabotage. Subversiver Kampf in der Anti-AKW-Bewegung

Anfang der 1970er Jahre formieren sich in der Bundesrepublik die ersten Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen. Im badischen Wyhl protestieren 1975 rund 28.000 Menschen aus der Schweiz, Österreich, Frankreich und Deutschland gegen das geplante AKW und besetzen den Bauplatz. Die eher konservative Landbevölkerung im Dreiländereck trifft hier auf linke Student_innen und militante Aktivist_innen aus der Schweiz und Frankreich, die bereits Strommasten besetzt, Hungerstreiks organisiert und sich mit der Polizei geprügelt hatten. Auf die Baustelle des Atomkraftwerks Fessenheim im Elsass war sogar ein Bombenanschlag verübt worden. Die Bauarbeiten am Rhein kommen nicht voran. Die aufmüpfigen Winzer, Bäuerinnen, Lehrer_innen und Studierenden beweisen langen Atem und setzen sich schließlich durch. 1983 ist das Projekt endgültig vom Tisch. Das Beispiel Wyhl macht Schule. Denn auch an anderen Atomstandorten regt sich Widerstand.

Mit einem Lied auf den Lippen „Wehrt euch, leistet Widerstand, (...) schließt Euch fest zusammen (...)“ marschieren Ende Oktober 1976 Tausende in Friesennerz und Gummistiefeln zum Bauplatz des geplanten Atomkraftwerks Brokdorf an der Unterelbe. Mit Drahtscheren kneifen sie die Zäune durch, überrennen Werkschützer und Polizisten und besetzen den Platz. Eineinhalb Stunden währt ihr Erfolg. Dann rücken Werkschützer und starke Polizeieinheiten im Schutz von Wasserwerfern an, prügeln wahllos auf alle ein, setzen dabei massiv Tränengas ein und räumen den Platz.

Am nächsten Tag demonstrieren daraufhin 4.000 Menschen gegen Polizeiwillkür. In Hamburg mobilisiert jetzt auch die linke Szene zum Widerstand gegen Atomkraftwerke. Unter dem Motto „Der Bauplatz muss wieder zur Wiese werden“ ruft die Bürgerinitiative Unterelbe zur Großdemo in Brokdorf auf. Zwei Wochen später kommt es zur Konfrontation mit der Staatsgewalt. 45.000 Menschen versuchen, mit Wurfankern und Seilen die Barrieren zu beseitigen und auf das Gelände zu gelangen. Die Polizei wehrt den Ansturm mit massivem Tränengasbeschuss und Wasserwerfern ab. Trotz Unstimmigkeiten über die richtige Strategie – militant oder gewaltfrei – rufen die Bürgerinitiativen für Mitte Februar 1977 erneut zu Demonstrationen auf. Jeweils etwa 40.000 Menschen kommen zu den beiden Kundgebungen nach Wilster und Itzehoe. Eine erneute Platzbesetzung ist angesichts des Ausnahmezustandes in der Region unmöglich. Aber der Protest ist nicht vergeblich, ein Verwaltungsgericht ordnet einen Bau-stopp für Brokdorf an.

Vier Wochen später stößt die militante Massenbewegung, die inzwischen in aller Mund ist, erneut an ihre Grenzen. 20.000 Demonstrant_innen versuchen

den Bauplatz im niedersächsischen Grohnde zu stürmen. Mit Bolzenschneidern, Schweißbrennern, Helmen, Gasmasken und Schutzschilden ausgestattet, gelingt es 20.000 Demonstrant_innen zwar, eine Polizeisperre aus dem Weg zu räumen und ganze Bauelemente aus dem Zaun zu reißen. Stunden später greifen tausende Polizist_innen und Grenzschilder_innen jedoch mit Pferden, Wasserwerfern und Greiftrupps die Demonstrant_innen an und vertreiben sie von der Baustelle. Die Bilanz ist ernüchternd. Hunderte werden verletzt und verhaftet. Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht tritt eine Hetzkampagne gegen die „Chaoten“ vom Zaun. Das Landgericht Hannover verurteilt einige Demonstrant_innen später zu langjährigen Freiheitsstrafen. Das politische Establishment hält am Ausbau des Atomprogramms fest und die Staatsmacht versucht, den Widerstand mit aller Macht zu brechen. Im Juni 1977 gibt es auf Seiten der Demonstrant_innen den ersten Toten: In Frankreich wird bei einer internationalen Demonstration gegen den Schnellen Brüter in Malville nahe Lyon der Lehrer Vital Michalon von der Polizei getötet.

Vier Wochen später verüben die RZ einen Bombenanschlag auf MAN in Nürnberg, aus Protest gegen das Atomgeschäft des Konzerns mit Südafrika. Wenige Tage später explodiert bei Klein, Schanzlin und Becker (KSB) in Frankenthal ein Bombe. Der Pumpenhersteller ist ebenfalls im Atomgeschäft tätig und liefert Komponenten an das Apartheid-Regime. Die Anschläge wirken zwar nicht als Fanal – die Fahndung nach der RAF, die kurz zuvor den Chef der Deutschen Bank, Jürgen Ponto, und im April Siegfried Buback erschossen hatte, ist auch in der Linken das beherrschende Thema – die Erklärungen der RZ kursieren jedoch in der Anti-AKW-Bewegung, in der im Sommer 1977 viel von Sabotage die Rede ist.

Eine Steigerung der Massenmilitanz am Bauzaun bot für die RZ keine realistische Perspektive, um das Atomprogramm zu verhindern; sie setzen auf eine Ausweitung des Aktionsfeldes und auf direkte Aktionen. „Unsere Vorstellung ging dahin, die Atommafia da anzugreifen, wo das Atomprogramm konzipiert, wissenschaftlich vorbereitet, propagandistisch aufbereitet und materiell durchgeführt wird, also die gesamte Struktur des Atomprogramms zum Angriffspunkt zu machen.“ (Interview *Autonomie* 1980). Nicht nur die AKW-Standorte selbst sollten angegriffen werden, sondern das gesamte System aus Betreibern, Institutionen und Firmen sollen Ziele von Aktionen sein. Die Erweiterung der Ziele soll auch „vor Ort“, „also in den Städten“ politische Handlungsperspektiven ermöglichen, so die Idee. „Schwerpunkt sollen praktische Verhinderungsaktionen, Sabotage, sein“ (ebenda). Auch die Verantwortlichen machen sie zur Zielscheibe. So

► **26.6.** Das US-amerikanische Repräsentantenhaus bewilligt US-Präsident Ronald Reagan die geforderten 100 Millionen Dollar für die militärische Unterstützung der „Contras“, die in Nicaragua gegen die sandinistische Regierung kämpfen. ► **9.7.** Der Siemens-Manager Karl Heinz Beckurts und sein Fahrer werden von einem ferngezündeten Sprengkörper der RAF in Straßlach bei München getötet. ► **5.8.** Anschlag der Roten Zora auf das Humangenetische Institut Münster. ► **20.9.** Anschlag der Roten Zora auf die Gesellschaft für biotechnologische Forschung Braunschweig. ► **7.10.** Trotz zahlreicher Proteste wird das AKW Brokdorf an der Unterelbe als erstes deutsches AKW nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in Betrieb genommen. ► **10.10.** In Bonn wird Gerold von Braunmühl, Leiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, von der RAF erschossen. ► **11.10.** Mehr als 100.000 Menschen demonstrieren in Hasselbach im Hunsrück gegen die Stationierung von US-amerikanischen Marschflugkörpern. ► **Herbst** Zahlreiche Anschläge der RZ gegen Institutionen der Abschreckung und Kontrolle von Flüchtlingen, in Hamburg, Lüneburg, Köln, Hagen, Hamm und Berlin sowie Schüsse auf die Beine des Chefs der Berliner Ausländerpolizei. ► **13.11.** Der Bundestag verabschiedet ein neues Asylrecht, nach dem abgewiesene Asylbewerber_innen schneller abgeschoben werden können, gleichzeitig wird die Einreise in die BRD erschwert.

1987 ► Februar Anschlag der RZ auf die Sozialhilfestelle für Asylbewerber, Berlin. ► **1.5.** Nachdem die Polizei Boykottaufrufe



flambieren sie das Auto des Einsatzleiters auf der Baustelle des Schnellen Brütters in Kalkar und legen eine Bombe im Gebäude des Wach- und Kontrolldienstes, der für Brokdorf und Esensham zuständig ist und eng mit Polizei und VS zusammenarbeitet (beides 1978). Daran glauben muss auch der Atomanlagenbetreiber NWK in Lübeck, der u. a. die Bauplanung des AKW Brokdorf koordiniert, eine Bombe geht in deren Hauptverwaltung hoch. Sprengsätze beim international tätigen Konzern Interatom und bei der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) in Köln treffen weitere Schwergewichte im Atomgeschäft. An einem Turm, der mit meteorologischen Forschungen das geplante Zwischenlager in Ahaus vorantreibt, wird 1979 ein Sprengsatz gelegt. In Hamburg legen Revolutionäre Zellen Teile des Fuhrparks einer Spedition lahm, die für das Endlager Gorleben arbeitet. Um die Infrastruktur geht es auch bei der Sprengung eines Strommastes, der den Bau des Schnellen Brütters Kalkar immerhin für ein paar Tage verzögert. Die RZ sind bei Weitem nicht die einzigen, die zu militanten Mitteln greifen: „Es gibt inzwischen viele Gruppen in der BRD, die ähnlich arbeiten wie wir, auch wenn davon wenig in der bürgerlichen Presse zu lesen ist. Das macht uns optimistisch“ (*Autonomie* 1980).

Trotzdem bleiben Militante, auch wenn sie in der Bewegung akzeptiert werden, in der Minderheit. Der Marsch durch die Institutionen verspricht vielen eine Abkürzung. Bei den niedersächsischen Kommunalwahlen im November 1977 erringt die „Wählergemeinschaft Atomkraft Nein Danke“ im Landkreis Hameln-Bad Pyrmont, der Monate zuvor Schauplatz heftiger Auseinandersetzungen um das AKW Grohnde war, mit 2,3 Prozent einen Sitz im Kreistag. Umweltschützer_innen, Maoist_innen, Lebensschützer_innen, Spontis, Trotz-kist_innen, Pazifist_innen, Hippies, linke Anwäl_t_innen und Prominente wittern Morgenluft und drängen unaufhaltsam zur Macht. Am Ende dieses Prozesses sind zwei Machos (ein müder Straßenkämpfer und ein desillusionierter leninistischer Kader) Minister unter Gerhard Schröder, zerschlagen die Reste des fordistischen Sozialstaats und führen die Bundeswehr in den Krieg. Doch das Ende der Bewegung ist das nicht, im Gegenteil. Unter dem Label „Autonome“ engagieren sich Reste der militanten Linken weiterhin in den sozialen Bewegungen. Als Geburtsstunde der Autonomen gilt der 6. Mai 1980, als in Bremen Tausende gegen die Rekrutenvereidigung im Weserstadion auf die Straße gehen und es zu stundenlangen Straßenschlachten mit der Polizei kommt. Jetzt treffen ehemalige Spontis, militante Anti-AKW-Gegner_innen, radikale Feminist_innen und Anarchist_innen auf Jugendliche, die auf Punk stehen und auf die selbstbestimmte subkulturelle autonome Freiräume in besetzten Häusern und Zentren eine große

gegen die Volkszählung beschlagnahmt hat, kommt es zu schweren Auseinandersetzungen mit Jugendlichen in Berlin-Kreuzberg. ► **Juni/August** Anschlagsserie der Roten Zora auf Filialen des ADLER-Konzerns aus Solidarität mit streikenden Arbeiterinnen in einer koreanischen Weltmarktfabrik. ► **September** Anschlag der RZ auf das Bundesamt für Flüchtlinge, Dortmund und Knieschüsse auf den Vorsitzenden Richter des Bundesverwaltungsgerichts, Korbmacher, Berlin. ► **2.11.** Aus einer Demonstration am Bauzaun der Startbahn-West werden zwei Polizisten von erschossen und neun durch Schüsse verletzt. ► **19.11.** In Hamburg ist der Konflikt um die Hafensstraße vorläufig beendet: Nach Beseitigung aller Barrikaden verzichtet der Hamburger Senat auf eine polizeiliche Räumung und unterschreibt Mietverträge mit den Bewohner_innen der besetzten Häuser. ► **18.12.** Razzia gegen angebliche Mitglieder der RZ/Roten Zora, Verhaftung von Ingrid S. und Ulla P., mehrere Personen können sich durch Flucht der Verhaftung entziehen. Ulla kommt nach acht Monaten U-Haft frei, Ingrid wird wegen des Anschlags der RZ auf die Deutsche Lufthansa in Köln zu fünf Jahren Haft verurteilt.

1988 ► **14.1.** Bundesumweltminister Klaus Töpfer, CDU, lässt der Brennelemente-Firma Nukem bei Hanau die Betriebsgenehmigung entziehen, nachdem mehrere schwere Atomunfälle bei der Nuklearfabrik bekannt geworden sind. ► **23.2.** Rund 80.000 Menschen beteiligen sich an einer von der IG-Metall organisierten Menschenkette durch das Ruhrgebiet, mit der sie gegen die geplante Schließung des Krupp-

Stahlwerks in Duisburg-Rheinhausen protestieren. ► 27.8. Anschlag der Roten Zora auf das biotechnische Institut der TU Berlin. ► 20.9. Die RAF verübt auf den Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hans Tietmeyer, einen Anschlag. Tietmeyer und sein Fahrer können unverletzt entkommen. 1989 ► 11.1. In Ostberlin verlassen 20 ausreisewillige Bürger_innen der DDR die Ständige Vertretung Bonns in der DDR. Ihnen war zuvor Straffreiheit und die Überprüfung ihrer Ausreiseanträge zugesichert worden. ► 1.2. – 12.5. 28 inhaftierte Mitglieder der RAF treten in den Hungerstreik, um ihre Zusammenlegung zu erkämpfen. ► 4.6. In Peking richtet das chinesische Militär ein Blutbad unter Student_innen an, die seit Wochen auf dem Platz des Himmlischen Friedens demonstrieren. Die Zahl der Toten schwankt zwischen 2.500 und 7.000 Menschen. ► 27.6. Der ungarische Außenminister Gyula Horn und sein österreichischer Kollege Alois Mock zerschneiden symbolisch den Stacheldrahtzaun an der gemeinsamen Grenze und lösen damit einen Flüchtlingsstrom von DDR-Bürger_innen nach Ungarn aus. ► 8.8. Über 130 DDR-Bürger_innen halten sich in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin auf, um ihre Ausreise zu erzwingen. ► 19.8. In Ungarn nutzen etwa 900 Menschen ein „Paneuropäisches Picknick“ von Konservativen zur Flucht über die „grüne“ Grenze nach Österreich. ► 4.9. In Leipzig findet die erste Montagsdemo für mehr Reisefreiheit und die Abschaffung der Stasi statt. ► 10./11.9. Ungarn lässt alle DDR-Ausreisewilligen in den Westen ausreisen. ► 2.10. In Leipzig wird eine Demonstration mit 20.000 Menschen von der Polizei gewaltsam auf-

Anziehungskraft ausüben. Sie eint die Ablehnung jeglicher Autoritäten, der Hass auf Polizei und Militär, die Politik in erster Person und die Bereitschaft zu direkten Aktionen. Auch in der Anti-AKW-Bewegung sollen Autonome weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

Als ein Gericht am 22. Januar 1981 den Baustopp in Brokdorf aufhebt, kommt es am darauf folgenden Wochenende erneut zur Konfrontation an der Unterelbe. Zehntausend Polizisten werden aufgeboten, um eine erneute Platzbesetzung zu verhindern. Trotz Verbots der Demo strömen tausende in die Wilster Marsch und kommen bis zum hermetisch abriegelten Baugelände durch. Während die meisten bereits zurückkehren, kommt es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei am Bauzaun. Erneut bestimmen die Bilder von „Chaoten am Bauzaun“ die Medien. Zwei autonome Aktivisten müssen sich wegen „schweren Landfriedensbruchs“ und „gefährlicher Körperverletzung“ vor Gericht verantworten. Den Mordvorwurf lässt die Staatsanwaltschaft fallen, doch das Gericht verhängt harte Strafen – drei beziehungsweise fünf Jahre Haft. Den Angeklagten müsse klargemacht werden, dass sie „nicht mit dem Kopf durch die Wand kommen, sondern die Wand dann stärker ist“, sagt der Richter.

Neben Brokdorf rückt Gorleben nun in das Zentrum der Anti-Atom-Bewegung. Als 1977 die Atommüllpläne bekannt werden, kommen 15.000 Menschen zu einer Kundgebung. 1980 besetzen 5.000 Demonstrant_innen das Bohrloch Nr. 1004 und proklamieren die Republik Freies Wendland. 1984 wird im Landkreis zu ersten Blockaden gegen Atommülltransporte aufgerufen. Im Jahr darauf beginnt die bundesweite Mobilisierung gegen die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) im oberfränkischen Wackersdorf. Im Dezember 1985 errichten Atomkraftgegner_innen im Taxöldener Forst ein Hüttendorf, das zwei Tage später durch die Polizei geräumt wird. Wenig später steht das nächste Hüttendorf im Wald, das Anfang Januar 1986 geräumt wird. Die Situation eskaliert. Die Polizei registriert eine wachsende Solidarisierung Einheimischer mit auswärtigen „Chaoten“. Im März nehmen über hunderttausend Menschen an einer Demonstration teil, bei der die Polizei erstmals CS-Gas einsetzt.

Nach dem Super-Gau von Tschernobyl im April 1986 ist die Empörung groß. Zu Pfingsten kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen mit Polizei und BGS auf dem Baugelände. Polizeihubschrauber werfen CS-Gas in die Menge. Mehrere hundert Personen werden verletzt. Im Juni kommt es bei einer Demonstration am Bauzaun erneut zu schweren Zusammenstößen zwischen tausenden von Demonstrant_innen und der Staatsgewalt. Österreichische Atom-Gegner_innen wird der Grenzübertritt nach Bayern verweigert. Ministerpräsident Strauß

spricht im Landtag von „anarchistischen Gewaltverbrechern“, die „eine neue Dimension des Aufruhrs“ eingeleitet hätten. Militante Aktivist_innen beschränken sich tatsächlich nicht auf Demos. Im Juni 1986 explodiert beim Umspannwerk Mörfelden eine Bombe. Die Aktion von „Hau weg den Scheiß“ wirkt als Fanal. „Sägende Zellen“, die „Aktion Heimwerker“ und wie sie alles heißen beschädigen bis September 1986 bereits 45 Strommasten, allein im August werden in Westdeutschland vier der bis zu siebzig Meter hohen Stahlkolosse umgestürzt.

Nach Tschernobyl kippt auch die Stimmung in der Bevölkerung, die den Atomkurs der Regierung bis dahin mehrheitlich unterstützt hatte. Unter dem Druck der Anti-AKW-Bewegung werden die deutschen Plutoniumpläne in den folgenden Jahren ad acta gelegt. Die halbstaatliche VEBA und die französische COGEMA, die Betreiberin der WAA La Hague, vereinbaren 1989 die Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente in Frankreich. Damit ist das Aus für Wackersdorf besiegelt. Bereits im März 1989 war die endgültige Stilllegung des Schnellen Brüter in Kalkar verkündet worden. Im Mai 1989 beantragen die Betreiber des Hochtemperaturreaktors Hamm-Uentrop, den Pannenreaktor vom Netz zu nehmen. Insgesamt werden 1988/89 Investitionen in Höhe von 15 Milliarden DM versenkt. Die Kehrseite dieses Erfolgs der Anti-AKW-Bewegung ist die Europäisierung der Atomwirtschaft, unter Federführung Deutschlands und Frankreichs. Seitdem häufen sich die Atomtransporte, jährlich rollen knapp 600.000 Castor-Transporte durchs Land, mit abgebrannten Brennelementen von und nach La Hague und Sellafield und zu den Zwischenlagern Gorleben, Ahaus und zu den AKWs.

Seit Mitte der 1990er Jahre werden die Proteste gegen die Atommülltransporte nach Gorleben zum Kristallisationspunkt der Anti-AKW-Bewegung. Nach der Flaute von 1991/1992 ist die Bewegung plötzlich wieder da. Totgesagte leben länger. Die Proteste im Wendland sorgen dafür, dass die geplanten Castortransporte 1993 und 94 kurzfristig abgesagt werden. In den vier darauf folgenden Jahren kommt es zu heftigen Zusammenstößen bei den Transporten nach Gorleben und Ahaus. 2004 stirbt Sébastien Briat, als er den Castor in Ostfrankreich stoppen will. 2009 wird bekannt, dass der Salzstock in Gorleben seit den 1980er Jahren heimlich und ungenehmigt zum Atommüll-Endlager ausgebaut wird. In Berlin protestieren daraufhin über 50.000 Menschen mit 400 Treckern aus dem Wendland. Die Aktionen beschränken sich nicht nur auf das Wendland. Die gesamte Castorstrecke wird zum Ziel der Aktivist_innen. Im November 2008 verüben Unbekannte anlässlich des Castor-Transports von La Hague nach Gorleben in Deutschland und Frankreich Anschläge auf das Schienennetz. Im Jahr

gelöst. ► **7.10.** Der 40. Jahrestag der DDR-Gründung wird mit Militärparaden und Aufmärschen gefeiert. Die Demonstrationen werden aufgelöst und über tausend Menschen festgenommen. ► **9.10.** Die Roma und Sinti Union protestiert gegen die drohende Abschiebung von Roma aus der BRD, während gleichzeitig jeden Tag Tausende von Übersiedlern aus der DDR aufgenommen würden. ► **18.10.** Erich Honecker tritt zurück. Egon Krenz wird neuer Generalsekretär der SED. ► **4.11.** Bei einer Kundgebung in Ostberlin demonstrieren mindestens eine halbe Million Menschen für demokratische Reformen, darunter namhafte Schriftsteller wie Stefan Heym und Christa Wolf. ► **10.11.** Nach Öffnung der Grenzen besuchen Millionen DDR-Bürger_innen die BRD und Westberlin. ► **30.11.** Der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, wird in Bad Homburg von der RAF durch einen Bombenanschlag getötet. ► **16.12.** In den westrumänischen Städten Temesvar und Arad bricht der Aufstand gegen das Ceausescu-Regime aus und breitet sich auch auf die Hauptstadt aus. Wenig später werden Parteichef Nicolae Ceausescu und seine Frau von einem Militärtribunal zum Tode verurteilt und hingerichtet. ► **1989:** Anschläge der RZ auf das Oberverwaltungsgericht Münster, das Verwaltungsgericht Düsseldorf, eine „Zigeunerdatei“ der Stadt Köln und die Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Hamburg, aus Solidarität mit den Bleiberechtskämpfen von Roma und Sinti.

1990 ► **15.1.** Mehr als 2.000 Demonstrant_innen stürmen die Stasi-Zentrale

darauf ist die Castorstrecke erneut Ziel von Sabotageakten. Am 11. November werden bei einer landesweiten Razzia in Frankreich neun Personen festgenommen. Sie sollen versucht haben, Hakenkrallen auf die Oberleitungen der Bahn zu werfen. In Frankreich ist die Empörung über die Verhaftungen groß. Eine Welle der Solidarität sorgt dafür, dass die Aktivist_innen alle wieder frei kommen. Der Strafprozess steht allerdings noch aus.

Der Widerstand gegen die Atomtransporte erreicht 2010 seinen Höhepunkt. Zehntausende sind allein im Wendland unterwegs, um den Transport auf den letzten Kilometern zum Endlager zu blockieren, 2011 wird mit einer Transportzeit von 125 Stunden ein neuer Rekord aufgestellt. Die wieder zunehmende Attraktivität des Widerstands liegt auch in den unterschiedlichen Aktionsformen begründet, die in den letzten Jahren nebeneinander praktiziert werden: Neben Trecker- und Schienenblockaden agiert „Castor-Schottern“, es werden Gleise unbrauchbar gemacht und erfolgreich die Infrastruktur der Polizei angegriffen. Die Spaltung der Bewegung in „friedliche Demonstranten“ und „böse Gewaltbereite“ funktioniert nicht. Sabotageakte auf die Transportstrecke der Castoren sind weitgehend akzeptiert.

Die Stärke der Bewegung ist ihre Verankerung vor Ort, die enorme Mobilisierungsfähigkeit, ihr internationaler Charakter und nicht zuletzt ihre Vielfalt. Sie reicht von militanten Autonomen, der Bäuerlichen Notgemeinschaft bis zu Grünen-nahen Umweltschützer_innen. Ihre Schwäche ist die Fixierung auf die Atomstandorte. Die Atomindustrie, die Energiekonzerne und ihre globale Geschäftspolitik rückt erst allmählich in den Fokus der Bewegung. Neben der Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten, wiesen die Interventionen der RZ gegen MAN, Nürnberg und Klein, Schanzlin und Becker (KSB), Frankenthal 1977 genau in diese Richtung. KSB ist bis heute im Atomgeschäft. In rund 200 Atomkraftwerken weltweit kommen KSB-Pumpen zum Einsatz. Das Unternehmen ist stolz darauf, „Top-AREVA-

Lieferant“ und Weltmarktführer zu sein. Der französische Energiekonzern AREVA ist eines der weltweit größten Unternehmen im AKW-Sektor und überwiegend in der Nuklearindustrie tätig. Aktuell baut der Konzern etwa das finnische AKW Olkiluoto, das erste westeuropäische AKW, das nach der Katastrophe von Tschernobyl geplant wurde und ans Netz gehen soll. Auch deutsche Firmen sind dort mit Aufträgen von insgesamt über einer Milliarde Euro im Geschäft.

Wie die Atommafia ist die Anti-Atom-Bewegung heute global aktiv und international vernetzt. Einige NGOs und kleinere Initiativen betreiben das erfolgreiche Outing von Atomprofiteuren, vor allem der Giganten, der Energiekonzerne Eon, RWE, EnBW und Vattenfall und von Finanzinvestoren. International richtet sich der Widerstand längst nicht mehr ausschließlich gegen die Atomtechnologie, sondern gegen Großkraftwerke, vor allem gegen Kohlekraftwerke. Die Energiekämpfe der Zukunft werden die Macht- und Eigentumsfrage stellen müssen: Wer produziert Energie wie, wozu, zu wessen Nutzen und für welchen Preis?

Militanter Feminismus

- die Rote Zora

Es gibt sie nicht mehr seit über 17 Jahren – ihre letzte Aktion war im Juli 1995, gegen die Rüstungsproduktion der deutschen Lürssen-Werft für die Türkei und in Solidarität mit kurdischen Kämpferinnen gerichtet. Die Rote Zora ist Geschichte, an die anzuknüpfen sich lohnt, aus der vieles zu lernen und innerhalb der heutigen Realitäten weltweiten Frauenwiderstands neu entwickelt und verortet werden könnte.

Denn es gibt wieder und erneute Kämpfe von Frauen weltweit und auch nebenan:

- von Frauen auf dem ägyptischen Tahrirplatz, die nach der sog. Arabellion gegen die anhaltende aggressive sexistische Männergewalt in der Gesellschaft wie in den eigenen Reihen lautstark aufstehen, sich verteidigen und Gewalttäter angreifen;
- von tunesischen Frauen, die zu zigtausenden gegen die Missachtung der Geschlechtergleichheit in der neuen, islamistisch geprägten Verfassung, aber auch gegen die Armut, Arbeits- und Perspektivlosigkeit der Jugend und für das Recht auf Migration und Bewegungsfreiheit offen revoltieren;
- von Frauen in Russland, Ukraine und anderen ex-Sowjetrepubliken gegen die sklavinnenartige Stellung der Frau in der neuen korrupten Gesellschaft – die „Pussy Riots“ und die „Femen“-Bewegung sind ein ins mediale Interesse gerückter Vermarktungs-Ausdruck vom viel breiteren Zorn der Frauen;
- von Frauen in Indien, die sich gegen die alltäglichen Vergewaltigungen von Frauen, gegen die grundlegenden sexistischen Gewaltzustände organisieren – auch in den ärmsten Schichten wie in Uttar Pradesh gründen ländliche misshandelte Frauen Banden wie die Gulabi Gang („Rosa Bande“), um (nicht nur schlagende Männer) zurück zu schlagen;
- von chinesischen Wanderarbeiterinnen, die sich nach Krisen-Entlassungen weigern, in ihre traditionellen Geschlechterrollen auf dem Land zurück zu kehren;
- von Textilarbeiterinnen in Pakistan und in Bangladesh gegen die Arbeitsbedingungen – von unglaublich niedrigen Löhnen bei 6–7 Tage-Wochen zu 12–14 Stunden, sexueller Gewalt und Erniedrigungen bis zum Einsperren am Arbeitsplatz, weshalb immer wieder ausbrechende Brände zu vielen Toten führen.

Die Liste ließe sich ins Unendliche verlängern. Die Beispiele sind äußerst unterschiedlich, aber gemeinsam haben sie, dass die sexualisierte Gewalt auch im neu gewandeten Regime des Turbokapitalismus alle Gesellschaften durchzieht, ja, dass sie sich als Grundstruktur in den extrem globalisierten Ausbeutungsverhältnissen durchgesetzt hat – dass aber zugleich immer mehr Frauen dagegen revoltieren, mobilisieren und sich weltweit vernetzen.



in Ostberlin. ► **11.2.** Der südafrikanische Bürgerrechtler Nelson Mandela wird aus der Haft entlassen. ► **14.3.** In Bonn treffen die Vertreter beider deutschen Staaten und die der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs zu den „Zwei-plus-Vier-Gesprächen“ über die deutsche Einheit zusammen. ► **2.5.** Die beiden deutschen Regierungen vereinbaren die Umtauschur für die Währungsunion. ► **7.6.** Susanne Albrecht, die wegen Mitgliedschaft in der RAF gesucht wird, wird in der DDR festgenommen. Damit beginnt eine ganze Serie von Festnahmen ehemaliger RAF-Mitglieder, die in der DDR untergetaucht waren. ► **21.6.** Gleichzeitig verabschieden der Deutsche Bundestag in Bonn und die DDR-Volkskammer in Ost-Berlin den Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie eine Entschließung über die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze. ► **22.6.** In Ostberlin beginnt die zweite Runde der „Zwei-plus-Vier“ Gespräche. Die UdSSR erhält von einem Konsortium deutscher Banken einen Kredit in Höhe von 5 Milliarden D-Mark. ► **2.8.** Irakische Truppen marschieren in das Emirat Kuwait ein. ► **23.8.** Die Volkskammer beschließt mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit „den Beitritt der DDR zum Geltungsbe reich des Grundgesetzes der Bundesrepublik. ► **31.10.** Das Bundesverfassungsgericht erklärt das kommunale Wahlrecht für Ausländer_innen für verfassungswidrig. Die in Schleswig-Holstein und Hamburg eingeführten Regelungen werden aufgehoben. ► **8.11.** US-Präsident Bush kündigt eine Verstärkung der US-Truppen in der

In den reichen Metropolen wie in Deutschland, Europa, USA und Kanada beziehen sich neue FrauenLesbenTransgender-Bewegungen vor allem auf Aktionen und Kampagnen für die sexuelle Selbstbestimmung, die inzwischen auch die Metropolen Asiens und Lateinamerikas erreicht haben. Ein medienwirksamer, aber mehr auf das Kulturelle und die Mittelschichten beschränkter Teil sind vielleicht die seit 2011 über facebook mobilisierten „slutwalks“ oder die weltweiten Poptanzaktionen der „one billion rising“-Bewegung zum 14. Februar 2013.

Die Aktionen der Roten Zora hatten ebenfalls die sexuelle Gewalt und Ausbeutung im Fokus, wie der Anschlag auf die Bundesärztekammer 1976, auf Sexhops in Köln 1978 und die Anschläge auf Autos und Niederlassungen von Frauenhändlern, Sterilisationsärzten und Pharmafirmen Anfang der 80er Jahre belegen. Ihr Internationalismus bezog sich auf den bevölkerungspolitischen Krieg gegen Frauen weltweit, gegen Zwangssterilisierungen und die Enteignung von Subsistenzwissen und -mitteln zu reproduktiver Selbstbestimmung mittels Hybrid-Saatgut, Genmanipulationen, Vertreibungen und Landraub, und auf die meistens von Frauen angeführten Proteste dagegen – aber auch auf die Kämpfe von Frauen in den Befreiungsbewegungen gegen die staatlichen Repressionen, Entführungen, Morde und Folter in den Knästen¹.

Die Kritik von Frauen aus der Hurenbewegung wie aus migrantischen Selbstorganisationen, dass in den Angriffen auf Sexshops und Frauenhändler die Sexarbeiterinnen und gehandelten Frauen erneut zu Opfern gemacht würden, anstatt sie als Subjekte zu respektieren, bestärkte den Wunsch, alle und auch die internationalistischen Aktionen immer in möglichst konkreter Solidarität mit Frauen aus den entsprechenden Bewegungen zu gestalten. Die Erkenntnis, dass der Kapitalismus gierig in jeden Erdwinkel eindringt, um sich immer aufs neue (noch) nicht kapitalisierte, sondern auf den Austausch mit der Natur und die Reproduktion gerichtete Lebensweisen einzuverleiben und zu vernichten, förderte auch die Einsicht, dass wir Frauen zugleich Profiteurinnen von der weltweiten

1 Denn damals lebten viele von Repressionen bedrohte Aktivist_innen aus Lateinamerika, arabischen Ländern, Griechenland, ab 1980 aus der Türkei und dem Iran, als politische Flüchtlinge und Exil-Student_innen in Deutschland. Mitzuerleben, wie palästinensische Freund_innen und Genoss_innen auf dem Uni-Kampfterrain plötzlich aus dem Studentenheim spurlos verschwinden, um später zu erfahren, dass sie vom Geheimdienst entführt und in syrischen, jordanischen und israelischen Kerkern gefoltert und ermordet worden waren, führte die lebensbedrohliche Dimension ihres Widerstands hautnah vor Augen. Das trug nicht unwesentlich dazu bei, den Blick auf die Machtverhältnisse „im Herzen der Bestie“ (in den metropolitanen Zentren imperialistischer Macht) zu radikalisieren und die Gegenmacht-Strategien auch daran auszurichten.

sexistischen und rassistischen Arbeitsteilung sind: als Konsumentinnen des vergleichsweise hohen Lebensstandards, als Täterinnen über die direkte oder indirekte Ausnutzung migrantischer Billigst-Arbeitskräfte.

Diese Rolle wollten die Zoras nicht einfach hinnehmen, sondern statt dessen versuchen, die widerständigen Aktionen und Kämpfe von Weltmarkt-Arbeiter_innen in den Ländern Asiens, Afrikas, Lateinamerikas in die Metropolen zu verlängern und zu stärken.

Das ergab sich erstmals sehr konkret 1987 mit den Anschlägen auf die deutsche Bekleidungsfirma ADLER, die in einer südkoreanischen Freihandelszone einen Streik der Textilarbeiterinnen von ihrer Tochterfirma Flair Fashion brutal niederschlagen ließ. Der damalige Firmenchef Fürchtegott (!) Adler hatte noch kurz zuvor das „günstige Investitionsklima“ und das „phantastische Lohnniveau“ in Südkorea gelobt und in weißer „Herrenrasse“-Manier über die „schwarzhaarigen, mandeläugigen Koreanerinnen“ geschwärmt, ohne die „der steile Aufstieg des Adler-Unternehmens kaum möglich gewesen wäre“. Die Frauen arbeiteten mindestens 70 Wochenstunden für Hungerlöhne unter sklavenartigen und sexistischen Bedingungen; Gewerkschaften, Streiks oder Versammlungen waren verboten. Nachdem die gesamte Belegschaft im April 1987 für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen streikte, ließ Adler mit Militärpolizei und Schlägertrupps den Streik niederschlagen und die Anführerinnen entlassen. Die Frauen gaben nicht auf, trotz der Drohung, die Textilproduktion in andere Länder zu verlagern, kämpften sie auch mithilfe ihrer verbotenen Gewerkschaft weiter. In einem Flugblatt schrieben sie: „Wir sind wütend, dass ein Unternehmen aus einem der reichsten Länder der Welt mit solcher Brutalität auf unsere Forderungen reagiert“ und riefen zur Unterstützung ihrer Forderungen in Deutschland auf. Beim Hauptsitz der Firma in Haibach explodierte darauf im Juni 1987 ein Sprengsatz der Roten Zora, und vor Adler-Textilmärkten und auf Veranstaltungen wurde in vielen deutschen Städten über die beschissenen Arbeits- und Lebensbedingungen in den ausgelagerten Produktionsstätten (nicht nur) bei Adler in Südkorea und Sri Lanka informiert und protestiert. Am 15.08.87 griffen sie in ihrem Kommentar zu den Brandanschlägen in neun bundesdeutschen Adler-Discountmärkten mit „flammenden Grüßen an die südkoreanischen Arbeiterinnen bei Adler“ ihre noch immer ausstehenden Forderungen auf.

Golfregion an. ► 14.11. In Berlin kommt es bei der Räumung besetzter Häuser zu schweren Straßenschlachten mit der Polizei. ► 20.12. Konstituierung des ersten frei gewählten gesamtdeutschen Parlaments im Berliner Reichstagsgebäude. ► 22.12. In Polen wird der ehemalige Solidarnosc-Chef Lech Walesa Präsident. ► 26.12. Die jugoslawische Teilrepublik Slowenien erklärt ihre Unabhängigkeit.

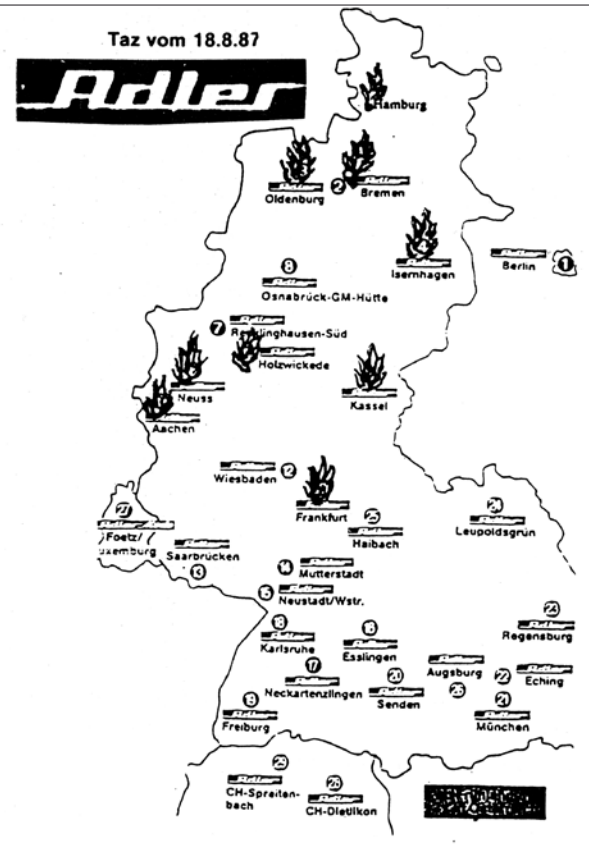
1991 ► 6.1. Mit der Landung der ersten von insgesamt 18 Alpha-Jets in der Türkei beginnt die Bundeswehr ihren ersten „Out-of-area-Einsatz“. ► 12.1. In Deutschland demonstrieren über 200.000 Menschen gegen einen Zweiten Golfkrieg. ► 17.1. Eine multinationale Truppe unter Führung der USA beginnt im Rahmen der „Operation Wüstenfuchs“ mit Luftangriffen auf den Irak. Der Irak greift Israel mit Raketen an. ► Februar Missglückter Bombenanschlag der RZ auf die Siegessäule in Berlin, aus Protest gegen Nationalismus, Rassismus, Sexismus und Patriarchat. ► 24.2. Die Alliierten starten ihre Bodenoffensive gegen den Irak. ► 25.2. Die UdSSR, Rumänien, Bulgarien, Polen, CSFR und Ungarn beschließen die Auflösung des Warschauer Pakts. ► 1.4. Der Präsident der Treuhandanstalt, Karsten Rohwedder, stirbt bei einem Anschlag der RAF. ► 21.4. Die USA richten im Norden des Irak Schutzzonen für die kurdischen Flüchtlinge im Grenzgebiet zur Türkei ein. ► 11.6. Brandanschläge auf den Berliner Reichstag gegen Berlin als Hauptstadt. ► 20.6. Bundestags beschließt Berlin als künftige Hauptstadt. ► 25.6. Die jugoslawischen Teilrepubliken Kroatien und Slowenien

erklären ihre Unabhängigkeit. Beginn des jugoslawischen Bürgerkriegs. ► 17.7. Anschlag der RZ auf die Baustelle eines Supermarkts von Tengelmann-Kaiser auf dem Gelände des ehemaligen KZ Ravensbrück. ► 8.8. Tausende Albaner_innen flüchten mit Schiffen in die süditalienische Hafenstadt Bari. Sie werden dort interniert, später abgeschoben. ► 17.–23.9. In Hoyerswerda greifen bis zu 500 Menschen tagelang ein Wohnheim für Vertragsarbeiter_innen sowie ein Flüchtlingswohnheim an. Die Polizei schaut tatenlos zu und evakuiert die Opfer, die meisten werden sofort abgeschoben. ► 5.10. Die Sowjetunion tritt dem Internationalen Währungsfonds (IWF) bei. ► 10.10. CDU, CSU, FDP und SPD einigen sich in Bonn auf eine Verschärfung des Asylverfahrens. ► 9.12. Die Staats- und Regierungschefs der zwölf EG-Staaten beschließen in Maastricht die Gründung der Europäischen Union. Kernstück ist die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion und eine europäische Währung bis spätestens 1999.

1992 ► 15.1. Kroatien und Slowenien werden auf Drängen der deutschen Bundesregierung von der EG anerkannt. ► 16.1. In Mexiko-Stadt unterzeichnen der Präsident von El Salvador, Alfredo Cristiani und die Nationale Befreiungsorganisation (FMLN) einen Friedensvertrag. ► 15.7. Die Bundesregierung beschließt die Teilnahme von Kriegsschiffen der Bundesmarine an der Überwachung des UN-Embargos gegen Rest-Jugoslawien. ► 20.7. Bund und Länder einigen sich auf die Aufnahme von Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina. ► 24.8. Pogrom von Rostock. Jugendliche zünden unter dem Beifall von Nach-

ROTE ZORA

*Das Leben ist eine Frau
und ihre Augen
mal zornig mal heiter
sie nimmt sich die Waffe
die ihr paßt
und sagt dir
der Kampf
geht weiter*



Das Bild ist einer Seite aus dem Rote-Zora-Buch entnommen, es enthält die Schlussparolen aus der Erklärung zum Sprengstoffanschlag auf die Adler-Zentrale in Haibach vom 21.06.87 und eine Skizze aus der taz mit den Orten, an denen am 15.08.87 gleichzeitig neun Adler-Märkte angekokelt wurden.

Diese Aktion erwies sich als sehr effektiv. Mit Brandsätzen, die zu Ladenöffnungszeiten in den Märkten deponiert wurden und erst nachts hochgingen, als alles verschlossen und menschenleer war, wurde eine erhebliche Wirkung erzielt, die Sprinkleranlagen spielten allein durch die Rauchentwicklung verrückt und versauten weit mehr als die kleinen Feuerchen, nämlich die gesamten Warenmärkte. In allen neun Filialen mussten die von Rauch und Nässe ein wenig beschädigten Klamotten zu Super-Schnäppchenpreisen verramscht werden, und Adler hatte das Nachsehen mit seinem Millionenschaden. Spätestens als sich

noch weitere Menschen (die „Amazonen“) zur Nachahmung inspirieren ließen, bekam Fürchtegott endlich genug Angst vor der ansteckenden Kraft, die vom Kampf der koreanischen Flair-Fashion-Arbeiterinnen bis in die Metropole ausging: er stellte alle entlassenen Frauen wieder ein und erfüllte zumindest einen Teil ihrer Forderungen.

Zwar starteten hierzulande die staatlichen Verfolgungsorgane noch im gleichen Jahr eine großangelegte Razzia gegen die Rote Zora (18.12.1987). Aber sie hatten offenbar nichts von den Vorbereitungen der Aktionen mitbekommen. Die Razzia half ihnen zur Aufklärung auch nicht weiter. So können die Adler-Aktionen als ein Leuchtturm aus der Geschichte der Roten Zora stehen bleiben – nur leider hat sich die Geschichte selbst seitdem gerade an diesem Punkt in ungeheurem Ausmaß weiter entwickelt.

Auch wenn es vor 25 Jahren längst die rassistische und sexistische Arbeitsteilung im Kapitalismus mit seinen Weltmarkt-Freihandelszonen gab, wie das Beispiel Adler zeigen kann, so war das noch nichts im Vergleich zu heute.

Heute hat sich das kapitalistisch-patriarchale System in seiner transnationalen Globalisierung zu einem in Sekundenschnelle agierenden wahren „Turbokapitalismus“ ausgewachsen. Erst die sog. globale Marktliberalisierung mit dem fast völligen Wegfall von Handelsschranken und -quoten hat, zugleich mit der informationellen „Revolution“, dem Kapital am Beispiel der Textilproduktion ermöglicht, die weltweite Produktion in kleine und kleinste Zuliefererschritte aufzuteilen und in Sekundenschnelle alle Informationen über Märkte, Angebote und Nachfragen zusammenzubringen.

Seit dem Welttextilabkommen von 1995, mit dem binnen zehn Jahren der sog. freie Wettbewerb und der Wegfall aller Schranken für die Textilmärkte durchgesetzt werden sollte, hat sich auf diesem Gebiet ein grausamer Kampf um die weltweiten Produktionsstätten und -bedingungen zugetragen. Die früheren Textilfabriken in den südostasiatischen „freien Produktionszonen“, die noch mit begrenzten Quoten direkt für westliche Auftraggeber die Billigstarbeitskraft junger Frauen ausbeuteten, sind fast vollständig verschwunden. Seit 2005 hat sich zunächst China mit eigener Baumwolle und noch billigeren Textilklitschen durchgesetzt: Innerhalb eines Jahres (2005) ver-zigfachte China seinen Anteil an Textilexporten bei gleichzeitiger Verbilligung zu Bruchteilen früherer Stückpreise. Doch die vielen und radikalen Kämpfe der Arbeiter_innen haben trotz hoher chinesischer Investitionen in modernste Maschinen dem Ausbeutungs-Boom inzwischen Grenzen gesetzt. Das Billig-Eldorado der Textilproduzenten ist heute Bangladesh. Mit seinen 170 Millionen Einwohner_innen ist es inzwischen der

barn und ungehindert von der Polizei einen Wohnblock an, in dem vor allem Vietnames_innen leben. ▶ 26.9. Bei einem Brandanschlag auf die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen bei Oranienburg wird ein Museumsgebäude zerstört. ▶ 15.10. Nach einer Einigung der Regierungsparteien spricht sich der Bundestag mit den Stimmen der Koalition aus CDU/CSU und FDP für eine Änderung des Asylrechts aus. Die SPD bleibt weg, Bündnis 90 und PDS lehnen die Grundgesetzänderung ab. ▶ 23.11. In der schleswig-holsteinischen Kleinstadt Mölln kommen drei Türkinnen bei einem rassistischen Anschlag ums Leben, sieben Personen werden verletzt. ▶ 6.12. In München protestieren mehr als 400.000 Menschen mit einer 45 km langen Lichterkette gegen „Ausländerfeindlichkeit“ in Deutschland. ▶ Die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP einigt sich mit der SPD über eine Änderung des Artikels 16 im Grundgesetz. Demnach sollen Asylbewerber_innen aus anderen EG-Staaten und sogenannten sicheren Drittländern ohne Gerichtsverfahren abgeschoben werden. ▶ 9.12. In der somalischen Hauptstadt Mogadischu landen die ersten Soldat_innen einer multinationalen Friedenstruppe unter militärischer Leitung der USA. Es ist die erste UN-Militärmission zur Durchsetzung „humanitärer Ziele“. ▶ 17.12. Bundeskanzler Helmut Kohl kündigt an, dass sich die Bundesrepublik mit 1.500 Soldaten an der UN-Mission in Somalia beteiligen wird.

1993 ▶ 1.1. Zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) tritt der Europäische Binnenmarkt in Kraft, der den freien Verkehr von Per-

sonen, Waren, Dienstleistungen und Kapital im gemeinsamen Wirtschaftsraum gewährleistet. ► **27.3.** Mitglieder der RAF verüben einen Bombenanschlag auf den Gefängnisneubau in Weiterstadt. ► **26.5.** Mit großer Mehrheit beschließt der Bundestag, das Asylrecht faktisch abzuschaffen. Tausende belagern aus Protest das Parlament. ► **29.5.** Bei einem von Nazis verübten Brandanschlag sterben in Solingen fünf Menschen türkischer Herkunft. Die jugendlichen Täter stammen aus der Nachbarschaft. ► **27.6.** Auf dem Bahnhof von Bad Kleinen wird das mutmaßliche Mitglied der RAF, Wolfgang Grams, und ein Beamter der GSG-9 unter ungeklärten Umständen erschossen. Birgit Hoge wird festgenommen. ► **3.10.** Anschlag der RZ auf den Bundesgrenzschutz in Frankfurt/Oder.

1994 ► **26.–29.4.** Die Oppositionsbewegung Afrikanischer Nationalkongress (ANC) gewinnt bei den ersten freien Wahlen in Südafrika mit 62,7 Prozent der Stimmen 252 von 400 Mandaten. Am 9.5. wird der Chef des ANC, Nelson Mandela (geb. 1918), zum ersten schwarzen Präsidenten Südafrikas gewählt. ► **12.5.** Rund 60 rechte Jugendliche machen in der Innenstadt von Magdeburg Jagd auf eine Gruppe Schwarzafrikaner_innen. ► **13.6.** Anschlag der Roten Zora auf die Firma Weigel/Maigo in Nürnberg und Gera zur Unterstützung der Flüchtlingsproteste gegen Fresspakete in Lagern. ► **12.7.** Das BVG erklärt die Teilnahme der Bundeswehr an UNO-Kampfeinsätzen auch außerhalb des NATO-Gebiets prinzipiell für zulässig. ► **Oktober** Anschlag der Roten Zora auf die Firma OGEVA in Leipzig zur Unterstüt-

zweitgrößte Textilexporteur der Welt (nach China), mit den weltweit billigsten Löhnen, fast 85 % der Textilarbeiter_innen sind Frauen.

Die Kluft zwischen Arm und Reich ist im globalen Zeitalter nach dem Wegfall der Quoten und Schranken ungeheuer breit geworden: Solche Niedrigpreise für (weibliche) Arbeitskraft in der Textilbranche gab es nie zuvor. Kämpften die koreanischen Textilarbeiterinnen von Adler/Flair Fashion vor 25 Jahren noch um die Durchsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns von 450.-DM, verdienen die bengalischen Arbeiterinnen heute nicht mal 30€ im Monat für eine 7 Tage-Woche und bis zu 100 Wochenstunden. Überstunden und Krankheitszeiten werden nicht bezahlt. Der gesetzliche Mindestlohn betrug 2007 sogar nur 18 oder 19€, nach langen und militanten Streiks der Textilarbeiterinnen wurde er 2010 verdoppelt, aber dennoch von den meisten Firmen nicht bezahlt. Darauf flammten erneut Proteste auf, die Polizei erschoss und verletzte viele Arbeiter_innen. Das führte zu Massenprotesten im Dezember 2010: Im Norden Bangladeshs blockierten 5000 Arbeiter_innen die Hauptstraße nach Dhaka, zugleich streikten weitere 5000 Arbeiter_innen im Fabrikbezirk Ashulia nahe der Hauptstadt. In Dhaka selbst demonstrierten 4000 Frauen und zündeten Autos an (lt. *Tagesspiegel* vom 14.12.2010).

Die Kluft zwischen armen „Dritte Welt“- und reichen „Metropolen“-Ländern war zugleich nie zuvor so stark miteinander verwoben: Ohne die millionenfache Über-Ausbeutung von (Wander-)Arbeiterinnen in den asiatischen Textilfabriken gelangt in die reichen Zentren Europas und der USA kein Kleidungsstück mehr auf die Verkaufstische fast aller Textil- und Handelsketten, ob sie nun H&M, C&A, Zara, KiK, New Yorker, Walmart, Gap, Lidl, Aldi, Real, Metro oder Levi Strauss heißen. Diese Ketten besitzen in Bangladesh, China, Pakistan usw. keine eigenen Fabriken oder „Töchter“ mehr, sondern sie bestellen ihre Waren immer dort, wo sie aktuell am günstigsten zu haben sind, bei Klitschen oder Großunternehmen. Allein in Dhaka gibt es 3000 Textilfabriken, die auf eigene Rechnung und oft mit vielen westlichen Handelsketten gleichzeitig unter Vertrag stehen.

In den reichen Ländern wie in Deutschland haben sich die Preise für Textilien seit dem Wegfall der Handelsschranken so verbilligt, dass selbst Hartz IV-Bezieher_innen bei H&M mindestens einmal pro Monat „shoppen“ können. Ohne die Überausbeutung bengalischer Frauen wäre der hiesige Billigwarenreichtum nicht so angewachsen, dass wir uns heute alle Nasenlang fast alles kaufen können, wonach uns der Sinn steht oder was im Trend ist. „Ganze 13 Cent verdient die bengalische Arbeiterin pro T-Shirt, das wir hier für superbillige

4,99 € bei H&M kaufen. Vor zehn Jahren kostete dieses T-Shirt noch 9,99 €².

Vor ein paar Jahren wurde vor den Geschäften großer Bekleidungsketten in Europa und Amerika viel demonstriert. Die Kund_innen und die Beschäftigten prangerten die miserablen Ausbeutungszustände bei den Vertragsproduzenten in Asien und auch Billiglöhne und Schikanen der Arbeiter_innen (z. B. bei KiK und Lidl) in den hiesigen Ketten an. Da die Vorwürfe von Kinderarbeit, Schlägen, Einsperren, mangelndem Brandschutz, sexueller Nötigung, ausbleibenden Löhnen und Hungerlöhnen mit unbezahlten Überstunden bei den asiatischen Vertragsfirmen das Image der dort einkaufenden Handelsriesen schädigten, zeigen die Webseiten, Werbekampagnen und Nachhaltigkeitsberichte der letzteren heute fast nur noch schöne Bilder von „fairen“ und kontrollierten Produktionsbedingungen³. Da Deutschland innerhalb der EU der größte Importeur von Konfektionskleidung aus Bangladesch ist, hat die Uni Heidelberg 2007 ein „Exzellenzcluster“ zum Thema „Asien und Europa im globalen Kontext“ eingerichtet. 200 Wissenschaftler_innen untersuchen, in welcher Dynamik sich die kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse zwischen Asien und Europa verschieben. Bengalische Studierende haben dazu beigetragen, Fakten über die hier beschriebenen frühkapitalistischen Zustände zu veröffentlichen.

Obwohl die großen Handelsketten wie H&M, Metro, Tchibo, Lidl etc. Verträge unterschrieben haben, in denen sie soziale Mindeststandards auch für die Billig-Lieferanten festgelegt sind, hat sich de facto in den Textilfabriken und -klitschen außer in wenigen Vorzeiganlagen trotzdem nichts verändert: weil die Kontrolleur_innen ihre klimatisierten computergesteuerten Nobelbüros nicht verlassen; weil die Vertragspartner Subunternehmen beschäftigen, auf die sie alles abwälzen; weil die Dienstleister unüberschaubar schnell ausgewechselt werden können, also kaum kontrollierbar sind⁴. In den letzten sechs Jahren verbrannten allein in Bangladesh mehr als 550 Textilarbeiterinnen, weil die Notausgänge versperrt und die Fenster vergittert waren.

2 Vgl. den Artikel aus der Zeit vom 16.12.2010 zum Thema „Globalisierung – Das Welthemd“

3 Zitat aus *Die Zeit* 16.12.2010 „Das Welthemd“: „Die Proteste bedrohten das Image der Konzerne. Die Unternehmen schrieben lange Listen mit Regeln und Verboten, die von nun an in den Fabriken gelten sollten. H&M erliess einen Verhaltenskodex: Kinderarbeit ist nicht erlaubt, Gewalt gegen Arbeiter verboten, Brandschutz vorgeschrieben. „Wir glauben, dass wir eine Verantwortung haben gegenüber jedem, der zu unserem Erfolg beiträgt, inklusive unserer Zulieferer und ihrer Angestellten“, schreibt H&M in seinem Nachhaltigkeitsbericht.

4 *Zeit online* 28.09.2012: „Arbeitsbedingungen – Die Modelüge“.

zung der Flüchtlingsproteste gegen Fresspakete in Lagern.

1995 ▶ 1.1. Österreich, Finnland und Schweden treten der EU bei. ▶ **26.3.** Das Schengener Abkommen tritt in Kraft, wonach Personenkontrollen an den Binnengrenzen zwischen Deutschland, Frankreich, den Benelux-Staaten, Spanien und Portugal wegfallen. Zugleich werden schärfere Kontrollen an den Außengrenzen eingeführt. ▶ **3.6.** In Paris beschließen 15 Verteidigungsminister aus den Staaten der NATO und der Europäischen Union die Bildung einer Schnellen Eingreiftruppe für den Schutz der UNO-Truppen in Bosnien. ▶ **13.6.** In der Geschäftsstelle der SPD-Bürgerschaftsfraktion in Lübeck explodiert eine in Salzburg aufgegebene Briefbombe und verletzt den Fraktionsgeschäftsführer Thomas Rother an der Hand. Bei einem ähnlichen Anschlag mit einer Briefbombe auf die dunkelhäutige TV-Moderatorin Arabella Kiesbauer wurden die Täter_innen in der rechten Szene vermutet. ▶ **24.7.** Anschlag der Roten Zora auf die Fa. Lürssen bei Bremen, die Kriegsschiffe an die Türkei liefert. ▶ **14.12.** Der im US-amerikanischen Dayton ausgehandelte Friedensvertrag für Bosnien-Herzegowina wird in Paris feierlich unterzeichnet. Bereits am 21.11. hatten der serbische Präsident Milosevic, der kroatische Präsident Tudjman und der Präsident von Bosnien-Herzegowina Izetbegovic das Friedensabkommen paraphiert.

Im September 2012 starben durch den Brand in einer pakistanischen Textilfabrik, in der auch KiK Jeans nähen ließ, fast die Hälfte der Belegschaft: 300 vorwiegend junge Frauen wurden getötet, weil vergitterte Fenster, verschlossene Notausgänge und versperrte Treppenhäuser ihre Rettung verhinderten.

Im November 2012 starben bei einem Brand in der bengalischen Firma Tazreen Fashion Limited, die u. a. für C&A produzieren ließ, mehr als 120 Arbeiterinnen, weil trotz Sozialverträglichkeits-TÜV in der mit 1000 Arbeiterinnen völlig überfüllten Fabrik Fluchttreppen versperrt waren und Hunderte Menschen sich beim Springen aus den Fenstern des 7-stöckigen Baues schwer verletzten.

Seitdem gingen und gehen die Näherinnen immer wieder auf die Straßen und demonstrieren gegen die Todesfabriken, für Entschädigung von Hinterbliebenen, für gerechte Löhne, von denen sie leben können, gegen die endlosen Arbeitstage und unerträglichen Arbeitsbedingungen, gegen die sexualisierte Gewalt von Wachschützern und Po-

izei, gegen die Ausreden der Handelsriesen wie C&A, H&M aus den reichen Ländern, und sie fordern unsere Unterstützung ein. Seitdem werden die Stimmen in den Abnehmerländern wie Deutschland immer lauter, die die Kund_innen auffordern, sich ihrer „Macht am Wühltisch“ bewusst zu werden, nur sozial verträgliche Kleidung zu kaufen und dies lautstark einzufordern.

Aber das allein wird nur wenig oder nichts ändern, denn der Kampf um jeden Cent Vorteil für die Billigmärkte im globalisierten Weltmarkt ist stärker als die Bedenken von Kund_innen, die sich schnell wieder beruhigen, wenn sie ein nettes Öko-Label auf den Billigjeans finden.

Würden aber heute bei KiK, C&A, H&M und wie sie alle heißen, öfter die Sprinkleranlagen verrückt spielen wegen kleiner Brände wie vor 25 Jahren ... – Wie lange würde es wohl dauern, dass die Rechtfertigungsdementi der Herren und Damen Manager_innen zusammenbrechen würden und die Forderungen der streikenden Textilarbeiterinnen wirklich Beachtung fänden?

Hier ist noch ein kleiner Versuch, das frühere Internationalismus-Verständnis in die damaligen Zusammenhänge zu stellen:

Seit Beginn in den 70er Jahren war der Internationalismus, d. h. der Bezug der RZ und der Roten Zora sowie ihres breiten sozialrevolutionären Umfelds auf den Widerstand und die Kämpfe von sozialen und Befreiungsbewegungen in den Ländern der sog. Dritten Welt, eine tragende Säule für die klandestine Organisation sowie die Motivation und Inhalte der Aktionen. Ohne diesen internationalistischen Bezug, ohne diese Überzeugung, Teil der weltweiten Kämpfe sein zu können und zu wollen, ist die Entstehung der klandestinen Organisationen in Deutschland damals nicht denkbar. Auch der Hass gegen die nachnazistische BRD-Gesellschaft und der Wille, diese nicht mittragen

und nicht mehr Teil von ihr sein zu wollen, sowie die Überzeugung, uns nur durch den radikalen Kampf gegen diese Gesellschaft von ihr befreien zu können, bezog seine Kraft aus dem Gefühl der Verbindung mit der weltweiten revolutionären Aufbruchstimmung: wir können tatsächlich zur Durchsetzung einer sich von Ausbeutung und Unterdrückung weltweit befreienden Gesellschaft beitragen. Dieses Lebensgefühl war bestimmend für den Mut, die eigenen Ängste und Schranken überschreiten zu wollen und sich klandestin zu organisieren. Das war allen gemeinsam, auch den Frauen der Roten Zora.

Flüchtlingskämpfe, Rassismus und Miliz - Antirassistische Interventionen von RZ und Roter Zora 1985 bis 1994

1985 verüben Revolutionäre Zellen mehrere Anschläge auf Unternehmen, die Südafrika mit militärischem Gerät belieferten. Sie verursachen dabei zum Teil erheblichen Sachschaden. Die RZ wollen die Aufstände in den Townships unterstützen, die das Ende des Apartheid-Regimes in Südafrika einleiteten. In ihrer Erklärung zu einem Brandanschlag auf eine Fallschirmfabrik bei Hagen stellen sie aber auch einen Zusammenhang mit den afro-karibischen Revolten in den englischen Slums her, in Toxteth, Brixton und Nottinghill. „Auch hier ist Südafrika“, sei während der Riots immer wieder zu hören gewesen. Die RZ wollen die Multis nicht zu einer fairen Geschäftspolitik anhalten, sondern wirksam Sabotage üben: „Nicht nur in ihren Glaspalästen und Computerzentralen, auch in der Verbindung zu „unseren Schwarzen“, den ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern, den Asylbewerber/innen.“ Dies ist der Auftakt einer militanten Praxis, die Rassismus, soziale Frage und die Solidarität mit Flüchtlingen in den Mittelpunkt rückt.

1986 greifen die RZ in einer koordinierten Aktion innerhalb weniger Wochen mehrere Institutionen der Abschreckung und Kontrolle von Flüchtlingen und Migrant_innen an, die Hamburger Ausländerpolizei, das Oberverwaltungsgericht Lüneburg, das Ausländerzentralregister in Köln, das Deutsche Rote Kreuz in Berlin und die Ausländerämter in Hagen und Hamm. Die Kampagne sei keine Reaktion auf die damalige rassistische Hetzkampagne von Politikern gegen Flüchtlinge, „Wir wollen zur Rückgewinnung eines konkreten Antiimperialismus in der BRD beitragen“, heißt es im *Zorn-Extra* vom Oktober 1986. Antiimperialismus sei mehr als Solidarität mit fernen Befreiungsbewegungen. „Unsere Aufgabe ist es, eine antiimperialistische Politik auf die Klassenfront hier und auf die Rückwirkungen in diesem Land zu beziehen.“ Die Flüchtlingsfrage sei in doppelter Hinsicht von Bedeutung: „Die Migrationsbewegungen, von denen die hier ankommenden Flüchtlinge ja nur die Rauchschwaden eines Vulkans sind, sind Ausdruck und Folge der Zerstörungen, mit denen der Imperialismus die Herkunftsländer überzieht.“

Aber die Vertreibung gehe einher „mit dem Willen und der Entschlossenheit der Flüchtlinge, aus den Verhältnissen auszubrechen und hier, in den Metropolen, ihren Anspruch auf Leben und Entschädigung zu stellen.“ Wenn die Metropolen versuchten, ihre innere Stabilität durch Abschottung zu behaupten, könnten wir (die Bewegung) dem nur den Kampf um offene Grenzen entgegensetzen. Der Sozialstaat zeige in der Behandlung von Einwanderern sein eigentliches Gesicht. „Da es gegenüber Flüchtlingen keinerlei Rücksichtnahme auf einen gesellschaftlichen Status quo gibt, reduziert sich Sozialpolitik vielmehr auf



das, was sie ihrem Wesen nach ist: ein Herrschaftskalkül, dem es allein um Arbeitsmarktregulation und soziale Kontrolle zu tun ist.“

Die RZ verbinden ihre Angriffe mit der Aufforderung an die gesamte Linke, Kampagnen zur Unterstützung von Flüchtlingen zu starten, gegen rassistischen Sondergesetze oder gegen Abschiebungen auf Flughäfen. Militante Aktionen seien erst sinnvoll, „wenn daneben Netze für die konkrete Unterstützung der Flüchtlinge aufgebaut werden, wenn eine subversive Praxis die Verhältnisse faktisch verändert.“ Neben dem Aufbau antirassistischer Netzwerke und der Propaganda der Tat geht es den RZ auch um die konkrete Unterstützung selbstorganisierter Flüchtlingskämpfe, vor allem von Roma und Sinti, die damals mit spektakulären Aktionen, wie der Besetzung der NS-Gedenkstätte Neuengamme und dem Bettelmarsch in NRW (1989/90) für ein Bleiberecht kämpften.

Die RZ können mit ihrer militanten Kampagne nicht unmittelbar an die Praxis und Debatten der autonomen Bewegung und deren Kämpfe um Freiräume in besetzten Häusern, Zentren und Stadtteilen anknüpfen. Die Anschläge der RZ auf rassistische Institutionen werden von ihnen zwar wahrgenommen und die Erklärungen in Zeitschriften wie der *radikal* verbreitet, Antirassismus ist für die meisten autonomen Aktivist_innen bis zu dem Zeitpunkt aber kaum ein Thema. Das sollte sich erst Anfang der 90er Jahre, im Zusammenhang mit den Pogromen gegen Flüchtlinge und Migrant_innen und der sogenannten Asyldebatte ändern. Die großen antirassistischen Mobilisierungen der 1960er und 1970er Jahre – gegen den Film *Africa Addio* (1966) und das Verbot von GUPS und GUPA sowie die Massenabschiebungen in den Iran (1972) – waren weitgehend in Vergessenheit geraten. Die Proteste gegen Auslieferungen nach dem Selbstmord von Cemal Altun (1983) waren vor allem von Migrant_innen getragen worden sowie von christlichen Basisgruppen und Menschen aus dem Umfeld der Grünen. Dabei kam es nach Altuns Tod, der in Berlin im Exil lebte und an die Türkei ausgeliefert werden sollte, überall in der Bundesrepublik zu spontanen Protesten. Allein in Westberlin gingen Zehntausende auf die Straße.

Die RZ zündeten im Februar 1984 vor dem türkischen Generalkonsulat in Köln eine Bombe, aus Solidarität mit türkischen

Genossen, die in Köln vor Gericht stehen, weil sie die Vertretung der Türkei aus Protest gegen die von den Putschisten vom 12. September 1980 verordnete Verfassung besetzt hatten. „Und noch etwas“, heißt es in dem Bekenner schreiben, „es ist höchste Zeit, Fluchthilfe zu organisieren, wie es die „autonomen Grenzgängerinnen“ in Berlin tun, die einreisende Ausländer vor Verhaftungen schützen. (...) Wir haben während des Vietnamkriegs Fluchthilfe für GIs organisiert. Knüpfen wir an diesen Internationalismus an, solange wir den Kampf gegen Abschiebehaf und Ausweisung nicht gewonnen haben.“

Die Aktionen und Erklärungen der RZ zur Flüchtlingsfrage setzen jedoch auch in der autonomen Linken eine Debatte über rassistische Gewaltverhältnisse und antirassistische Politik in Gang. Vor dem Hintergrund der rassistischen Hetze des damaligen Innenministers Zimmermann und der Repression gegen Flüchtlinge entstehen im Herbst 1986 die ersten autonomen Flüchtlingsgruppen, unter anderem in Berlin, Köln, im Ruhrgebiet, Hamburg und Bremen. Die Gruppen nehmen Kontakte zu Flüchtlingen auf und unterstützen Proteste gegen Zwangsräumungen, Lager und Abschiebungen, vor allem in die Türkei und von Tami len nach Sri Lanka, und vernetzen sich untereinander. Im März 1987 treffen sich die Initiativen bereits zu einem bundesweiten Treffen und beschließen, an der Mobilisierung gegen den 1988 in Westberlin stattfindenden Jahrestagung des IWF teilzunehmen, um die antirassistische Praxis hierzulande mit internationalen Fragen zu verknüpfen. Theoretisch unterfüttert werden die Debatten von den „Thesen zur Flüchtlingsfrage“, die von medico international veröffentlicht wurden, den Diskussionen um Rassismus und Internationalismus in der Frauenbewegung und den Positionen der RZ.

1987 setzen die RZ ihre militanten Angriffe gegen die staatliche Flüchtlingspolitik fort, mit Anschlägen auf die Zentrale Sozialhilfestelle Westberlin, das Bundesamt für Flüchtlinge in Dortmund und mit Knieschüssen auf

den Vorsitzenden Richter des Asylsenats am Bundesverwaltungsgericht Berlin, Jürgen Korbmacher. „Diese Schüsse auf die Beine des obersten Asylrichters sollen dem kalt ausgeheckten Unrecht, der kodifizierten Brutalität, die das Leben so vieler Menschen zerstört, wieder einen konkreten Namen, ein Gesicht, einen Körper verleihen. Diese Schüsse sollen ihn zweifach brandmarken. Sie sollen ihn verletzen, eine nachhaltige Erschütterung seiner Existenz durch einen intensiven körperlichen Schmerz und eine langandauernde körperliche Beeinträchtigung bewirken und er soll leiden, damit er bezahlt und versteht. (...) Und diese Schüsse sollen ihn politisch brandmarken. Sie sollen ihn öffentlich ins Bewusstsein brennen als Hauptverantwortlichen im juristischen Kampf gegen die Opfer imperialistischer Großraum politik, der darüber hinaus von einem persönlichen Hass und Eifer in seiner Arbeit angetrieben wird. Wir wollen den suggestiven Nimbus der Macht zerstören, durch den er sich geschützt glaubt, und ihn öffentlich vor aller Augen in die Knie zwingen. (...) Jemandem, der Menschen in die Folter oder einen drohenden Tod schickt, kann man nicht das Auto anstecken oder eine Abreibung verpassen. Das ist unangemessen und verniedlicht seine Verbrechen.“

Ein paar Monate zuvor hatten die RZ bereits dem Leiter der Ausländerpolizei Hollenberg, Berlin, in die Knie geschossen, weil er u. a. mitverantwortlich war, „für den grauenvollen Verbrennungstod von sechs Männern in der Abschiebehaf Augustastraße.“ Im Oktober 1987 werden Ingrid Strobl und Ulla Penselin verhaftet, wegen des Verdachts der Beteiligung an einem Anschlag der RZ auf die Deutsche Lufthansa in Köln und deren Beteiligung an Abschiebungen bzw. der Beteiligung an Brandanschlägen der Roten Zora auf die Bekleidungskette ADLER. Die militanten Frauen unterstützen mit den Brandsätzen auf die Niederlassungen des Textilmultis die Forderungen von Arbeiterinnen, die sich in einer koreanischen Fabrik des Konzerns im Streik befinden und tragen damit zum Erfolg ihres Kampfes bei.

Die RZ setzen ihre antirassistischen Aktionen 1989 53

fort, mit Anschlägen auf das Verwaltungsgericht Düsseldorf, das Oberverwaltungsgericht Münster, die Behörde für Arbeit Gesundheit und Soziales in Hamburg und auf die „Zigeunerdatei“ der Stadt Köln, die dabei ausbrennt. Außerdem entwenden sie Akten, werten sie aus und veröffentlichen sie auszugsweise. 1991 verüben sie einen Anschlag auf das Ausländeramt Böblingen. Zwei Bombenanschläge, auf das Ausländeramt Köln und die Staatskanzlei NRW in Düsseldorf, die auch im direkten Zusammenhang mit den Bleiberechtskämpfen von Roma und Sinti stehen, scheitern. Eine Gruppe der RZ gibt auf und macht diesen Schritt öffentlich; andere machen weiter. 1993 bekennen sich RZ zu zwei Brandanschlägen auf den Bundesgrenzschutz, in Frankfurt/Oder und in Rothenburg. Diese beiden Aktionen, die sich gegen die Flüchtlingsfahndung an der Ostgrenze richten, sind die letzten Aktionen der RZ zu diesem Thema.

1994 steckt die Rote Zora LKWs der Firma Weigl in Nürnberg und bei Tochterunternehmen in Meilitz/Gera und in Leipzig in Brand, die sämtliche Flüchtlingslager in Bayern und vielen anderen Bundesländern mit Fresspaketen beliefert und damit satte Gewinne einfährt. Diese Anschläge stehen im Zusammenhang mit den Protesten von Flüchtlingen für Bargeld statt Gutscheinen und Essenspaketen.

Unter dem Eindruck unzähliger Angriffe auf Flüchtlinge und Migrant_innen und der rassistischen Asyldebatte 1992/1993 entwickelt sich in den folgenden Jahren ein vielfältiges Netzwerk aus Selbstorganisationen von Flüchtlingen, Unterstützer_innengruppen und antirassistischen Initiativen. 1986/87 waren in West-Berlin und Hessen erstmals Flüchtlingslager von Nazis angegriffen worden. Die rechte Szene erstarkt. 1991 erreicht die rassistische Gewalt eine neue Dimension. Im September 1991 greift ein Mob aus bis zu 500 Menschen in Hoyerswerda tagelang ein Wohnheim für Vertragsarbeiter_innen und ein Flüchtlingswohnheim mit Brandflaschen, Eisenkugeln usw. an. Auch Anwohner_innen beteiligen sich daran. Die Polizei schafft schließlich fast 300 Vertragsarbeiter_innen unter dem Jubel des Mobs

aus der Stadt. Die meisten werden direkt abgeschoben. Dies hat Signalwirkung und zieht weitere Verbrechen nach sich, in Greifswald, Saarlouis, Hünxe, Mannheim-Schönau. Der absolute Tiefpunkt ist das Pogrom vom Rostock-Lichtenhagen im August 1992, bei dem mehrere hundert Menschen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber und ein Wohnheim für ehemalige Vertragsarbeiter_innen angreifen. Nachdem die Aufnahmestelle evakuiert worden war, wird das angrenzende Wohnheim, in dem sich noch über 100 Vietnames_innen und ein Fernseheteam des ZDF aufhalten, in Brand gesteckt. Die Polizei zieht sich zeitweise völlig zurück und überlässt die Eingeschlossenen schutzlos ihrem Schicksal. Unter laufenden Kameras applaudieren tausende dem rassistischen Mob. Statt das Verbrechen zu verurteilen, übt sich Bundesinnenminister Seitzers auf einer Pressekonferenz in Rostock in verbaler Brandstiftung und fordert, endlich das Asylrecht abzuschaffen. Im Mai 1993 schaffen CDU/CSU, FDP und SPD das Grundrecht auf Asyl ab und leiten eine weitere Verschärfung der Flüchtlings- und Migrationspolitik ein, deren Grundzüge bis heute existieren. Während sich in der Woche nach dem Pogrom noch über Zehntausend Menschen an der antifaschistischen Demo in Rostock beteiligen, kommen zur Bundestagsblockade nicht einmal 5.000 Demonstrant_innen.

Am 18. März 1996 besetzen 300 Westafrikaner_innen die Kirche St. Bernard in Paris. Sie fordern Papiere für alle. Dieser Kampf wirkt als Fanal. Die Bewegung weitet sich aus. Hunderttausende gehen gegen die Verschärfung der Ausländergesetze in Frankreich auf die Straßen und propagieren Zivilen Ungehorsam. Der Funke springt auch auf Deutschland über. Auf der Dokumenta X wird 1997 das Netzwerk „Kein Mensch ist illegal“ aus der Taufe gehoben. Damit wird die Lähmung von 1992/93 endlich aufgebrochen. In wenigen Wochen schließen sich mehr als zweihundert Gruppen sowie tausende von Einzelpersonen einem Appell an, Flüchtlinge und Migrant_innen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus „bei der Ein- oder Weiterreise zu

unterstützen, Migrant_innen Arbeit und Papiere zu verschaffen, medizinische Versorgung, Schule und Ausbildung, Unterkunft und materielles Überleben zu gewährleisten.“ Das Netzwerk verknüpft unterschiedliche antirassistische Aktivitäten. Zu Beginn stehen vor allem der Kontakt, die Beratung und medizinische Versorgung für Illegalisierte auf dem Programm. Es folgen die Bleiberechtskämpfe, wie das sogenannte Wanderkirchen-Asyl in NRW und Niedersachsen 1998/99, die Unterstützung blinder Passagiere im internationalen Seeverkehr und die ersten Grenzcamps an der Schengen-Außengrenze in Ostdeutschland. Auch wenn die Zeit der großen Bleiberechtskämpfe ihren Höhepunkt hinter sich hat, setzen die neuen Selbstorganisationen wie die *Karawane* und *The Voice* und antirassistische Unterstützer_innengruppen ihren Kampf gegen institutionellen und alltäglichen Rassismus fort.

Im März 2012 leiten acht Iraner mit einem Hungerstreik vor dem Würzburger Rathaus einen neuen Kampfzyklus ein. Der Suizid eines Gefährten hatte sie dazu gebracht,

die Flüchtlingslager zu verlassen und in aller Öffentlichkeit auf ihre auswegslose Situation aufmerksam zu machen und für ihre Rechte zu kämpfen. „Wir Flüchtlinge sind keine Opfer mehr“, erklären sie. „Wir verließen die Orte der Isolation, der Erniedrigung und der Demütigung – die Orte, in denen wir zum Nichtstun und Sterben verdammt waren. Seit dem wir auf die Straße gegangen sind, sind wir frei.“ Ihr Protest weitet sich erstmals seit Jahren wieder aus, auch international. Die Aktivist_innen errichten Protestcamps und knüpfen mit dieser Protestform an die Occupy-Bewegung an. Die Behörden versuchen vergeblich, den Protest ins Leere laufen zu lassen, reagieren mit Schikanen, willkürlichen Polizeikontrollen und Verboten. Doch die Aktivist_innen treten in Hungerstreiks und kämpfen bis heute für eine Abschaffung der rassistischen Sondergesetze, von Abschiebungen und der repressiven Grenz- und Visa-Politik, die nach der deutschen Asyldebatte 1992/93 alle europäischen Staaten nach und nach umsetzen.





Silvester-Demo 2012 am Knast Frankfurt-Preungesheim